

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Gerd E. Hoffmann

Bürger hinter Datengittern

Auswirkungen der Computer-Technologie
auf die Gesellschaft

Henri Ménudier

Der deutsche Wahlkampf 1976

in der französischen Regionalpresse

Johannes Rogalla von Bieberstein

Die These von der jüdisch-
freimaurerischen Weltverschwörung

1776 - 1945

B 25/77

25. Juni 1977

Gerd E. Hoffmann, geb. 1932, Ausbildung als Redakteur, zweite Ausbildung zum Warenhausverkaufsassistenten; arbeitete als Journalist, Redakteur, Geschäftsführer. Nach ersten literarischen Veröffentlichungen Stipendiat der Deutschen Akademie Villa Massimo, Rom (1969/70), seitdem freiberuflich arbeitender Autor. Mitglied des VS in der IG Druck und Papier. Mitglied des P.E.N.; seit 1976 Schatzmeister des P.E.N.-Zentrum Bundesrepublik Deutschland.

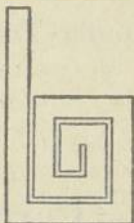
Veröffentlichungen u. a.: CHIRUGAME, Beschreibung mit einer Zuschreibung von Heinrich Böll, 1969; Computer-Steckbrief, 1972; Der nummerierte Bürger, 1974; Computer, Macht und Menschenwürde, 1976; Bürger auf der Datenbank. Vortrag beim 5. Internationalen Kongreß für Datenverarbeitung im Europäischen Raum, Wien 1977, Referateband 1 (S. 569—583).

Henri Ménudier, geb. 1940 in Limoges, Politologe. Lehrtätigkeit an der Universität Vincennes (bis 1973) und am Institut d'Etudes Politiques in Paris, Forschungsarbeit an der Fondation Nationale des Science Politiques/Centre d'Etudes et de Recherches Internationales.

Veröffentlichungen: La vie politique en Allemagne fédérale (zusammen mit Alfred Grosser), Paris 1971; L'Allemagne après 1945, Guides de recherches, Paris 1972; L'Allemagne selon Willy Brandt, Entretiens et enquêtes 1969—1976, Paris 1976; La politique à l'Est de la République Fédérale d'Allemagne, Paris 1976; Beiträge in: Michel Salomon, Faut-il avoir peur de l'Allemagne?, Paris 1969; Jean Meyriat, Conflits et coopération entre les Etats, 1971, Paris 1973; Deutschland, Frankreich und die europäische Krise, Ludwigsburg 1975; Alfred Grosser, Les politiques extérieurs dans la crise, Paris 1976.

Johannes Rogalla von Bieberstein, M. A., Dr. phil., geb. 1940; Studium der Neueren und Osteuropäischen Geschichte, der Slawistik und der Politischen Wissenschaften in Göttingen, Paris, München, London und Bochum; 1969—1972 Wiss. Assistent m. d. V. b. an der Abt. für Geschichtswissenschaften der Ruhr-Universität Bochum; 1972—1974 Ausbildung für den höheren Bibliotheksdienst; ab 1974 Bibliotheksrat an der Universität Bielefeld.

Veröffentlichungen u. a.: Archiv, Bibliothek und Museum als Dokumentationsbereiche. Einheit und gegenseitige Abgrenzung, München-Pullach 1975 (Bibliothekspraxis Bd. 16); Die These von der Verschwörung 1776—1945. Philosophen, Freimaurer, Juden, Liberale und Sozialisten als Verschwörer gegen die Sozialordnung, Bern 1976 (Europäische Hochschulschriften, Reihe III, Bd. 63).



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder:
Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65,
5500 Trier, Tel. 06 51/4 61 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, einschließlich Beilage zum Preis von DM 11,40 vierteljährlich (einschließlich DM 0,59 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Bürger hinter Datengittern

Auswirkungen der Computer-Technologie auf die Gesellschaft

Das vom Deutschen Bundestag im Januar 1977 verabschiedete ‚Gesetz zum Schutz vor Mißbrauch personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung‘ (Bundesdatenschutzgesetz — BDSG) ist schon vor dem Inkrafttreten am 1. Januar 1978 über parteiliche Grenzen hinweg in den Meinungsstreit geraten. Der Autor kritisiert das Gesetz und stellt seine Vorschläge für eine wirksamere Kontrolle der Informationstechnologie zur Diskussion. In dieser Zeitschrift werden weitere Beiträge veröffentlicht, in denen kontroverse Überlegungen zu diesem Thema vorgetragen werden.

Die Computertechnologie — oft elektronische Datenverarbeitung (EDV) genannt — ist innerhalb weniger Jahre zu einem vielfältig genutzten Mittel der staatlichen und privaten Verwaltung geworden. 1973 gab es in den westeuropäischen Ländern 55 000 Computer; bis 1988 werden es nach Schätzungen einer Expertengruppe in Genf rund 450 000 Computer sein¹⁾. Das heißt, in fünfzehn Jahren wären fast neunmal soviel Computer im Einsatz wie 1973, oder pro Jahr kämen rund 25 000 Computer hinzu. Rein wirtschaftlich gesehen handelt es sich bei der Computerindustrie also um eine sogenannte Wachstumsbranche. Doch die Computertechnologie hat uns nicht allein ein neues technisches Mittel für die Automation von Fertigungsprozessen und die Rationalisierung von Verwaltungsvorgängen gebracht, sondern auch erstmals in der menschlichen Geschichte die Automatisierung von Denkvorgängen ermöglicht. Die zuvor genannten Zahlen sagen also wenig aus über den Grad der zu erwartenden Veränderungen in allen Bereichen unseres Lebens, weil mit ihnen keinerlei Angaben darüber verbunden sind, um welche Art von Computern es sich handelt und für welche Aufgaben sie eingesetzt werden. Computer ist ein Gattungsbegriff geworden ähnlich etwa dem Begriff Transportmittel. Ohne Zweifel besteht ein gewaltiger Unterschied, ob wir einen Ochsenkarren, ein Auto oder einen TEE-Zug als Transportmittel einsetzen. Gemeinsam ist allen dreien lediglich: sie bewegen sich auf Rädern. Gemeinsam ist allen Computern, daß sie aus einem Maschinenteil, der hardware,

und einem Programmteil, der software, bestehen. Der Informatikwissenschaftler Hartmann J. Genrich vermutet wohl zu Recht, daß es sich bei der Erfindung des Computers um ein geschichtliches Ereignis handelt, das für die menschlichen Gesellschaften die gleiche Bedeutung hat wie seinerzeit die Erfindung des Rades beziehungsweise wie die Erfindung der Schrift²⁾. Denn die Computertechnologie in ihren fortgeschrittenen Ausprägungen, den sogenannten Informationssystemen, stelle ein *neuartiges Medium* für die Kommunikation dar. Obgleich der Mathematiker und Philosoph Norbert Wiener³⁾ bereits 1949 auf die weitreichenden möglichen Folgen dieser Erfindung aufmerksam gemacht hatte, vollzog sich die Entwicklung der Computertechnologie und ihre Bewertung durch die Anwender und die Öffentlichkeit so, als handele es sich dabei um eine bessere Rechenmaschine und nicht um die Erfindung einer epochalen Neuheit.

Diese Fehleinschätzung der Computertechnologie und ihre vorwiegend von Effektivitätsgesichtspunkten bestimmte Anwendung hat uns in eine Krise geführt, deren Ausmaß bisher nur andeutungsweise sichtbar zu werden beginnt. Verkürzt läßt sich die Entwicklung so zusammenfassen: Die Computer, in den vierziger Jahren in Deutschland und den USA nahezu gleichzeitig erfunden⁴⁾, in den fünfzi-

¹⁾ Bericht von Peter Hulm, Agentur Reuter, 7. 3. 1977 zczc rtr 768.

²⁾ Hartmann J. Genrich, Die Angst vor dem mächtigen Computer — Ist Datenschutz überhaupt erreichbar?, in: Numerierte Bürger, hrsg. von G. E. Hoffmann, B. Tietze, A. Podlech, Wuppertal 1975.

³⁾ Norbert Wiener, Mensch und Maschinentiere — Kybernetik und Gesellschaft, Frankfurt/M. 1952.

⁴⁾ Vgl. Hans Kaufmann, Die Ahnen des Computers, Düsseldorf — Wien 1974 (S. 165 ff.).

ger Jahren als Rationalisierungsmittel in Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung eingeführt, in den sechziger Jahren als fantastisches Mittel zur maschinellen Problemlösung und Entscheidungsvorbereitung gefeiert — diese Computertechnologie tritt uns in den siebziger Jahren als verselbständigtes Machtphänomen gegenüber; wir Menschen sehen uns unerwartet in die Rolle von Goethes Zauberlehrling gedrängt. Nüchtern stellte Frank Haenschke, SPD-Abgeordneter im siebenten Deutschen Bundestag fest: „Die Entwicklung der elektronischen Datenverarbeitung kann, wenn sie ungebremst und ungerregelt verläuft, die Machtbalance in unserer Gesellschaft zerstören.“⁵⁾

Es können dadurch, so ist zu ergänzen, auch alle jene Vorstellungen in ihr Gegenteil umgekehrt werden, die wir von Menschenrechten und Menschenwürde haben⁶⁾. Im folgenden Beitrag wird versucht, einen Überblick zu geben über die Beschaffenheit des technologischen Instrumentariums, über die verschiedenen Einsatzmöglichkeiten und über die heute bereits feststellbaren wie vermutlich noch eintretenden Folgen. Einige Ansätze für die Gefahrenabwehr sind am Beispiel des Bundesdatenschutzgesetzes zu behandeln. Hinweise auf erste interdisziplinäre Forschungsbemühungen münden in einige Vorschläge, die für den künftigen Umgang mit der Computertechnologie zur Diskussion gestellt werden, um vielleicht doch noch Entwicklungen vermeiden zu helfen, wie sie jüngst bei gesellschaftspolitisch ähnlich gelagerten Problembereichen wie dem Umweltschutz und der Nutzung von Kernenergie zutage getreten sind.

Was ist und bewirkt eine Datenbank? Was bringt uns ein Informationsverbundsystem?

In den Verwaltungen der Wirtschaft und des Staates werden zunehmend zwei Typen von Computeranlagen eingesetzt, die als Datenbanken und als Informationssysteme bezeichnet werden, wobei es bisher keine wirklich exakten Abgrenzungen dieser beiden Begriffe gibt. Hilfreich für das Verständnis ist in diesem Zusammenhang jene Definition für den Begriff Daten, wie sie im „Wörterbuch der

Kybernetik“ verwandt wird: „Daten: Informationen, die bereits auf Speichermedien als Zwischenträger wie Lochkarten, Lochstreifen u. a. gespeichert sind und mittels Büromaschinen und Datenverarbeitungsanlagen verarbeitet werden.“

Diese Definition hat den Vorteil, daß sie den Begriff Daten eindeutig an die maschinelle Informationsverarbeitung bindet. Diese Bindung läßt uns besser jene Feststellung verstehen, daß damit erstmals in der menschlichen Geschichte eine „Maschinisierung geistiger Prozesse“⁷⁾ möglich geworden ist.

Wir haben deshalb zu unterscheiden zwischen Computern, die lediglich einen Arbeitsvorgang — etwa die Lagerbuchhaltung in einem Wirtschaftsbetrieb oder die Kontenführung für die Bediensteten einer öffentlichen Verwaltung — ausführen, und jenen Datenverarbeitungsanlagen, die eine Vielzahl von Arbeitsvorgängen mit Computerhilfe erledigen. Könnte man den Computer für eine Einzelaufgabe noch als Büromaschine bezeichnen, ist dies bei jenen Computeranlagen mit verschiedenen Aufgaben nicht mehr möglich. Sie stellen durchweg *Systeme* zur elektronischen Datenverarbeitung dar.

Bei Datenbanken handelt es sich in der Regel um Computersysteme, in denen Sachdaten *und* Personendaten gespeichert, verarbeitet, also beispielsweise miteinander verknüpft werden. Einwohnermeldeämter verfügen ebenso über Datenbanken wie die Sparkassen. Das Bundespresse- und Informationsamt verfügt über eine Datenbank, aus der die Regierung ebenso wie einzelne Bundestagsabgeordnete zusammenfassende Auskünfte zu politischen Fragestellungen erhalten können. Außerdem gibt es Datenbanken bei den Versicherungsgesellschaften, den Bausparkassen, den verschiedensten Industrieunternehmen, bei den Finanzämtern, den Schulbehörden, den Universitäten usw. Ihnen allen ist gemeinsam, daß sie zu mehr oder weniger speziellen Aufgaben die unterschiedlichen Informationen nicht nur vorrätig halten, sondern sie auch miteinander in Beziehung setzen. Diese Datenbanksysteme können Auskunft darüber geben, wie häufig beispielsweise bestimmte politische Informationen von bestimmten Stellen abgefragt wurden. Sie können errechnen, welche Versiche-

⁵⁾ Frank Haenschke, Nutzen und potentielle Gefahren der EDV — Datenschutzrechtliche Aspekte aus parlamentarischer Sicht. Vortrag beim 2. Internationalen Kongreß für Datenverarbeitung (IKD), Berlin 1976.

⁶⁾ Vgl. Gerd E. Hoffmann, Computer, Macht und Menschenwürde, München — Wien 1976.

⁷⁾ Vgl. Wilhelm Steinmüller, Langzeitwirkungen automatisierter Großsysteme in Wirtschaft und Staat. Vortrag beim 5. Internationalen Kongreß Datenverarbeitung im Europäischen Raum, Band 2 (S. 643—652), Wien 1977.

rungsbereiche aus welchen Gründen besonders hohe Leistungen verursacht oder aber gute Erträge gebracht haben. Sie können in der Wirtschaft der Unternehmensführung Hinweise liefern, welche Zusammenhänge beispielsweise zwischen Lagerhaltung und Verkaufsstrategien bestehen. Sie geben den Verwaltern in staatlichen Behörden Aufschluß über die Beziehungen zwischen reinen Wohngebieten, Straßenplanung und Arbeitsstätten. Datenbanken können, kurz gesagt, vorhandene Strukturen schneller und deutlicher als je zuvor erkennbar machen und Hinweise für künftige Planungen liefern.

Werden in Datenbanken jedoch vorwiegend personenbezogene Daten gesammelt, gespeichert und verarbeitet, können sie dazu führen, die soziale Situation des Bürgers, seine unterschiedlichen Bindungen etwa an Gewerkschaften, politische Parteien oder an außerparlamentarische Gruppen sichtbar zu machen; solche Datenbanken können seine Konsum- und Lebensgewohnheiten „durchleuchten“ und den Bürger als einzelnen ebenso wie ganze Bürgergruppen für die Datenbankbesitzer „durchschaubar“ und damit beeinflussbar und kontrollierbar machen. An vielen Stellen gibt es über den Bürger bereits solche „Teildossiers“ oder Teile von Bürgersteckbriefen, ohne daß der Bürger in der Regel auf ihr Entstehen und ihre Verwendung Einfluß nehmen kann.

Schon in einer inhaltlich relativ begrenzten Datenbank läßt sich ein Phänomen beobachten, daß von gravierender Bedeutung für die unbemerkt eingetretenen Veränderungen innerhalb unserer Informationswertung ist. Infolge der besonderen Bedingungen, die der Computer an die Datenform und die Datenverwertung knüpft, werden personenbezogene Daten aus ihrem individuellen Kontext, ihrem Entstehungszusammenhang herausgelöst und je nach benutztem Computerprogramm formalisiert. Dadurch verwandeln sich insbesondere jene Daten des Bürgers, die wertbesetzt sind, in scheinbar absolute Aussagen. So kann beispielsweise aus einem Schüler, der sich im Deutschunterricht und im Sozialkundeunterricht im Zusammenhang mit bestimmten Lehrgegenständen politisch kritisch äußert, und zwar aus der Sicht der jeweiligen Lehrer, im formalisierten Computerspeicher jemand werden, der „politisch abweichende Auffassungen“ vertritt (s. Kasten 1). Oder ein Erwachsener, der wegen einer Beschwerde seiner Nachbarn über einen zu laut gefeierten Geburtstag von einer Polizeistreife besucht wird, wenig später

Schülerdaten im Computer

Berlin (dpa, 6. 9. 1976): Zur Unterstützung des Schulbetriebs ist in Berlin in Zusammenarbeit zwischen dem Innenminister, dem Schulsenator und vorerst nur dem Bezirksamt Wilmersdorf das Computersystem „CULVIS“ gestartet worden, das Wege zur weiteren Rationalisierung im Schulwesen weisen soll. Der Verwaltungsbereich der Schule konnte, wie von Seiten der Schulverwaltung erklärt wurde, durch Computereinsatz bei der Erstellung von Stundenplänen, der Registrierung und Auswertung von Schülerindividualdaten und bei der Organisation des Kursbetriebes an der gymnasialen Oberstufe unterstützt werden.

Im Rahmen des auf drei Jahre veranschlagten Projekts „CULVIS“ (Computer unterstützen Lehrer und Verwaltung in der Schule) soll unter anderem ermittelt werden, ob es günstiger ist, die Schulen mit eigenen kleinen Rechnern auszustatten, mehrere Schulen über Bildschirmterminals mit einem Stützpunkt-rechner zu verbinden oder eine Vielzahl von Schulen über Bildschirmterminals an einen zentralen Großrechner anzuschließen.

zufällig in eine Demonstration gerät, seinen Ausweis nicht bei sich hat und deshalb zur Feststellung seiner Personalien mit ins Polizeirevier muß, wird im Computerspeicher als „zweimal mit der Polizei in Berührung gekommen“ erscheinen (s. Kasten 2). Welche psychologischen Konsequenzen das haben kann, läßt sich ohne große Fantasie ausmalen. Denn unser Denken vollzieht sich ja unverändert auf der Basis einer Ausbildung und eines Kommunikationsablaufs, das aus der Zeit vor der Einführung der neuartigen Computertechnologie stammt.

Was Datenbanken begrenzt bewirken, steigern sogenannte Informationssysteme noch um viele Grade, wenn nicht sogar um Potenzen. Unter einem Informationssystem ist eine Computeranlage zu verstehen, die entweder mehrere Datenbanken zusammenfaßt oder von vornherein so gestaltet ist, daß sich in ihm sehr viel umfassendere Aufgaben erfüllen lassen. Schon diese Formulierung zeigt: hier sind die Übergänge fließend. Aber weder die

Wir haben alle Personen erfaßt ...

Funk-Fernseh-Protokolle, Nr. 7, 1974, Seite 27:

... Die beiden Fälle zeigen eindeutig die positive Seite des Computereinsatzes. Sie zeigen nebenbei einen Wesenszug ganz neuartiger Erfolgchancen mit Hilfe entsprechend organisierter Datensummen. Allerdings wird der Jubel beim kritischen Bürger sofort etwas gedämpft, wenn er erfährt, wer und was alles in dem Polizei-Computer drin ist. Was Günter Bertling, Leitender Kriminaldirektor in Hamburg, angibt, gilt im wesentlichen für alle Polizei-Computer:

„Wir haben alle Personen erfaßt, die zu irgendeiner Zeit einmal mit der Polizei in Berührung gekommen sind. Alle wichtigen Personendaten über die jeweilige Person sind gespeichert, dann die Frage, ob und welche Lichtbilder vorhanden sind und vieles andere, was für die Ermittlungen nötig ist ...“

„Stern“ Nr. 19, 28. 4. 77. Im Bericht von Rudolf Müller über den Schäfer Helmut Schlaudraff, der von einem Polizisten am 13. April 1977 erschossen wurde. Ursache: Drei Schafe waren als gestohlen gemeldet und tot von Polizeibeamten auf einem Pkw-Anhänger entdeckt worden:

„... Eine Überprüfung des Anhänger-kennzeichens habe ergeben, daß der Halter ‚polizeibekannt‘ gewesen sei.

Sechs Tage später erläuterte ein Sprecher des Landeskriminalamtes Wiesbaden, wie Schlaudraff ‚polizeibekannt‘ wurde: ‚Er selbst hatte mehrfach Schafe aus seiner Herde als gestohlen gemeldet.‘“

Computerhersteller noch die Computerwissenschaft Informatik haben bisher zuverlässige Definitionen erarbeitet, so daß wir uns mit Wirkungsbeschreibungen behelfen müssen. Informationssysteme erfüllen in der Regel übergreifende Aufgaben, das heißt, sie sind von ihrem Ansatz her vor allem auch dafür gedacht, Grundlagen für politische Entscheidungen in nahezu allen Lebensbereichen zu liefern und insofern als Instrumente übergreifender Planung, Lenkung und Kontrolle zu

dienen; sie wirken damit als Instrumente der Macht⁸⁾.

Derartige Informationssysteme können aufgrund der hohen Kosten nur von staatlichen Stellen oder von großen Wirtschaftsunternehmen und Verbänden aufgebaut werden. Es gibt sie bereits — verschieden weit ausgebaut — etwa beim Bundeskanzleramt oder in Gestalt der Sozialdatenbank beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung. Allein die Sozialdatenbank wird aus einer Vielzahl anderer Datenbanken gespeist — z. B. der Krankenversicherungsträger, zahlreicher Großfirmen usw. — und hat Fachjuristen bereits dazu veranlaßt, öffentlich zu erklären, daß mit diesem großen Informationssystem gleich mehrere Artikel des Grundgesetzes verletzt würden⁹⁾. Gleichzeitig wirft dieses Informationssystem die Frage auf, wieweit hier nicht zusätzliche Informationsmacht bei einem Minister entsteht, ein Problem das von Karlheinz Gebhardt, einem der besten Kenner der Problematik, kürzlich auch generell angesprochen wurde¹⁰⁾.

Ein weiteres Beispiel für ein großes Informationssystem ist JURIS. In ihm sollen in der Endstufe „alle relevanten juristischen Daten“ gespeichert und zur Verfügung gehalten, aber auch verarbeitet werden. Schon der Begriff „relevant“ verweist auf den Bewertungsspielraum, der hier vom Herrn des Systems zur

⁸⁾ Gerd E. Hoffmann, Informationssysteme als Instrumente der Macht, in: Mitteilung Nr. 46 des Instituts für Informatik, Universität Hamburg, 1. Band der Arbeitspapiere zum Werkstattgespräch „Gesellschaftliche Auswirkungen großer Informationssysteme aus der Sicht verschiedener Disziplinen“, März 1977.

⁹⁾ Besonders eindringlich dazu Wilhelm Steinmüller beim Kongreß in Wien (s. u. 7; abweichend von der schriftlichen Fassung, Tonbandmitschnitt): „Ein solches System ist, meine Damen und Herrn, nicht nur rechts- sondern auch verfassungswidrig, als nicht feststeht und nachgewiesen ist, wer legitimer Benutzer eines solchen Systems ist und was der legitime Benutzer mit den Daten tun darf. Beide Nachweise sind bei diesem Projekt auch nicht im Ansatz überlegt worden.“ Vgl. a.: Herbert Schmidt in: adl-Nachrichten, Heft 100/101/76 (S. 22 bis 36), wo es u. a. zum Stichwort Kriegsopferversorgung heißt: „Für jeden der etwa 2,3 Millionen Versorgungsberechtigten im In- und Ausland liefern die Bundesländer Datensätze mit insgesamt 70 Rentenmerkmalen. ... Außer den Individualdatensätzen für jeden Versorgungsberechtigten liefern die Bundesländer folgende Meldungen mit aggregierten Daten ...“

¹⁰⁾ Karlheinz Gebhardt, Vorsitzender des Vorstands der Datenzentrale Schleswig-Holstein in der WDR-Sendung ‚Zeitfragen—Streitfragen‘, 23. 1. 1977 (11.30 bis 12.00 h).

Durchsetzung seiner Vorstellungen genutzt werden kann. Sigmar Uhlig ist zuzustimmen, wenn er ein Informationsmonopol und ein Verbreitungsmonopol für juristische Daten voraussagt¹¹⁾. Hinzu kommt, daß Gerichte wie Anwälte infolge der anhaltenden Informationslawine auf JURIS zurückgreifen werden in der Hoffnung, von dort alles Notwendige zu erhalten. Dadurch aber würde JURIS indirekt noch zu einem juristischen Meinungsbildungsmonopol werden. Dies hat nicht nur Auswirkungen auf die Vielzahl der juristischen Fachverlage, sondern kann bei instabilen Regierungsverhältnissen zu katastrophalen Weiterungen führen.

Informationssysteme können also fachspezifisch Monopolcharakter erhalten. Das trifft prinzipiell für alle sechzehn Fachinformationssysteme zu, die von der Bundesregierung geplant sind¹²⁾. Es trifft aber auch zu auf Informationssysteme großer Wirtschaftsunternehmen oder gesellschaftlicher Gruppen wie etwa der Gewerkschaften, die als Neugründung ebenfalls ein wirtschaftlich geführtes Computersystem als Dienstleistungsbetrieb für alle gewerkschaftlichen Unternehmen und letztlich auch die Einzelgewerkschaften aufbauen. Es trifft weiter zu für die Personalinformationssysteme von Wirtschaftsunternehmen, weil sie — wie schon jetzt teilweise im Hinblick auf die Sozialdatenbank — mit anderen Datenbanken oder Informationssystemen in einen Datenaustausch eintreten, der bei Einzeldaten für den einzelnen kaum noch kontrollierbar ist. Bei bilanzierten Daten aber können die Ergebnisse selbst von den Herren des Systems (eine bemerkenswerte Besonderheit der neuen Technologie) nicht mehr auf ihren Wahrheitsgehalt hin überprüft, sondern „nur noch geglaubt werden“, wie der Politiker Frank Haensche und der Verwaltungsrechtler Adalbert Podlech übereinstimmend herausgefunden haben. Die Verzahnung zwischen Informationssystemen unterschiedlicher Art erreicht ihre Perfektion innerhalb sogenannter Informationssystem-Verbundsysteme. Hier ist das schon existierende Musterbeispiel das Verbundsystem zwischen den Kriminalpolizeien der Bundesländer und dem Bundeskriminalamt. Das Ziel, eine effektive

¹¹⁾ Sigmar Uhlig, Rechtsinformationssystem im Rechtsstaat, in: Wilhelm Steinmüller (Hrsg.), Informationsrecht und Informationspolitik (S. 25 ff.), München-Wien 1976.

¹²⁾ Vgl.: Programm der Bundesregierung zur Förderung der Information und Dokumentation (IuD-Programm) 1974—1977, hrsg. vom Bundesminister für Forschung und Technologie, 1975.

Verbrechensbekämpfung mit Computerhilfe zu erreichen, wird jeder Bürger begrüßen. Ob es allerdings notwendig ist, nach und nach die Mehrheit der Bundesbürger zu polizeibekanntenen Personen zu machen, nur weil sie — wie zuvor schon an einem Beispiel dargestellt — mal aus oft nichtkriminellen Gründen „mit der Polizei in Kontakt“ gekommen sind, wird zu diskutieren sein. Ähnliches gilt für den Verfassungsschutz, der bereits Millionen Bundesbürger mit umfassenden Dossiers in seinem Informationssystem gespeichert hat. Bei der Datenschutzgesetzproblematik wird diese Thematik erneut zu behandeln sein.

Fassen wir zusammen: Datenbanken einerseits und Informationssysteme andererseits machen es möglich, Datenmengen bisher unbekannter Größenordnungen auf kleinstem Raum zu speichern und in Sekundenschnelle so zu verarbeiten, daß Abbildungen von Wirklichkeit entstehen. Sie werden als Grundlagen für Entscheidungen benutzt, obgleich diese Abbildungen sehr unzulänglich sind und infolge der kontextlosen Daten tatsächliches Bürgerleben — und sei es ausschnittsweise — nicht wiedergeben können, sondern allenfalls ein Konstrukt darstellen, das die schwedische Reichstagsabgeordnete Kerstin Anér bildhaft und zutreffend als „Datenschatten“ bezeichnet hat¹³⁾.

Weil Datenbanken und Informationssysteme aus Kostengründen nur von wenigen aufgebaut und genutzt werden können, verstärken sie also de facto wie tendenziell die Macht der Mächtigen. Sie tendieren außerdem dazu, die Betroffenen von einer demokratischen Mitwirkung an der inhaltlichen Ausgestaltung der Systeme auszuschließen, den Bürger zum Datenlieferanten herabzustufen und als Individuum „überflüssig“ zu machen. Gerhard Stadler vom Bundeskanzleramt in Wien ist zu danken, daß er als aktiver politischer Beamter die Frage stellte, ob nicht überprüft werden müsse, wie man die neue Technologie „bürger- und demokratiegerechter“ verwenden könne¹⁴⁾. Von den technologischen Möglichkeiten her bietet sich das geradezu an. Computer wären ein Mittel, den Bürger im Rahmen von Breitbandkommunikationssystemen mit Rückkanal unmittelbar an der Gestaltung seiner gesellschaftlichen Verhältnisse zu be-

¹³⁾ Kerstin Anér, Datengesetz und Datenschutz in Schweden, in: Numerierte Bürger, a. a. O.

¹⁴⁾ Gerhard Stadler, Die Anwendung des Computers im Prozeß der demokratischen Willensbildung — Realität oder Utopie?, Wien 1977, Referateband 2, a. a. O., Fußnote 7.

teiligen. Dies zu verwirklichen, würde allerdings eine Reihe tiefgreifender politischer Entscheidungen voraussetzen, was man — gemessen an der gegenwärtigen politischen Praxis — getrost als utopisch bezeichnen kann.

Dennoch wäre es falsch, wenn der Bürger, wenn die Wissenschaftler, wenn die Parteipolitiker ob der anstehenden, in der Tat äußerst

komplexen Problematik verzweifeln und resignieren würden. Noch gibt es Chancen und Ansatzpunkte, um in einzelnen Bereichen die absehbaren negativen Wirkungen zu entschärfen und gleichzeitig mit einem Umdenken und notwendigen Forschungsmaßnahmen zu beginnen. Darauf wird noch näher einzugehen sein.

Auf dem Weg in die Informationsgesellschaft

Das Unbehagen über die möglichen Auswirkungen der Informationssysteme auf Computerbasis wird in jüngster Zeit durch einen doppelten Begrenzungsversuch ergänzt. Zum einen wehren sich die Computerfachleute, die sich untertreibend „Datenverarbeiter“ nennen, dagegen, daß man sie zu Sündenböcken stempelt¹⁵⁾, obwohl sie doch nur das täten, was ihre Auftraggeber von ihnen verlangten. Zum anderen erklären Wissenschaftler — so kürzlich bei einem interdisziplinären Werkstattgespräch über die Auswirkungen großer Informationssysteme in Hamburg¹⁶⁾ —, in den Computern fände keine Informationsverarbeitung statt, sondern es würden lediglich Zeichen verarbeitet. Beide Versuche machen neben dem allgemeinen Unbehagen eine gewisse Hilflosigkeit bei den Fachleuten deutlich.

Gewiß haben die Datenverarbeiter formal recht, wenn sie die politische Verantwortlichkeit den Herren der Systeme zuordnen, gleich ob es sich um Rechenzentren der Bundesländer, der Kommunen oder privater Trägerschaften handelt. Man muß jedoch fragen, ob sich nicht gerade die Datenverarbeiter wegen ihrer Kenntnis der Möglichkeiten der neuen Technologie stärker politisch engagieren müßten, als sie es bisher in der Regel tun.

Gewiß haben auch jene Wissenschaftler formal recht, wenn sie den Computer als Maschine zur Zeichenverarbeitung betrachten.

Nur ändert das wenig an den Wirkungen der Informationssysteme. Denn selbst mathematische Zeichen sind Träger von semantischen Anteilen, transportieren also Bedeutung und Nachricht. Nachricht aber ist eine der klassischen Definitionen für den Begriff Information. Wer wollte bestreiten, daß Statistiken, Bücherlisten mit Angaben verschiedener Titel zu einem Thema oder gar Daten aus dem Leben des Bürgers Information darstellen, auch wenn sie im Computerprogramm als binäre Zahlenfolge verarbeitet werden.

Beide Begrenzungsversuche machen mit ihrer Abwehrtendenz vielmehr klar, daß wir uns bereits auf dem Weg in eine neuartig strukturierte Gesellschaftsform befinden, die hilfsweise Informationsgesellschaft genannt wird. Das Problem besteht darin, sich der Erkenntnis zu öffnen, wonach sich die gegenwärtige gesellschaftliche Neustrukturierung nicht mehr allein aus dem rückgewandten gewohnten Denken heraus erklären läßt. Begrenzungen sind vor diesem Hintergrund menschlich verständliche Versuche, sich dem von dieser Erkenntnis ausgehenden Druck zu entziehen.

Ein derartiges Verhalten hilft uns jedoch nicht weiter. Die alte Formel des britischen Staatsmannes Francis Bacon „Wissen ist Macht“ hat durch die Computer-Informationssysteme eine neue Dimension erhalten. Und diese Dimension ist nicht nur mengenmäßig bestimmt, weil es heute möglich ist, unvorstellbar große Wissensmengen im Computer zu speichern und zu verarbeiten. Die neue Dimension ist auch qualitativ bestimmt durch die Fähigkeit elektronischer Systeme, Informationen auf einer höheren Komplexitätsebene zu verarbeiten — und dies in einer Geschwindigkeit, die uns schon fast ‚unbegreifbar‘ erscheint.

Ein Systemprogrammierer erklärte die Veränderung so: Zwar wäre es theoretisch möglich, komplizierte Rechenvorgänge im Computer

¹⁵⁾ Thilo Steinbrink, Mitglied des Vorstands der Datenzentrale Schleswig-Holstein und Präsident des Bundesverbandes der Datenverarbeiter (adl-Verband für Informationsverarbeitung), in einem Diskussionsbeitrag zum Symposium Computersozologie beim Kongreß in Wien, a. a. O., Fußnote 7.

¹⁶⁾ Vgl. Bernd Lutterbeck, Politisches System und Technologischer Wandel — Thesen zur gesellschaftlichen Steuerung von Informationstechnologie. Beitrag zum Werkstattgespräch in Hamburg, insbesondere im Abschlußbeitrag (Tonbandmitschnitt) a. a. O., Fußnote 8.

auch durch hundert Mathematiker in einigen Jahren ausführen zu lassen, nur wären die Ergebnisse dann längst überholt. Und der österreichische Gewerkschaftssekretär Fred Margulis umschrieb die neue Dimension beispielhaft: „Ein Computer erlaubt uns, hunderttausende Entscheidungen in einer Sekunde auszuführen, die moderne Demokratie erlaubt uns eine Entscheidung in 126 Millionen Sekunden, das heißt in vier Jahren.“¹⁷⁾

Damit aber ist die Frage aufgeworfen, ob der Bürger überhaupt noch angemessen und in der ursprünglich gewollten Weise durch die von ihm gewählten Abgeordneten repräsentiert werden kann. Schon heute wird die Auffassung vertreten, daß mit den Informationssystemen auf Computerbasis von den Herren der Systeme Datenraster geschaffen werden, die sich zunehmend verdichten und einen großen Teil der Entscheidungen mitbestimmen. An diesem Vorgang jedoch ist die Mehrzahl der Bürger nur noch durch Datenerhebung beteiligt. Da die Wahlprogramme der Parteien über die Verwendung elektronisch gewonnener Informationsmacht nichts aussagen, kann der Bürger in seinem Wahlentscheid dazu auch keinen Auftrag erteilen. Der Bürger befindet sich — meist ohne sich dessen bewußt zu sein — hinter sich verschränkenden und sich gegenseitig durchdringenden ‚Datengittern‘, die von den Verwaltern — oft aus Rationalisierungsgründen und in gutem Glauben — errichtet wurden. Datengitter trennen die Mehrheit von der Minderheit, schließen die Mehrheit von der Datenerhebung und von der Nutzung der neuen Dimension der Informationen aus, was in ähnlicher Weise auch auf das informationelle Verhältnis zwischen Regierung und Opposition zutrifft und den Juristen Wilhelm Opfermann dazu veranlaßte, den Begriff der notwendigen Informationsteilhabe¹⁸⁾ in die Diskussion einzuführen.

Wie wenig selbst Dienstleistungsbetriebe bei der Datenverarbeitung im Computer an ihre Kunden denken, zeigen die von Helmut Schmidt kürzlich kritisierten Computerabrechnungen von Versorgungsunternehmen, ebenso aber auch die der Finanzämter. Die hier durch meist unverständliche Abkürzungen aus dem Computerprogramm errichteten

¹⁷⁾ Fred Margulis, Führt uns der Computer in ein neues Gesellschaftssystem?, Vortragsmanuskript für den Wiener Kongreß, a. a. O., Fußnote 7.

¹⁸⁾ Wilhelm Opfermann, Informationsfreiheit als Voraussetzung für Meinungsfreiheit, in: Numerierte Bürger, a. a. O.

Verständnisbarrieren ließen sich relativ leicht durch eine generelle Vorschrift für einen Ausdruck im Klartext beseitigen. Nicht beseitigen hingegen läßt sich die viel einschneidendere Tatsache, daß der bisher übliche unmittelbar mögliche Kontakt zwischen Bürger und jeweiligem Sachbearbeiter immer mehr in einen Kontakt zwischen Bürger und Computer umgewandelt wird. Sprachlich drückt sich das in einem Forschungsprojekt mit dem Titel „Bürgernahe Verwaltung“ bereits darin aus, daß zwischen dem „Bürgerpartner Informationsstandardsoftware“, also einem Computer-Informationssystem, und dem „leibhaftigen Bürgerpartner“, einer Art Spezialsachbearbeiter für Sonderfälle, unterschieden wird.

Das letzte Beispiel zeigt nur die „Spitze des Eisbergs“ im Hinblick auf die eingetretenen strukturellen und psychosozialen Veränderungen. Es macht deutlich, wie notwendig es ist, den Bürger durch weitgefächerte Bildungsmaßnahmen auf das vorzubereiten, was die neue Informationsgesellschaft von ihm an Anpassungsleistung verlangt. Beim genannten Forschungsprojekt „Bürgernahe Verwaltung“ wurde jedoch — und das scheint symptomatisch — aus Zeit- und Kostengründen auf die vom Leiter eines Teilprojekts vorgeschlagene „Machbarkeitsstudie“ verzichtet, in deren Rahmen wenigstens stichprobenartig auch Bürger befragt werden sollten darüber, was sie von einer weitgehend durch Computersysteme ausgeführten Verwaltungstätigkeit hielten¹⁹⁾.

Da wir uns in der Anfangsphase einer Entwicklung befinden, gewissermaßen die ersten Schritte auf dem Weg gehen, der uns in die Informationsgesellschaft führt, muß das Schwergewicht der Ausführungen auf die kritischen Punkte gelegt werden. Ohne Zweifel hat die viel diskutierte Informationslawine, gekennzeichnet durch die Formel von der Verdoppelung der vor allem von den Wissenschaften produzierten Wissensmenge innerhalb von zehn Jahren, mit dazu beigetragen, diesen Weg einzuschlagen. Wahrscheinlich ist auch, daß ein zeitlicher Zusammenhang zwischen der zunehmenden Unregierbarkeit industrialisierter Staaten und Wirtschaftsunternehmen und der „Erfindung“ der Computer besteht. Insofern bringt die neue Technologie sicher auch Vorteile. Schon jetzt wären zahlreiche Verwaltungsvorgänge ohne Computer

¹⁹⁾ Helgomar Pichlmeyer in einem Tonbandgespräch mit dem Verf. Sendemanuskript Hessischer Rundfunk (Media-Magazin) vom 2. 3. 1977.

nicht mehr zeitgerecht ausführbar. Ohne den Einsatz des Computers für die Weltmodelle des Club of Rome wäre uns die Endlichkeit der Weltrohstoffreserven, wären uns die „Grenzen des Wachstums“²⁰⁾ mit Sicherheit nicht so allgemein bewußt geworden, und manches Nachdenken über notwendige Abhilfemaßnahmen wäre nicht in Gang gekommen.

Dennoch ist zu fragen: Wer hat die größten Vorteile von der neuen Technologie? Gegenwärtig zweifellos nicht die Mehrheit der Bürger; darüber vermögen weder die Taschenrechner für jedermann noch die künftig fast überall zur Verfügung stehenden Kleincomputer und die jüngsten Gründungen von Computer-Hobbyclubs hinwegzutäuschen²¹⁾.

Im Gegenteil: Beim unvorbereiteten Bürger könnte diese buchstäbliche Verkleinerung der technologischen Erzeugnisse und ihre Anwendbarkeit für die Steuerung von Spielzeugeisenbahnen wie für ein elektronisch gesteuertes Kochen²²⁾ zu dem Fehlschluß führen, auch die Gesamtproblematik einer neuartigen Informationsgesellschaft lasse sich verkleinern und damit leichter handhaben. Mit einer derartigen Denkweise würde sich der Bürger hinter Datengittern schlafen legen und die Macht der Mächtigen von sich aus zusätzlich verstärken.

Nach Genrich besteht unverändert „die akute Gefährlichkeit der EDV darin, daß mit ihrer Hilfe bisher unübersteigbare Schranken der Kommunikation vollständig niedergerissen werden können; damit kann ein Disziplinloser Einsatz der EDV zu einer erheblichen Störung — wenn nicht Zerstörung — der auf herkömmlichen Medien und deren Schranken beruhenden Regelkreise führen, welche eine Gesellschaft im Gleichgewicht halten.“²³⁾

Eine dieser Schranken bestand beispielsweise darin, daß Daten aus dem Leben des Menschen in Form von Papierakten ganze Regale voller Aktenordner beansprucht hätten. Da man eine so ausführliche Buchführung über viele Millionen Bürger niemals hätte unter-

bringen können und auch das Wiederauffinden von Daten aus der weit zurückliegenden Vergangenheit für jeden im Wortsinn menschenunmöglich gewesen wäre, wurden Daten selbst bei der Polizei meist nach wenigen Monaten, ganz allgemein aber nach wenigen Jahren, vernichtet. Damit folgte auch die Verwaltung jener sozialhygienischen Funktion unseres Gehirns, die als „Gnade des Vergessens“ umschrieben wird. Für die Computer-Informationssysteme gibt es diese Schranken nicht mehr. Die persönlichen Daten, die ein Normalbürger im Laufe eines Lebens von siebzig Jahren produziert, lassen sich elektronisch auf dem Raum eines Daumennagels aufbewahren und — selbst bei dezentraler Speicherung — innerhalb weniger Sekunden wieder auffinden und auf dem Bildschirm des Datenendgerätes (Terminal) sichtbar machen und/oder über den angeschlossenen Schnelldrucker auf Papier verfügbar halten.

Damit wird es vorläufig nur den Herren des Systems prinzipiell möglich, mehr Information in der schon beschriebenen kontextlosen Form über jeden Bürger zu haben und anzuwenden, als sie das Gedächtnis des betroffenen Bürgers aufzubewahren in der Lage ist. Dies bedeutet einerseits: Informationsvollständigkeit bringt im Gespräch dem Verfüger über ein Computersystem einen Informationsvorsprung und eine neue Informationsqualität gegenüber dem Bürger, der Urheber dieser Information ist. Das bedeutet andererseits: der Bürger kann sich nicht mehr an alle ihm vorgehaltenen Informationen erinnern, ihm bleibt die Wahl, die gesamte Information oder Teile von ihr zu leugnen oder ‚blind‘ die über ihn vom Computer aufbewahrte Information zu glauben.

Hier haben wir es mit einer unmenschlichen Wirkung der neuen Informationstechnologie zu tun. Und der Informatiker Genrich stellt die Frage, ob die Computer für den Menschen nicht „unerträglich“ würden? Gleichzeitig stellt dieser Sachverhalt einen Konflikt dar, der für die Informationsgesellschaft typisch genannt werden kann. Es wird zu entscheiden sein, was den Vorrang haben soll: Die unbegrenzte Nutzung des technologisch Machbaren oder eine Begrenzung des Machbaren auf das dem jeweiligen menschlichen Bewußtseinsstand angenäherte Maß.

Entscheidet man sich für die menschengerechtere Anwendung, so wäre der anstehende Konflikt dadurch zu lösen, daß personenbezogene Daten, insbesondere aus den Intimbereichen, nach bestimmten Fristen generell im

²⁰⁾ Dennis Meadows, Die Grenzen des Wachstums, Stuttgart 1972.

²¹⁾ Nach dem „Computer-Club Europe e.V. Frankfurt“ wurde im März 1977 in Kelkheim/Taunus ein „Computer-Hobbyclub“ gegründet. 100 Siemensmitarbeiter gründeten wenig später einen „Club für Mikrocomputer“.

²²⁾ In einer Anzeigenserie stellte AEG-Telefunken Anfang 1977 den Küchen-Computer COOKBIT vor, in dem 120 Programme gespeichert sind.

²³⁾ Hartmann J. Genrich, a. a. O., Fußnote 2.

Computerspeicher gelöscht werden müssen. Dies allein entspräche auch sinngemäß den Grundgesetzartikeln 1 und 2, wonach die Würde des Menschen unantastbar ist und jedem das Recht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit garantiert wird. Sicher gehört für den gegenwärtigen Menschen eine wie auch immer geartete „Privatsphäre“ zu den unveräußerlichen Voraussetzungen, um die genannten Verfassungsartikel zu verwirkli-

chen. Und wir müssen, wie es der Soziologe Paul J. Müller formulierte, die Freiheit behalten, Informationen über uns an verschiedene Personen und Institutionen auch *gezielt verschieden* abzugeben²⁴⁾, gegebenenfalls auch zu verweigern. Damit aber sind wir bereits mitten in der Problematik, die das Jahrhundertproblem für die Juristen bedeutet und leider unzureichend mit dem Begriff „Datenschutz“ bezeichnet wird.

Wieweit schützt das Bundesdatenschutzgesetz den Bürger?

Nach Schweden und den USA ist die Bundesrepublik der dritte westliche Staat, der eine gesetzliche Regelung für ein Teilgebiet der neuartigen Informationsgesellschaft geschaffen hat. Allein die Tatsache, daß unsere politischen Parteien die personenbezogenen Daten der Bürger im Hinblick auf die neuen Möglichkeiten der Computertechnologie als schutzwürdiges Rechtsgut erkannt haben, kann positiv gewertet werden. Daß inzwischen immer häufiger darauf verwiesen wird, es gehe im Grunde um den Ausbau der Persönlichkeitsrechte, spricht für einen — wenn auch sehr mühsam — in Gang gekommenen Umdenkungsprozeß.

Bereits der Titel des neuen Gesetzes, das teilweise zum 1. Juli 1977, hauptsächlich jedoch zum 1. Januar 1978 in Kraft tritt, verweist darauf, daß der positive Ansatz eines erweiterten Persönlichkeitsrechts noch nicht der Ausgangspunkt ist: Gesetz zum Schutz vor Mißbrauch personenbezogener Daten bei der Datenverarbeitung (Bundesdatenschutzgesetz — BDSG)²⁵⁾. Schützen soll das Gesetz also vor *Mißbrauch* personenbezogener Daten, das heißt, daß der *Gebrauch* personenbezogener Daten erst einmal generell zugelassen wird.

Sieht man sich das Gesetz näher an, wird jedoch nicht einmal der schmale Ansatz der *Mißbrauchsverhinderung* durchgehalten, sondern im Verlauf der mehrjährigen Experten- debatten, an denen die breite Öffentlichkeit nicht beteiligt wurde, reduzierte sich das Gesetz nicht zuletzt wegen eines massiven

Drucks der Wirtschaftsverbände²⁶⁾ auf Vorschriften über *den Umgang* mit personenbezogenen Daten bei der öffentlichen Hand (Bundesebene), der freien Wirtschaft sowie anderer privater Anwender in der Bundesrepublik. Die Bundesländer müssen *zusätzlich* Datenschutzgesetze für die übrige öffentliche Verwaltung erlassen sowie eine Kontrollinstanz für die Wirtschaftsunternehmen schaffen. Außerdem wird es einen Bundesdatenschutzbeauftragten geben und Datenschutzbeauftragte der Länder oder Datenschutzkommissionen sowie betriebliche Datenschutzbeauftragte in der Wirtschaft.

Dr. Herbert Auernhammer, der als Ministerialrat im Bundesministerium des Innern den Entwurf des Gesetzes formulierte, hat in der Wochenzeitung „Das Parlament“ auf die Schwierigkeiten aufmerksam gemacht, die bei der juristischen Abgrenzung der „Persönlichkeitsphäre“ entstanden waren²⁷⁾. In der Tat hatte ein Juristenteam unter Leitung von Rupprecht Kamlah zwei Jahre lang versucht, die Privatsphäre des Bürgers inhaltlich zu definieren und somit einen weiteren, bürgernäheren Ansatz zu ermöglichen. Als dies mißlang, weil sich herausstellte, daß der Bürger seine persönlichen Daten aus den Bereichen Ausbildung, Gesundheit, Arbeitswelt, Konsumgewohnheiten usw. sehr unterschiedlich bewertet, zog man nicht etwa andere Wissenschaftler wie Informatiker, Soziologen, Psychologen oder gar Philosophen hinzu, sondern zog sich auf rein formaljuristische Denkkate-

²⁴⁾ Paul J. Müller, Soziale Kontrolle durch Datenbanken, in: Erfassungsschutz, hrsg. von Helmut Krauch, Stuttgart 1975.

²⁵⁾ Nach längerer Überprüfung unterzeichnete der Bundespräsident das Bundesdatenschutzgesetz, so daß es im Bundesgesetzblatt vom 27. 1. 1977 veröffentlicht werden konnte.

²⁶⁾ Vgl. die Protokolle der hearings, die vom Bundesministerium des Innern und vom Innenausschuß des Bundestages zum Datenschutz veranstaltet wurden. S. a. wörtliche Wiedergabe in: Der numerierte Bürger, Funk-Fernseh-Protokolle Nr. 7, S. 48/49, München 1974.

²⁷⁾ Herbert Auernhammer, Datenschutz ist Bürgerschutz, in: Das Parlament Nr. 3 vom 22. 1. 1977, S. 11.

gorien herkömmlicher Art zurück, die naturgemäß den anfangs etwas zukunftsorientierten Ansatz ausschlossen.

Wenn die Überschrift von Auernhammers Beitrag im „Parlament“ lautete „Datenschutz ist Bürgerschutz“, kann man das als politische

Würde mich über Initiativen von Bürgern freuen

ZDF-Interview mit Bundesminister Hans Matthöfer in der Sendung „Bonner Perspektiven“ vom 27. 3. 77 (Ausschnitt):

Frage: Herr Minister, es gibt die Sorge unter den Bürgern dieses Landes, daß durch die Möglichkeiten der EDV der einzelne Mensch zum gläsernen, zum durchsichtigen Menschen wird. Müßten Sie erwarten, mit ähnlichen Bürgerinitiativen gegen diese Entwicklung konfrontiert zu werden, wie Sie das auf dem Energiesektor erlebt haben oder ist der Eindruck der, daß solchem durch das Datenschutzgesetz selbst schon vorgebeugt wurde?

Hans Matthöfer: Nein. Ich halte das Datenschutzgesetz weder für vollkommen noch wird es mit der sich schnell entwickelnden Technik ja auf die Dauer fertig werden können. Das heißt, ich würde mich sehr freuen, wenn ähnlich wie bei der Kernenergie besorgte Bürger sich zusammenschließen würden und mit den Politikern diskutieren würden, wie man hier die Intimsphäre des Menschen, die ja nach unserer Vorstellung zur Würde des Menschen gehört, die nach unserem Grundgesetz nicht angetastet werden sollte, wie man die noch besser schützen kann. Und ich würde es sogar ausdehnen, ich würde es nicht nur reduzieren auf die elektronische Datenverarbeitung, sondern auf die ganze Entwicklung des Kommunikationswesens bei uns, auf die Verschmelzung von Nachrichtentechnik, Bürotechnik, Mikroelektronik, Automatisierung usw. Dies ergibt bestimmte Verfahren. Und ich würde mich freuen, wenn interessierte, fachkundige und besorgte Bürger sich hier zu Initiativen zusammenschließen, um den Politikern gewissermaßen auf die Sprünge zu helfen.

Zielvorgabe bejahen; das Bundesdatenschutzgesetz erreicht dieses Ziel jedoch nicht, sondern ist eher ein Gesetz aus dem Geist des 19. Jahrhunderts, das davon ausgeht, daß die inhaltlichen Klärungen nach und nach durch entsprechende Gerichtsentscheidungen (Musterprozesse) herbeigeführt werden. Erinnert man sich der außerordentlich schnellen Entwicklung der Computertechnologie und ihrer gesellschaftlichen Besonderheiten, muß man bezweifeln, ob dieses Gesetz wirklich problemgerecht und historisch gesehen zeitgerecht gestaltet wurde (s. Kasten 3).

Es ist hier nicht der Ort für rechtsphilosophische und gesellschaftstheoretische Diskussionen. Andererseits kann aber nicht darauf verzichtet werden, auf die vielfältigen Zusammenhänge wenigstens hinzuweisen, ehe einige den Bürger direkt betreffende Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes unter mehr tagespolitischen Aspekten beleuchtet werden.

So macht Adalbert Podlech wohl treffend darauf aufmerksam, daß neben die „Beherrschung und Kontrolle politischer Macht“ und das „Problem der Steuerung und Distribution ökonomischer Produktionsverhältnisse“ als zentralen Aufgaben der Gesellschaft die Frage getreten sei, „unter welchen Bedingungen ist das Informationsgebaren einer Gesellschaft für die Glieder der Gesellschaft akzeptabel?“²⁸⁾

Ohne Zweifel bekommt das Informationsgebaren, bekommt die Nutzung von Information neuer Quantitäten und neuer Qualitäten innerhalb einer Informationsgesellschaft einen anderen und höheren Stellenwert als in vorangegangenen Gesellschaften. In diesem Kontext stellt sich schnell die Frage, wie denn der Begriff „Mißbrauch“ künftig zu verstehen sei?

Das Bundesdatenschutzgesetz kennt keine Lösungsfristen, soweit es sie nicht bereits durch andere Bestimmungen etwa über den Strafregisterauszug gibt. Auernhammer selbst stellt vielmehr in seinem Beitrag im „Parlament“ heraus, daß die personenbezogenen Daten im jeweiligen System auch gegen unbefugtes Verändern und Löschen zu schützen seien.

²⁸⁾ Adalbert Podlech, Gesellschaftstheoretische Grundlage des Datenschutzes, in: Datenschutz und Datensicherung, Fachtagung in Linz/Donau 1976, Bachem Verlag Köln 1976.

Erinnern wir uns des zuvor dargestellten Konflikts um die „Gnade des Vergessens“²⁹⁾, so schützt das Bundesdatenschutzgesetz den Bürger nicht nur nicht vor einer Dossierherstellung und der mit ihr verbundenen vermehrten Informationsmacht der Herren der Systeme, sondern es legitimiert prinzipiell diesen Vorgang. Das aber kann für den Bürger nicht akzeptabel sein. Ist es also ein Mißbrauch der informationellen Möglichkeiten, die der Computer geliefert hat?

Der Bürger erhält hingegen das Recht, Auskunft über die zu seiner Person gespeicherten Daten zu verlangen. Er soll jedoch bei seinem Auskunftsverlangen den jeweiligen Datenkomplex genau bezeichnen. Er muß weiter den mit der Auskunft verbundenen Aufwand bezahlen. Wie aber soll der Bürger, von dem an einer Vielzahl von Stellen personenbezogene Daten gespeichert werden, allein die erste Voraussetzung erfüllen, solange es nicht eine Art Telefonbuch (Register) aller dieser Datenbanken und Informationssysteme gibt? Ein solches Register, das in Schweden mit als erste Hilfe für den Bürger geschaffen wurde, sieht das Bundesdatenschutzgesetz nicht vor. Vielmehr beschränkt es sich auf die Vorschrift einer einmaligen Bekanntgabe über die Errichtung eines Informationssystems mit Personendaten in den amtlichen Mitteilungsblättern. Der Bundesdatenschutzbeauftragte wird ein Register der Datenbanken in Bundeszuständigkeit führen. In ihm wird jedoch nur ein Teil der Datenbanken aufgeführt. Daneben wird es ein Register geben, das nicht für jedermann zugänglich ist. Privatfirmen müssen die Tatsache der Erstspeicherung dem Bürger mitteilen; dies aber auch nur dann, wenn sie nicht — wie etwa eine Versicherung — davon ausgehen können, daß dem Bürger die Tatsache der Computerverarbeitung seiner Daten auf andere Weise bekanntgeworden ist.

Ist also schon hier für den Normalbürger eine fast unüberwindliche Barriere geschaffen, das Auskunftsrecht auch tatsächlich wahrzunehmen, wird die Erhebung von Gebühren gleich noch als zweite Schranke aufgerichtet. In Schweden hat jeder Bürger einmal jährlich das Recht, seine Datenausdrucke kostenlos anzufordern. Auch der Hessische Datenschutzbeauftragte (Hessen hat mit seinem Da-

tenschutzgesetz von 1970 Pionierarbeit geleistet) Professor Spiros Simitis vertritt die Auffassung, man könne dem Bürger Gebühren nicht zumuten, weil erhebliche Kosten dabei entstehen können³⁰⁾. Außerdem aber kommt noch hinzu, daß ja die Herren der Systeme materiellen und immateriellen Nutzen von den Bürgerdaten haben. Aus diesem Grunde sieht der Entwurf für das neue Landesdatenschutzgesetz Hessens eine Gebührenfreiheit vor; ein Datenbankregister für Hessen wird gegenwärtig angelegt und dem Bürger zur Einsicht in Wiesbaden offenliegen.

Der Bürger hat laut Bundesdatenschutzgesetz weiter die Möglichkeit, die Berichtigung falscher Daten und die Löschung unzulässig gespeicherter Daten zu verlangen sowie die Sperrung von Daten, wenn der ursprünglich zulässige Speicherzweck weggefallen ist oder bei kommerziellen Datenverarbeitern — etwa Detekteien — seine Daten älter als fünf Jahre sind. Wohlgermerkt, der Bürger *kann* das verlangen. Bei der Fünfjahresfrist aber kann er, selbst wenn er sich durchfinden sollte, lediglich eine Sperrung verfügen. Die Daten bleiben also mit dem Vermerk „gesperrt“ unverändert im Speicher. Über die Frage Löschen oder Sperren hatte es bei einem hearing zwischen Verbandsvertretern und Ministerialrat Auernhammer lange Auseinandersetzungen gegeben. Der Wirtschaftsverbandsjurist gestand dem Verwaltungsjuristen schließlich zu, daß man sich mit der Sperrbestimmung arrangieren könne (s. Kasten 4). Denn wenn auch die Weiterverwendung gesperrter Daten verboten ist, kann man in der Praxis natürlich doch zur Auffrischung der Erinnerung intern auf die alten Daten zurückgreifen und seine Auskünfte den Kunden gegenüber so abfassen, daß der Nachweis des Mißbrauchs schon für den durchschnittlichen Rechtsanwalt unmöglich wird. Die Zeit hochspezialisierter Datenanwälte, die sich nur finanzkräftige Bürger leisten können, hat begonnen.

Die Bundesrepublik versteht sich selbst als demokratischer und sozialer Rechtsstaat (vgl. Artikel 20 GG). Ist unter den neuen Bedingungen der Informationstechnologie die zuvor geschilderte Regelung für die Mehrheit der Bürger akzeptabel?

²⁹⁾ Vgl. u. a. Forderungen des P.E.N.-Zentrums Bundesrepublik Deutschland an die Bundesregierung, die Fraktionen des Bundestages und die Länderregierungen zum Computereinsatz. Vollständig abgedruckt in: Frankfurter Rundschau, 23. 11. 1976, Nr. 264, S. 9.

³⁰⁾ Der Hessische Datenschutzbeauftragte Spiros Simitis u. a. in einem Gespräch mit dem Verfasser am 1. 4. 1977 für den Hessischen Rundfunk: „Beim Bundesdatenschutzgesetz wimmelt es förmlich von Formeln, die das Auskunftsrecht, aber auch die anderen Rechte des einzelnen gefährden...“

*Wären die Bedenken ausgeräumt,
wenn ...*

Dokumentation einer Anhörung zum Referentenentwurf eines Bundes-Datenschutzgesetzes vom 7.—9. November 1972, 424 Seiten (Ausschnitt).

Dialog zwischen Dr. Windolph vom Verband der Handelsauskunfteien und Ministerialrat Dr. Auernhammer.

Windolph: „Bedeutet die Löschung die Unkennlichmachung, beziehungsweise Vernichtung der betreffenden Unterlagen oder genügt es, daß die zu löschende Unterlage lesbar bleibt, aber mit einem Vermerk versehen wird, daß sie nicht mehr verwertet werden darf? Diese Frage ist von erheblicher Bedeutung auch für den Betroffenen, denn es ist denkbar, daß eine auf Antrag des Betroffenen gelöschte Tatsache in der Folgezeit der Datenbank erneut zugetragen wird und sie dann bei Vernichtung der Unterlage in Unkenntnis der Löschung erneut wieder verwertet wird.

Auernhammer: Herr Dr. Windolph, darf ich Ihnen eine Frage stellen? Meinen Sie, daß die Bedenken, die sie gegen die fünfjährige Lösungsfrist geltend machen, ganz oder zum Teil ausgeräumt wären, wenn die Löschung im Sinne des Paragraphen 27, Absatz 3, nicht in einer physischen Löschung, sondern nur in der Zufügung des Vermerks ‚gelöscht‘ bestehen würde?

Windolph: Das würde genügen, denn die Folge des Vermerks ‚gelöscht‘ wäre, daß die Daten nicht mehr verwertet werden dürften.

Die Neuheit der Situation wird auch im Bereich der Geheimdienste sichtbar. Polizei und Nachrichtendienste sind ausdrücklich von den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes ausgenommen. Nachdem bekanntgeworden ist, daß der Verfassungsschutz von öffentlichen Büchereien die Daten der Leser bestimmter politischer Schriften abfragt und daß der Militärische Abschirmdienst (MAD) bereits Dossiers von vier Millionen Bürgern im Informationssystem gespeichert hat, ergibt sich nicht nur die Frage, ob wir zu einem Volk der Steckbrief-Bürger werden wollen, sondern auch die Frage, wieweit

sich nicht-staatliche Stellen über die vom Datenschutzrecht ausgenommenen Informationssysteme die Personendaten beschaffen können, die sie selbst nicht haben? An diesem Punkt sind inzwischen auch einige Politiker hellhörig geworden. In Bonn wird zumindest darüber diskutiert, wie durch Sondervorschriften die sich hier abzeichnenden Mißbrauchsmöglichkeiten angegangen werden könnten.

Podlech kennzeichnet den Sachverhalt eindeutig: „Besonders für Geheimdienste gilt, daß kein Bürger mehr wissen kann, wer was wann und bei welcher Gelegenheit über ihn weiß. Dieser Zustand ist nicht begründungs- und konsensfähig und fordert zu einer rechtlichen Zählung so heraus, wie der Rechtsstaat politische Macht gezähmt hat. Eine Datenschutzregelung ist nur so gut, wie sie das Problem der Geheimdienste regelt, und das bedeutet, daß alle derzeitigen Regelungen schlecht sind.“³¹⁾

Ein letzter Gesichtspunkt zum Bundesdatenschutzgesetz mag in einem anderen Zusammenhang verdeutlichen, daß die Regelungen tatsächlich nicht problemadäquat erfolgten. Da inzwischen unbestritten ist, daß es sich bei der Informationstechnologie auf Computerbasis um ortsunabhängig nutzbare Instrumente zur Informationsverarbeitung handelt, die Datenfernverarbeitung unter Zuhilfenahme von Satelliten ganze Datenpakete in 760 Millisekunden von Amerika nach Europa befördert, stieß die Datenschutzregelung innerhalb der Bundesrepublik an die bundesstaatlichen Grenzen, stößt sie in Europa an die nationalstaatlichen Grenzen.

Für den Bürger in der Bundesrepublik heißt das: Es wird ausgehend vom Bundesdatenschutzgesetz unterschiedliche Landesdatenschutzgesetze geben. Will der Bürger wirklich seine Kontrollrechte, so schlecht oder so gut sie auch sein mögen, praktisch ausüben, so muß er in jedem Einzelfall erst einmal nachprüfen, welche Datenschutzregelungen denn nun eigentlich zutreffen (gilt der Hauptsitz einer Firma mit den dort geltenden Datenschutzbestimmungen oder der Sitz des Rechenzentrums der Firma, das sich möglicherweise in einem anderen Bundesland befindet?). Wenn der Bürger etwa meint, eine Stadtparkasse sei ein Wirtschaftsunternehmen und müsse deshalb zum ersten Juli einen betrieblichen Datenschutzbeauftragten benennen — es wird mit 8 000 bis 10 000 betriebli-

³¹⁾ Adalbert Podlech, a. a. O.

chen Datenschutzbeauftragten in der Bundesrepublik gerechnet —, so ist er nach Simitis im Irrtum, denn die Stadtparkkasse ist ein Unternehmen der öffentlichen Hand. Das dadurch die Frage nach einer Wettbewerbsverzerrung gegenüber den Geldinstituten in Privatbesitz auftaucht, sei nur am Rande vermerkt.

Der Bürger befindet sich — um im Bild zu bleiben — nicht nur *hinter* Datengittern, die

ihn in eine Ohnmachtssituation drängen, er steht im Hinblick auf die unterschiedlichen rechtlichen Regelungen auch *vor* Datengittern, die ihn indirekt von der Wahrnehmung demokratischer Rechte ausschließen, zumindest aber ihn daran hindern, mit einem zumutbaren Aufwand an Zeit, Suchintensität und Geld Kontrolle auszuüben. Kann das für den Bürger in der Informationsgesellschaft akzeptabel sein?

Informationsgebaren als Bildungsinhalt, Informationskontrolle und Wissenschaft als Handlung

Um die ärgsten Ungereimtheiten im Datenschutzrecht zu überbrücken, wird es bald so etwas wie eine „Ständige Konferenz der Datenschutzbeauftragten“ geben. In ihr wird sowohl der Kontakt zum Bundesdatenschutzbeauftragten als auch auf längere Sicht zu gewählten oder delegierten Sprechern der betrieblichen Datenschutzbeauftragten hergestellt werden müssen.

Wenn man davon ausgeht, daß es sich beim Datenschutzrecht um eine erste Vorstufe zu einem neuen Informationsrecht in Verbindung mit einer neuartigen Informationspolitik handelt, wie es die neue Buchreihe von Podlech/Steinmüller³²⁾ andeutet, dann müßte zum Wohl des Bürgers wohl nach einer Doppelstrategie verfahren werden. Als Überbrückungsmaßnahme ist an *Datenschutzberater* zu denken, die etwa analog zu Steuerberatern dem Bürger Hilfestellung leisten und die in den vergangenen Jahren fahrlässig herbeigeführten Informationsdefizite bei der Bürgermehrheit „ausbügeln“ müßten. Gleichzeitig aber müßten die Computertechnologie sowie Fragestellungen des Umgangs mit Informationen als vermittelbare Inhalte für die Schul- wie für die Erwachsenenbildung formuliert und in den praktischen Unterricht eingefügt werden, um den Bürger wenigstens in den Grundzügen zu befähigen, einen auf alle Lebensbereiche sich auswirkenden Regel- und Steuerungsschwerpunkt in der Informationsgesellschaft zu begreifen, sich den damit bewirkten Veränderungen wissend anzupassen und zunehmend durch eigene Entscheidungen die Anwendungen der Computertechnologie innerhalb der Gesellschaft mitzubestimmen.

Die Datenschutzberater aber ließen sich so als Vorstufe für den neuartigen Beruf eines *Informationsvermittlers* verstehen, der sowohl im Bereich der Computertechnologie wie im Bereich der auf uns zukommenden Breitbandkommunikationssysteme — etwa analog zu einer Kombination aus Bibliothekar und Sozialhelfer — tätig werden könnte und müßte. Denn: Es hieße die Möglichkeiten unseres Bildungssystems und die Erkenntnisfähigkeit der gegenwärtig Entscheidenden überschätzen, wenn man unterstellen würde, daß bis zur Jahrtausendwende ein Bildungsniveau bei — sagen wir achtzig Prozent — der Bevölkerung erreicht werden kann, das qualifizierte Informationsvermittler überflüssig machen würde.

An diesem Punkt hätten auch arbeitsmarktpolitische Strukturänderungen anzusetzen. Die Informationsgesellschaft wird aller Voraussicht nach zunehmend von immateriellen Wertvorstellungen bestimmt sein — einfach deshalb, weil der Höhepunkt eines ständig steigenden materiellen Wachstums überschritten ist und die insofern frei werdenden Arbeitszeiten wie die frei werdenden intellektuellen Kapazitäten anders genutzt werden können. Sie sollten sinnvoll, das heißt bürgergerecht genutzt werden. Dies könnte im bildungspolitischen und informationellen Bereich geschehen, wobei sich beispielsweise Freizeitgestaltung durchaus als individueller Selbstzweck oder als kollektives Kommunikationserlebnis ansteuern und verstehen ließe im Gegensatz zur bisherigen Auffassung von freier Zeit als Zeit für ein lediglich anders geartetes Konsumverhalten.

Hiermit sei angedeutet, welche umfangreiche politische Entscheidungen jetzt und in naher Zukunft zu fällen sind, wenn wir nicht nur das bisher unerfüllte Ideal des *mündigen* Bür-

³²⁾ Reihe „Rechtstheorie und Informationsrecht“, hrsg. von Adalbert Podlech und Wilhelm Steinmüller, München ab 1976.

gers, sondern den für das Leben in der Informationsgesellschaft vorbereiteten und befähigten „informierten Bürger“ heranbilden wollen.

Dieser politischen Aufgabenstellung ist eine ebenso umfangreiche wissenschaftliche an die Seite zu stellen. Die wissenschaftlichen Aufgaben sind unter zwei Aspekten zu sehen: Zum einen ist es höchste Zeit, mehr Forschungskapazität für die vielfältigen Auswirkungen der Informationstechnologie einzusetzen, um wenigstens annähernde experimentelle und empirische Ergebnisse zur Entscheidungsfindung und zur Entscheidungskorrektur zur Verfügung zu haben. Zum anderen müßten wissenschaftliche Spekulation und wissenschaftliche Vermutung — solange wie gesicherte Ergebnisse fehlen — zur Information über die Problematik bei Politikern, Publizisten, Lehrern, Betriebsräten und anderen sogenannten Multiplikatoren-Gruppen genutzt werden, um in kurzer Zeit das Bewußtsein für die anstehenden Fragen zu schärfen und die notwendigen Umdenkprozesse einzuleiten.

Für diese letzte Art wissenschaftlicher Tätigkeit könnte man hilfsweise auf die Umschreibung „Wissenschaft als Handlung“ zurückgreifen. Es ist fast überflüssig zu betonen, daß diese Wissenschaftsarbeit interdisziplinär, zumindest aber multidisziplinär zu strukturieren ist, weil zwangsläufig verschiedene Fachgebiete berührt werden und gemeinsam bei der Lösung der Probleme mitwirken müssen. Es ist davor zu warnen, nachdem die Juristen an die Grenzen der zukunftsorientierten Problemlösungsmöglichkeiten ihrer Disziplin gestoßen sind, jetzt der Computerwissenschaft Informatik die Rolle einer übergreifenden allzuständigen Disziplin zuweisen zu wollen; den dadurch entstehenden innerwissenschaftlichen Reibungsverlust können wir uns zeitlich einfach nicht leisten.

Die interdisziplinäre Arbeit im Sinne von Wissenschaft als Handlung kann hingegen durch ihre Verklammerung mit Praktiker-Zielgruppen durchaus für Theorie wie Praxis vorteilhafte Wechselwirkungen auslösen. Erste Versuche in dieser Richtung haben sich zwar als beschwerlich, aber dennoch als gangbar erwiesen. Um ihnen in der Breite zur Wirkung zu verhelfen, müßte innerhalb der wissenschaftlichen Innenstruktur ein Feld praxisgebundener Arbeit ausgewiesen werden, das in seiner Bewertung und in seinen Aufstiegsriterien den bisherigen wissenschaftlichen Arbeitsfeldern gleichgeordnet ist. Der Begriff „populärwissenschaftlich“ brauch-

te kein Schimpfwort zu bleiben. Ein verändertes Demokratieverständnis in der Wissenschaft könnte vielmehr dazu führen, eine verständliche Ausdrucksweise in der Wissenschaft und eine auf „das Volk“ bezogene Arbeit als etwas Positives und Erstrebenswertes zu sehen.

Erfreulicherweise handelt es sich bei diesen Vorstellungen nicht mehr um „Spinnereien“ eines interdisziplinären Autodidakten, sondern es gibt — wenn auch noch vereinzelt — Beispiele aus den Rechtswissenschaften, der Betriebswirtschaft, der Soziologie, der Psychologie, der Linguistik (Sprachwissenschaften), der jungen Informationswissenschaft (die gleichzeitig nach ihrem Selbstverständnis sucht), der Germanistik und der Informatik. Prof. Dr. Klaus Brunnstein ist zu verdanken, daß die schon erwähnte Hamburger Tagung interdisziplinär und praxisorientiert stattfinden konnte. Trotz teilweise erheblicher Gegensätze war die Mehrzahl der Teilnehmer überzeugt, daß derartige Treffen fruchtbar seien und fortgesetzt werden müßten.

Aus dieser Tagung stammen Teile der zuvor dargestellten Überlegungen. Von Genrich wurde eine Perspektive eingebracht, die möglicherweise prinzipiell eine Vielzahl der vorhandenen Schwierigkeiten und Gefahren bei der Anwendung der Computertechnologie ausräumen könnte. Genrich schlug vor, den Computer künftig nicht mehr als Universalmaschine zu betrachten, da gegen ihre Wirkungen keine hinreichenden Schutzmöglichkeiten geschaffen werden könnten, sondern den Computer so zu gestalten, daß er ein „zuverlässiges Instrument“³³⁾ wird. Unter zuverlässig versteht der Informatiker Systeme, die jeweils auf nur einen bestimmten Zweck hin ausgelegt sind und dadurch beherrschbar und kontrollierbar bleiben. In diesem Vorschlag steckt ein Stück Kritik an der Informatik selbst, die übergreifende Systeme geschaffen hat, ohne an die Folgen zu denken. Zu fragen bleibt, ob einsichtige politische Entscheidungen diese Begrenzung „an der Wurzel“ abstützen werden. Solange dies nicht der Fall ist, wird mit Nachdruck die insbesondere von Steinmüller vorgetragene Forderung nach wirksamer Informationskontrolle weiterzufolgen sein.

Insgesamt ist die Thematik so komplex, geschieht die Weiterentwicklung so schnell,

³³⁾ Hartmann J. Genrich, Rückwirkungen auf die Informatik. Beitrag zum Werkstattgespräch in Hamburg, a. a. O., Fußnote 8; erläutert in einem Tonbandgespräch mit dem Verfasser.

häuft sich die Information über Informations-
technologie so beängstigend, daß es zur Ver-
wirklichung der aufgezeigten Ziele, die selbst
nur Teil eines Ganzen sind, „eines starken
berparteilichen Anstoßes bedarf“³⁴⁾. Von

³⁴⁾ Vgl.: Schutz dem Bürger — Widerstand den
Verwaltern. Offener Brief des Verf. an den Bun-
desprasidenten, in: DIE ZEIT, Nr. 17 vom 15. 4.
1977, S. 43.

den nachgeborenen Bürgern wird unsere Ge-
sellschaft daran gemessen werden, ob und in
welcher Weise es gelingt, über weltanschau-
liche und parteiliche Grenzen hinweg die
noch vorhandenen Chancen für den Auf- und
Ausbau der Informationsgesellschaft bürger-
nah und menschengerechter zu nutzen, den
Bürger aus den „Datengittern“ zu befreien
und den Computeranphabetismus zu beseiti-
gen.

Der deutsche Wahlkampf 1976 in der französischen Regionalpresse

Vorwort

Das von der Robert-Bosch-Stiftung Stuttgart *) zum zweiten Mal in Zusammenarbeit mit dem Centre d'Etudes Germaniques der Universität Straßburg und dem Deutsch-Französischen Institut Ludwigsburg organisierte Seminar für französische Journalisten wies gegenüber 1975 wesentliche Neuerungen auf. Diesmal wurden nur noch Journalisten der französischen Regionalpresse und nicht mehr Vertreter der großen „nationalen“ Zeitungen eingeladen; diese Entscheidung entsprach der Absicht, den Lesern der Regionalzeitungen eine vertiefte Information über ein spezifisches deutsches Problem zu ermöglichen, da die großen Zeitungen bei der Berichterstattung über ausländische Themen über bessere Möglichkeiten verfügen. Das Seminar 1975 behandelte eine Vielfalt von Themen (Politische Fragen, Innere Sicherheit, Arbeitgeber-Arbeitnehmerbeziehungen, Mitbestimmung, Militärische Fragen). Das Seminar 1976 (15.—19. 9.) beschränkte sich auf ein einziges Thema: „Der Wahlkampf zwei Wochen vor den Wahlen vom 3. Oktober“; recherchiert wurde in Stuttgart und Umgebung.

Das Programm von 1976 behandelte die Wahlen unter einem doppelten, theoretischen und praktischen Gesichtspunkt. Neben Einführungen und Diskussionen zu den politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und wahltechnischen Grundgegebenheiten der Bundesrepublik Deutschland verfolgten die Journalisten den Wahlkampf „vor Ort“: sie besuchten die örtlichen Parteizentralen, begleiteten die Kandidaten auf die Straße und in Wahlversammlungen, nahmen an großen öffentlichen

Kundgebungen, vor allem an jenen mit den beiden Kanzlerkandidaten Helmut Schmidt und Helmut Kohl, teil und sprachen mit zahlreichen Wählern.

INHALT

Vorwort

- I. Ein Wahlkampf im „amerikanischen Stil“
Eintönig, aber korrekt
Wahlkampfmethoden und Wahlkampipraxis
Vergleiche mit Frankreich und Schweden
- II. Kandidaten, politische und soziale Kräfte
Schmidt „Schnauze“
Die Rolle der FDP
Helmut Kohl — weniger provinziell als seine Legende
Franz Josef Strauß
Die Extremisten
Gewerkschaften und Unternehmer
- III. Wahlen für welche Veränderungen?
Verletzliche Wirtschaft
Gesellschaft und ideologische Auseinandersetzungen
Das Schweigen zum Thema Außenpolitik
Was steht auf dem Spiel?
Gesamteindruck: Ein unruhiges Deutschland mit disziplinierten Deutschen
Anhang: Liste der ausgewählten Artikel

*) Die Artikel über das erste von der Robert Bosch-Stiftung für französische Journalisten organisierte Seminar und deren Auswertung durch Robert Picht (Deutsch-Französisches Institut Ludwigsburg) sind veröffentlicht in: Robert-Bosch-Stiftung GmbH, Séminaire d'information pour des journalistes français sur la République fédérale d'Allemagne, Analyse et documentation/Seminar für französische Journalisten über die Bundesrepublik Deutschland, Analyse und Dokumentation, Stuttgart, R. Bosch-Stiftung, 1976, 62 S.

Die konkreten Ergebnisse des Seminars sind höchst beachtlich, denn die französische Regionalpresse hatte vorher noch nie die deutschen Wahlen in derart gründlicher Weise begleiten können. Von den siebzehn in Stuttgart vertretenen Regionalzeitungen haben sechzehn über die Wahlreise berichtet: zwei in einer Serie von zwei Artikeln, zehn in einer Serie von drei Artikeln und vier in einer Serie von vier Artikeln. Die Artikel selbst wurden außer durch ihre ungewöhnliche Länge auch noch durch verschiedene „Werbe“-Mittel besonders hervorgehoben: Ankündi-

gung oder Beginn des Artikels auf der Titelseite, Photos und Kästen. Die Tabellen, Graphiken und Karten heben besondere Aspekte des Wahlkampfes hervor: Stimmzettel, Wahlsystem, Ergebnisse von 1969 und 1972, Verteilung der politischen Kräfte, Einteilung der Bundesrepublik in Länder. Über die unmittelbare Information hinaus haben die Journalisten erhebliche pädagogische Anstrengungen unternommen, um einer Leserschaft, die ihrer Meinung nach offenbar unzureichend informiert ist, die Wirklichkeit des politischen Alltags in der Bundesrepublik zu vermitteln.

Die relativ neutralen Artikelserien lassen nichts von jener französischen Gewohnheit erkennen, schockieren zu wollen oder Klischees anzubieten, hatte doch etwa *Le Monde* eine seiner Vorwahlserien „Aufdringliches Deutschland?“ betitelt. Zwei Titel beziehen sich auf den Wahlkampf, vier auf die Wahlen, sieben auf künftige Entscheidungen (unter Bezugnahme auf die Wahlurnen, die Wahlentscheidung, die Stimmabgabe), zwei Titel sind den Kanzlerkandidaten und einem möglichen Wechsel gewidmet. Nur drei Beiträge verzichten auf diese Neutralität und geben eine Interpretation der deutschen Situation, indem sie andeuten, daß die Wahl- und die Veränderungsmöglichkeiten begrenzt sind: „Deutschland: Flauer Kampf für eine knappe Wahl“ (*Le Progrès*), „Kaum eine Wahl für die Deutschen“ (*Presse Océan*), „Deutschland hat es schwer, sich zu ändern“ (*Le Dauphiné Libéré*). Die Überschriften über den jeweiligen Artikeln der Serien heben vier große Themen hervor: Die Wahl zwischen den beiden Bewerbern um das Amt des Kanzlers, die Werbeslogans der Parteien und die

politischen Gruppierungen, die Rolle der Wähler, die wirtschaftlichen und sozialen Themen des Wahlkampfes; besonders wird auch auf den Einfluß des schwedischen Wahlergebnisses auf die deutschen Wahlen hingewiesen.

Die vorherrschende Absicht war es, eine gute, lebendige und genaue Übersicht über die politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ideologischen Fragen der Bundesrepublik vor den Wahlen zu geben — und dabei vorschnelle Urteile zu vermeiden.

Eventuell vorhandene Mängel der Artikel ergeben sich z. T. aus den Grenzen des angebotenen Programmes selbst, das in einer so kurzen Zeit nicht sämtliche Probleme erschöpfend behandeln konnte. Auch darf man die besonderen Bedingungen, denen die Regionalpresse unterliegt, nicht vergessen: Der relativ beschränkte Platz für umfangreiche Reportagen (obwohl hier das Maximum geboten wurde), die Notwendigkeit, sich im Hinblick auf eine gemischte Leserschaft ‚einfach‘ ausdrücken zu müssen. Hätte das Seminar in Bayern oder im Ruhrgebiet stattgefunden, wäre die Tonart der Artikel sicher eine ganz andere gewesen, aber, wie *La Montagne*, 1, schreibt: „Selbst, wenn die Erfahrung auf den Raum Stuttgart beschränkt blieb, hat sie doch einen guten Einstieg in die Problematik ermöglicht.“ Indem sie eine vertiefende und kritische Darstellung der Bundesrepublik ermöglichte, was keineswegs eine deutliche Sympathie für dieses Land ausschließt, hat die Robert Bosch-Stiftung einen wichtigen Beitrag zu den deutsch-französischen Beziehungen geleistet. Die folgende eingehendere Analyse der Artikel wird dies bestätigen.

I. Ein Wahlkampf im „amerikanischen Stil“

Eintönig, aber korrekt

Der Wahlkampf vom September 1976 hat insgesamt den Eindruck von „Farblosigkeit“ hinterlassen; immer wieder taucht das Wort „eintönig“ zu seiner Charakterisierung auf. Welch ein Unterschied zu den Wahlen von 1972! Die Ostpolitik verlangte damals eindeutige Entscheidungen, „die Auseinandersetzung war klar, man konnte sich in aller Offenheit bekämpfen“ (*Centre Presse*, 2). „Dieser überraschende Jahrmarkt der Ideen“ (idem) konnte dennoch die ausländischen Beobachter nicht gleichgültig lassen. „Für einen Franzo-

sen, der, sagen wir ... ein gewisses Maß an Unruhe gewöhnt ist, ist diese Ruhe überraschend und verwunderlich. Er ist ratlos“ (*Var Matin*, 2). Der Mitarbeiter der letztgenannten Zeitung nimmt an einer der seltenen Wahlversammlungen teil, die chaotisch enden: „Die Franzosen sind hochbefriedigt. Endlich finden sie das Klima gewisser Wahlversammlungen wieder, das sie von zu Hause gewohnt sind!“ Ein Parteigänger ohrfeigt einen anderen — diese Geste scheint in der Bundesrepublik so unangemessen, daß sie den folgenden Titel in *Presse Océan*, 4, provoziert: „Was für

ein konservatives Land, wenn eine Ohrfeige einschlägt wie eine Revolution?"

Dieser „ordnungsgemäße Wahlkampf“ (*Presse Océan*, 3), „vorbildlich für die Demokratie“ (*Ouest France*, 1), „Loyal“ und „von beispielhafter Korrektheit“ (*Le Progrès*, 1), führt dennoch zu Auseinandersetzungen, die oft als scharf bezeichnet werden. Ein Titel in *Télégramme*, 2, unterstreicht dieses Paradox besonders: „Der Ton ist heftig, schließt aber die friedliche Koexistenz nicht aus.; *Ouest France*, 2, nennt als Ursache hierfür die minimalen Unterschiede zwischen den Parteien und die „von den Wählern mißbilligten“ Slogans: „Es war nicht der Mühe wert, den Wahlkampf mit Haß aufzuladen, ihn zu radikalisieren und so zu tun, als sei das Vaterland in Gefahr und die Freiheit bedroht.“ Ein anderer, von mehreren Journalisten betonter Aspekt: Die wirklichen Probleme werden umgangen, die Parteien kämpfen mit Werbegags und Schlagworten, ohne für die Schwierigkeiten des Landes echte Lösungen vorzuschlagen.

Wahlkampfmethoden und Wahlkampfpraxis

Die Wahlkampftechniken werden fast einheitlich verurteilt: Es handelt sich um einen Wahlkampf im „amerikanischen Stil“ (Titel des *L'Est Républicain*, 1). *Le Progrès*, 1, sieht als Beweis dafür den Einsatz von Werbemethoden, von „brutalen Fernsehspots“, „von Filmen, die unter der Gürtellinie zuschlagen und so die Dummheit des einen oder des anderen anprangern“, an; laut *L'Est Républicain*, 1, „zielen die Plakate und die monströse Flut der Werbemittel“ in die gleiche Richtung. *Centre Presse*, 2, stellt nicht ohne Mißbilligung fest, daß „das Image von Politikern wie Seifenmarken verkauft wird“ und daß „ein strahlendes Lächeln genau so viel gilt wie ein ernsthaftes Wahlprogramm“, dies erkläre sich aus der „Schauspielgesellschaft“, in der wir leben.

Sehr beeindruckt waren die für äußere Eindrücke empfänglichen Journalisten von den „Tausenden von Plakaten, aufgereiht wie zur Parade“ (*Presse Océan*, 3). „Keine oder fast keine zerfetzten Plakate, keine Überklebungen. Geschweige wilde Inschriften an den Wänden. Hier scheint alles in Ruhe und Würde zu verlaufen“ (*L'Union*, 1). *Le Provençal*, 1, sagt es noch genauer: „Ich habe nur auf einem einzigen Bauzaun eine kleine gespritzte Inschrift gesehen — Mao —.“ In Deutschland kennt man nicht die Schlägereien zwischen

Plakatklebekolonnen, deren einziger Feind die Witterung ist. Für *L'Echo la liberté*, 2, sind die wohlgeordneten Plakate „Ausdruck einer großen Idee von Demokratie“ als Reaktion auf die Vergangenheit: „Vielleicht deshalb, weil sie jahrelang mit Füßen getreten worden ist.“

Eine weitere Überraschung: Das harmonische Nebeneinander der Stände der einzelnen Parteien auf dem gleichen Gehsteig. *L'Echo la liberté*, 2, sieht darin „eine ganz ungewöhnliche Form der Wahlpropaganda“, den Franzosen ungewohnt. „Es ist bei uns kaum vorstellbar, daß Gaullisten und Kommunisten so friedlich nebeneinanderstehen und die Wähler von einem Stand zum andern gehen und bei jedem Broschüren mitnehmen“ (*La Montagne*, 1). Und das gleiche Blatt erläutert: „Zweifellos ist die Tatsache, daß die Stände der beiden großen sich bekämpfenden Parteien an den Straßenecken nebeneinander aufgebaut sind, auf das Fehlen des Klassenkampfes zurückzuführen.“

Es wird auf den korrekten Stil, der selbst die Diskussionsveranstaltungen bestimmt, hingewiesen. „Der Eindruck, den diese Konfrontationen der Parteien hinterlassen, ist der einer höflichen Haltung, auch da, wo gelegentlich Tiefschläge ausgeteilt werden, der einer Ernsthaftigkeit der Erklärungen und einer Toleranz sowohl jener auf dem Podium wie derer im Saal.“ (*L'Echo la liberté*, 2). Solche gemeinsamen Veranstaltungen der Parteien sind in Frankreich undenkbar, und mehrere Zeitungen zitieren als Beispiel die traurige Erfahrung der Nachwahl in Châtellerault. „Kurz, es ist nichts dergleichen geschehen, was sich mit Châtellerault oder jenen blutigen Schlägereien zwischen Plakatklebern, die im allgemeinen unseren Wahlen vorausgehen, vergleichen ließe.“ (*Ouest France*, 1). Aber wie manchmal in Frankreich wurden einige Journalisten von einem Wahlkampf bezaubert, der sich in ein Fest verwandelt, um in einer neuen Form eine politische Botschaft zu verbreiten: „Man ißt, trinkt, um einen Stand herum, hört Musik, sieht ein Puppenspiel. In heiterer Atmosphäre kommt der Kandidat zu einer entspannten Diskussion.“ (*L'Est Républicain*, 1). Die Werbespots der Parteien dagegen, „in einem Stil, den man von der Putzmittel- oder Marmeladenwerbung her kennt“ (*La Nouvelle République*, 2), haben den Journalisten rundum mißfallen, da sie mehr auf emotionalen Eindruck als auf Erklärung spekulierten.

Vergleiche mit Frankreich und Schweden

Da sie aufgrund ihrer Erfahrungen mit früheren französischen oder ausländischen Wahlkämpfen reagierten, zogen die französischen Journalisten zahlreiche Vergleiche zu ihrem eigenen Land, als wollten sie ihren Lesern zusätzliche Bezugspunkte geben. So erinnert die Verteilung von roten Rosen durch einen CDU-Kandidaten an das Symbol der französischen sozialistischen Partei und seine Relativität, da es der Rechten so gut wie der Linken dient! Der liberale Kandidat in Stuttgart, der singt und Gitarre spielt, erinnert an V. Giscard d'Estaing und sein Akkordeon. Das gute Einvernehmen zwischen Bundesregierung und Gewerkschaften wird oft mit Überraschung konstatiert: „Das ist so, als würden M. M. Maire, Seguy und Bergeron in einer Ministermannschaft mitwirken“ (*Presse Océan*, 3). Die Vergleiche werden bei jeder Gelegenheit fortgesetzt, so zur Wirtschaft: „Welche Überraschung für den französischen Beobachter, wenn die deutsche Opposition der Regierung Schmidt allen Ernstes eine Inflationsrate von 4,5% vorwirft. Mr. Barre könnte vor Neid erblassen!“ (*le Dauphiné Libéré*, 2). Oder zur Politik: „Für einen Franzosen ist das deutsche politische Leben ziemlich verwirrend. Die Auseinandersetzung links-rechts gibt es jenseits des Rheins nicht, die Konfrontation betrifft vielmehr die Mitte und die Rechte. Es ist etwa so, als ob das politische Spektrum links von JJSS (oft gebrauchte Abkürzung für den Politiker Jean-Jacques Servan-Schreiber) zu Ende wäre, erklärte uns ein Beobachter“ (*L'Est Républicain*, 3). Helmut Kohl wandte sich in Ludwigsburg indirekt an die französischen Journalisten, als er François Mitterrand vorschlug, doch einmal in die DDR zu gehen, um das wahre Gesicht des Sozialismus kennenzulernen.

Die Beschreibung des Wahlsystems war ebenfalls Anlaß, auf die Besonderheit der deut-

schon Verfassung und des deutschen politischen Systems hinzuweisen und die Vorteile des Föderalismus zu betonen. In einer Anspielung auf die Bemühung von Jean-Jacques Servan-Schreiber um die Regionalisierung spricht *Presse Océan*, 1, von „Zehn Staaten à la JJSS“. *Paris Normandie* betitelt seinen zweiten Artikel: „Zehn Staaten im Staat“. Damit der Leser auch ganz genau versteht, fährt er fort: „Stellen wir uns ein ähnlich föderalisiertes Frankreich vor . . . die Normandie hätte dann ihre eigene Regierung . . .“ Die Berührung mit deutscher Wirklichkeit hat die französischen Journalisten veranlaßt, über die entsprechenden französischen Probleme nachzudenken, Vergleiche zu ziehen und die Leser zu ähnlichen Überlegungen zu führen.

Das „schwedische Beispiel“, d. h. das Scheitern Olof Palmes und der Aufstieg der Rechten in Schweden wurden häufig zitiert. Sogar Artikelüberschriften beziehen sich darauf: „Das schwedische Beispiel“ (*Centre Presse*, 2), „Ein Wahlkampf auf dem Hintergrund des schwedischen Wahlergebnisses“ (*Paris Normandie*, 1). *L'Echo la liberté*, 4, fragt: „Wird das deutsche Modell besser standhalten als das schwedische?“ Es weist auch auf die Grenzen der Vergleichbarkeit hin: „Es wäre sicher vorschnell, den schwedischen Mißerfolg als ein Zeichen für den Rückgang der Sozialdemokratie in Europa zu werten. Man vergißt nur zu leicht, daß sich so verschiedene Männer wie Pompidou, Rocard, Giscard d'Estaing oder Mitterrand auf das „schwedische Modell“ berufen haben und daß man sich vor falschen Gleichsetzungen hüten sollte, wenn Situation und Umwelt eindeutig verschieden sind.“

Die Wahlkampfbeobachtung beschränkte sich natürlich nicht auf Wahlkampftechniken und Werbemethoden, sie war ebenso auf die Kandidaten, ihre Ideen und Programme und die Kräfte, auf die sie sich stützen, gerichtet.

II. Kandidaten, politische und soziale Kräfte

Der Wahlkampf wird häufig auf den Zweikampf der beiden Spitzenfiguren der konkurrierenden Koalitionen, Helmut Schmidt und Helmut Kohl, reduziert, wobei die Darstellung gelegentlich auch noch die beiden Parteivorsitzenden Hans-Dietrich Genscher und Franz Josef Strauß mit einbezieht. Da die Journalisten keine Gelegenheit hatten, Willy Brandt zu begegnen, wird seine Rolle im Wahlkampf

nur am Rande erwähnt. In einer Fernsehdebatte kommt ihnen „die große historische Figur der SPD“ wie „eine beleidigte Königswitwe“ vor (*Centre Presse*, 2). *Nord Eclair*, 1, erinnert an seinen „Charme“ und „dieses Mehr an Herz, wenn nicht gar Seele“, das er verkörperte. Aber vieles habe sich gegenüber 1972 geändert: „Dieses Jahr ist der Zauber verflogen, und der trockene Ton und die aggressi-

ven Aussagen Helmut Schmidts sind nicht geeignet, eine gefühlvolle Politik zu inspirieren.“

Schmidt „Schnauze“

Helmut Schmidt hat die Journalisten fasziniert, aber nicht ihre Sympathie erweckt. Fast alle haben sie sich bemüht, zu beweisen, daß „der Mann der furchterregenden Zornausbrüche“ den Beinamen „Schnauze“ wohl verdient, daß „in diesem kühlen Kopf plötzlich ein Sturm losbrechen kann“ (*L'Union*, 2). Alle zeichnen ihn in harten Farben — vielleicht, weil die Kundgebung, an der sie teilgenommen hatten, das wenig schmeichelhafte Kanzlerbild, das sie bereits mitbrachten, bestätigte. Er schafft Unbehagen durch seine „Lehrerhaftigkeit“, sein „Lektionen erteilen“.

Centre Presse, 1, sieht ihn „etwas starr, seine Gesten und sein Lächeln sparsam und mechanisch, sehr distanziert“; er „setzt nur seinen eigenen Kopf durch“, er sieht sich als „Lehrmeister Deutschlands“, er spielt den „Brigadegeneral“ (idem, 2). Dem *Le Dauphiné libéré*, 1, zufolge ist er „knapp, selbstsicher, herrschsüchtig, manchmal brutal, aber schnell und präzise, immer peinlich korrekt, mit einem Hauch Koketterie bis hinein in Tonfall und Geste“. Die negativen Urteilsmerkmale überwiegend auch in *L'Echo la liberté*, 2: „Er ist ein fähiger, aber kalter und distanzierter Manager, er beherrscht, obwohl er die höchste Verantwortung hat, oft nur schlecht seine Nerven.“ *L'Est Républicain*, gibt das Argument eines CDU-Kandidaten wieder: H. Schmidt „will alle Welt belehren. Er hält sich für Wilhelm II“; die gleiche Zeitung beschreibt ihn als „selbstsicher . . . , strenges Gesicht, ganz Geschäftsmann, im petroleumblauen Anzug“; er mache den Eindruck eines „kalten, technischen und pragmatischen Mannes, ein guter Redner ohne alle Lyrik“ (idem, 2). *La Montagne*, 1, spricht sogar vom „Reichskanzler“ . . . „aggressiv in seiner Rede“. Der Ton wird freundlicher in *Nice Matin*, 1, das beeindruckt ist von dem „gefürchteten Polemiker und brillanten und zupackenden Redner . . . schnell und präzise, überkorrekt, selbstsicher“. Ebenso *Paris Normandie*, 2: „Ein schöner Mann mit feinen Zügen, glänzender Redner, mit Übergängen von Ernst zu Schärfe. Der Kanzler ist vollkommen Herr seiner Worte und Gesten. Er gefällt, und er weiß es.“ Mit *Nord Eclair*, 3, sind wir wieder bei einem Helmut Schmidt, der „zu selbstsicher . . . fähig, aber distanziert und hochmü-

tig ist“. Für *Le Provençal*, 1, ist er „ein Mann aus dem Norden, strikt, selbstsicher, phantasielos. Der Hochmut der alten Hansestadt wird spürbar.“ *Le Télégramme*, 1, unterstreicht die paradoxe Situation eines Mannes, dem es gelungen ist, „Deutschland vor den schlimmsten Folgen der Krise zu bewahren und sich dennoch vor den Wahlen in einer schwierigen Lage befindet.“ Das Blatt fährt fort: „Helmut Schmidt, das ist ein bißchen Giscard d'Estaing gekreuzt mit Mitterand. Der Charme des Ersteren, der Zugriff des Zweiten“ (idem, 3). Er ist „selbstsicher, leise herrschsüchtig . . . er wird nicht geliebt, aber geachtet.“ *Var Matin*, 2, erwähnt sein „kaltes, energisches Gesicht“ . . . „Er kam herein, massiv, vierschrotig, mit schwerem Schritt, vorgebeugtem Kopf, ganz das Auftreten eines Mannes, der im Begriff ist, die blau ausge-spannte Bühne zu stürmen.“

Das Hauptinteresse galt also dem Kanzler, nicht seiner Partei, die zu sehr in der Defensive war gegenüber einer CDU, die, äußerst angriffslustig, besser verstand, ihre Wähler zu mobilisieren. Oft werden Helmut Kohls Worte wiederholt: Die SPD, das ist Bürokratie, Volksfront, sie ist gegenüber den Kommunisten zu nachgiebig, sie erstickt die unternehmerische Freiheit und schafft den Wohlfahrtsstaat. *Nord Eclair*, 2, gibt die Meinung des Stuttgarter CDU-Kandidaten Alber wieder: „Frankreichs Sozialisten sind Individualisten, für Deutschland trifft das nicht zu. Deshalb ist der Sozialismus bei uns gefährlicher.“ Diese Argumentation wird von *Télégramme*, 1, nicht geteilt, es spricht von „französischen Beobachtern, die weit revolutionärrere Äußerungen als die der SPD gewohnt sind.“

Die Rolle der FDP

Hans-Dietrich Genscher und die FDP haben die Aufmerksamkeit der Journalisten nicht so sehr auf sich gezogen wie Helmut Schmidt und die SPD; das mag daran liegen, daß sie an keiner Kundgebung des Außenministers teilgenommen haben und daß die Stuttgarter FDP-Kandidaten keinen besonderen Eindruck hinterließen. Die Rolle der Partei als Zünglein an der Waage und ihr Einfluß auf die künftige Koalition im Falle eines annähernden Patts zwischen der bisherigen Mehrheit und der CDU/CSU-Opposition ist gut verstanden worden. Die FDP könnte eventuell „eine Schlichterrolle übernehmen“ (*Nord Eclair*, 3); *Centre Presse* versteigt sich zu der gewagten Prognose, daß Hans-Dietrich Genscher Kanz-

ler werden könnte! Aber die privilegierte Situation der FDP bringe nicht nur Vorteile. „Die FDP hat, obwohl sie mit den Sozialdemokraten verbunden ist und sich in einer schwierigen Lage zwischen den beiden großen Parteien befindet, einen sehr unabhängigen Wahlkampf geführt und ihre Koalitionsfreunde nicht geschont.“ *Le Progrès*, 3, fügt hinzu: „Der gemäßigte Verbündete würde einen höheren Stimmanteil verdienen, da die Partei eine neue Dimension und ein neues spezifisches Gewicht gewonnen hat, die sie erheblich von der alten FDP unterscheiden.“ Dennoch müsse sie darum kämpfen, ihre Unabhängigkeit und Originalität zu bewahren, um „nicht als bloßes Anhängsel der einen oder anderen zu erscheinen“ (*L'Echo*, 2).

Helmut Kohl — weniger provinziell als seine Legende

Die Plakate mit Helmut Kohl blieben nicht unbeachtet, vor allem nicht die Veränderungen des Haarschnitts und die neue Brille. *Le Progrès*, 2, zufolge „sah Kohl wie ein großer plumper Bär aus, mit wattierten Schultern, zurückgedrängtem Bauch und neuer Brille. Jetzt sieht er mit seinem gebräuntem Teint aus wie ein fähiger Generaldirektor.“ *Var Matin*, 3, meint, daß „... seine Public-Relations-Spezialisten die tapsige Silhouette des guten, dicken Bürgers völlig verändert ...“ hätten.

Seine Person ist nicht unsympathisch, da menschlicher und weniger furchterregend als die von Helmut Schmidt. *Centre Presse*, 1, beschreibt ihn als „einen massiven, sogar kolossalen Mann, mit dem reputierlichen und selbstsicheren Gebaren eines Unternehmers ... Er ist im Ausland unbekannt, noch ein Débutant. Herr Kohl muß sich unbedingt einen Namen machen.“ In *Le Dauphiné Libéré*, 1, wird „dieser schüchterne Mann aus der Provinz, der so beruhigend auftritt, zum guten Herrn Biedermann Kohl“. *L'Echo la Liberté*, 3, findet, daß dieser Mann, der als „provinziell“ gilt, „gut ankommt“. *L'Est Républicain*, 2, beschreibt den „sanften Riesen im blauen Regenmantel, der wie ein Durchschnittsdeutscher wirkt“, ähnlich: „Dieser Mann, den man als provinziell bezeichnet, überrascht. Zwar hat er nicht die Präzision seines Gegners, aber seine emotionale Sprache, die etwas an die alten französischen Christ-Demokraten erinnert, scheint seine Zuhörer zu berühren.“ *La Montagne*, 1, ist von H. Kohls „ruhiger Sicherheit“ beeindruckt,

„die sich gleichmütig, aber nicht ohne Entschlossenheit gibt“. Für *Nice Matin*, 1, ist er „ein auf Landesebene erfolgreicher Politiker, mit zu wenig Erfahrung, um die deutsche Wirtschaft, die heute weltweite Dimensionen angenommen hat, zu lenken“; trotzdem ist er „ein solider Parteiführer, wirklichkeitsnah, aufgeschlossen für einfache Ideen, Verteidiger traditioneller Werte“. Für *Le Télégramme*, 3, ist „H. Kohl ein bißchen wie Georges Pompidou. Korrekt gekleidet. Das beruhigende und vertraute Auftreten eines Landarztes“. *L'Union*, 2, ist ebenfalls dieser Ansicht: „Groß, massiv, lächelnd, in einen weiten schwarzen Mantel gehüllt“ ... „sein rundes Gesicht erweckt den Eindruck eines verlässlichen Mannes und flößt den Besorgten Vertrauen ein“. Das gleiche stellt *Var Matin*, 3, fest: „Herr Kohl ist kein gefährlicher Tribun, der die Masse durch seine Reden aufwühlt, er gehört eher zu der friedlichen Sorte. Er ist der Typ des ruhigen Bürgers ... Das sanfte Auftreten eines solchen beruhigt.“

Die Journalisten finden die Propaganda der SPD und H. Schmidts überzogen, wenn diese H. Kohl als Franz-Josef-Strauß-Marionette hinstellt: „Kohl ist die Stimme seines Herrn und sein Herr ist Strauß“ (*Centre Presse*, 1). Schmidt's Formel: „Strauß ist der Koch und Kohl der Kellner“ wird häufig zitiert. Die Angriffe des Kanzlers scheinen unangemessen und oft „ungerecht und böse“, denn Kohl ist „menschlicher und wärmer“ da, wo Schmidt zu selbstbewußt auftritt. *Ouest France*, 2, kritisiert die ausländische Presse, die das Bild eines völlig unbedeutenden H. Kohl verbreitet im Gegensatz zu einem H. Schmidt auf der Höhe seines Ruhms als eine Art eiserner Kanzler eines „deutschen Modells“ ... „Der riesenhafte Kohl mit seinen schwarzen Augen, seinem spärlichen Haar und dem eckigen, lächelnden Gesicht hat nicht das Format, sich mit dem kleinen, aber stämmigen H. Schmidt mit seinen blauen Augen, seiner dichten Haartolle und dem energischen Kinn zu messen.“ *Nice Matin*, 1, zeichnet ebenfalls Kontrastporträts der beiden Kandidaten: „Schmidt ist ein brillanter Wirtschaftler, Kohl ein erfolgreicher Verwalter, der es versteht, die besten Talente um sich zu sammeln“.

Wie die SPD wird auch die CDU nicht genauer analysiert. Ihr Wahlslogan wird als unzulässige Vereinfachung heftig kritisiert. Mit einem sehr allgemein gefaßten Programm beschränke sie sich darauf, die Regierung Schmidt nicht so sehr an ihren Taten als vielmehr in ihren Absichten anzugreifen. *Le Dau-*

phiné Libéré, 1 zufolge „kann sie nicht offen die reaktionäre Rolle spielen, da sie fürchten muß, sich den Mittelschichten zu entfremden. Sie ist auch keineswegs so weit von der SPD entfernt wie sie tut: Auch sie „kämpft für Sicherheit, soziale Gerechtigkeit und Freiheit — Ideen, die denen der Sozialdemokratie sehr verwandt sind“ (*Ouest France*, 2).

Franz Josef Strauß

Übereinstimmend dargestellt als „Stier von Bayern“ gilt F. J. Strauß als starker Mann der Christdemokraten, als Schreckbild und Buhmann per excellence! Die Journalisten haben ihn nicht getroffen, aber alle während ihres Deutschlandaufenthaltes gesammelten Informationen über ihn schienen das negative Bild, das sie bereits mitgebracht hatten, zu bestätigen. *Centre Presse*, 1, berichtet über H. Schmidts Bemerkungen, Strauß betreffend, denen zufolge dieser „ein Mann mit zweifelhafter Vergangenheit sei, der mit der Faust auf den Tisch schlage, korruptionsverdächtig sei und wie die Nazis rede“. F. J. Strauß erwidert dem Kanzler mit ähnlichem Zungenschlag, wenn er laut *Presse Océan*, 4, sagt: „Was nützt uns Schmidts Sozialpolitik, wenn uns die Kosaken niedersäbeln?“. Für *Le Dauphiné Libéré*, 1, ist der Präsident der CSU ein „alter Tribun der konservativen Rechten, Roten-Jäger, der eigentliche Führer der Revanche gegen die SPD.“ Für *L'Union*, 3, ist er ein „massiver Mann, hart wie Stein und noch ganz andere Angriffe gewöhnt“. Einige Journalisten zitieren genüßlich den Text eines FDP-Plakates: „Wer sich von Kohl einseifen läßt, wird von Strauß rasiert.“

Die Extremisten

Laut *Centre Presse*, 1, spielen die politisch extremen Parteien in diesem Wahlkampf „nur eine Schattenrolle“. Die NPD sammelt um sich nur noch wenige ewig Gestrige. *Nord Eclair*, 4, erklärt, warum die extreme Rechte nur noch eine marginale Rolle spielt: „Es gibt keinen Nationalsozialismus ohne Hitler und ohne eine entsprechende Umwelt. Außerdem erinnert man sich in Deutschland, und nur eine Handvoll ehemaliger SS-Leute, deren jüngste heute in den Fünfigern sind, sehnen sich nach jener Zeit zurück. In Frankreich ist schon viel zu viel darüber geredet worden.“

Die extreme Linke wird nicht ernster genommen als die NPD. „Kommunisten und andere Links-Extreme bilden nur Grüppchen ohne innere Konsistenz“ (*Le Dauphiné Libéré*, 1);

„Ihre Botschaft hat nur Schulterzucken zur Folge“, obgleich diejenigen, die *Le Progrès*, 2, getroffen hat, „intelligent und sympathisch waren“. *Nice Matin*, 3, erläutert, daß diese marginale Situation nicht allein auf die Teilung Deutschlands und die Berliner Mauer zurückgeführt werden kann: „Kurz, für die überwiegende Mehrheit der Deutschen sind die Kommunisten Agenten eines fremden, feindlichen Landes.“ Diese legen Fatalismus an den Tag, wenn sie einer Journalistengruppe erklären: „Wir werden hier immer das gleiche bürgerliche System und seine Repressionen haben, Kapital und Polizei.“ Die Gegenwart von Kommunisten bringt unweigerlich das Problem des ‚Berufsverbots‘ zur Sprache, um so mehr, als eine der Stuttgarter Kandidatinnen bestätigt, ihre Lehrerinnenstelle aufgrund ihrer Zugehörigkeit zur DKP verloren zu haben. Eine solche Praxis läßt an der „Gesundheit der deutschen Demokratie zweifeln“ (*Centre Presse*, 2); die gleiche Zeitung zitiert einen kommunistischen Wahlhelfer: „Wenn man Deutscher und Beamter ist, sollte man besser kein Kommunist sein.“ *Nord Eclair*, 4, protestiert gegen den Mißbrauch und die Torheit gewisser Entscheidungen, macht aber eine wesentliche Einschränkung: „Da die DKP die Grundlagen des westdeutschen Staates ablehnt und dies nicht verhehlt, ist nicht einzusehen, weshalb ihre Mitglieder die Möglichkeit erhalten sollten, Beamte zu werden, d. h. Diener eben jenes Staates, den sie zerstören wollen.“ Zum in Stuttgart stattfindenden Baader-Meinhof-Prozeß äußern sich mehrere Journalisten dahin gehend, daß er niemanden mehr interessiere.

Neben Politikern und Parteien greifen auch andere gesellschaftliche Kräfte in den Wahlkampf ein. „Bei uns spricht man darüber nur verstohlen. Hier spielen sie jedoch eine legale Rolle im politischen Leben. Kirchen, Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände und verschiedene Gruppierungen müssen offiziell im Bundestag angemeldet sein und werden dann bei wichtigen Problemen um ihre Meinung befragt, wie beispielsweise bei der Mitbestimmung oder der Ostpolitik“ (*L'Union*, 3).

Gewerkschaften und Unternehmer

Die Politik der Gewerkschaften wird mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt, da sie kompromißfähig und bereit seien, ihre Forderungen zurückzustecken, um so den wirtschaftlichen Aufschwung zu erleichtern. *L'Echo la liberté*, 3, erklärt, daß die Ge-

werkschaften die „Kampftruppe der Sozialdemokratie“ bilden, denen Schmidt seine Reverenz zu erweisen hat. Selbst die Machtübernahme durch eine CDU/CSU-Regierung würde nicht das Ende des sozialen Friedens bedeuten, da der Präsident des DGB während des Wahlkampfes betonte, die Gewerkschaften würden mit allen demokratischen Parteien zusammenarbeiten. Eine mit der Regierung verbündete Gewerkschaftsbewegung, die „weder die Gesellschaft noch das politische System in Frage stellt“ (*Nord Eclair*, 3) — das ist eine Situation, „von der Raymond Barre nur träumen kann, und die die französische Unternehmerschaft zu Tränen rühren würde“

(*Presse Océan*, 2). Die Haltung der Unternehmer wird in den Wahlen von 1976 als sehr viel zurückhaltender und auch als zwiespältiger beurteilt im Vergleich zu 1972. „Sie haben sich von der CDU distanziert und sind der Meinung, daß die Erfahrung mit den Sozialdemokraten gar nicht so übel war“ (*L'Est Républicain*, 3). Auch *Nord Eclair*, 3, unterstreicht diese Einstellung: „Diesmal wahrte die Unternehmerschaft offiziell Schweigen, denn ihre Vorlieben sind bekannt und man weiß auch, wen sie finanziell unterstützt. Nicht nur die christlichen Demokraten. Auch die liberale Partei und diese vielleicht sogar proportional noch mehr.“

III. Wahlen für welche Veränderungen?

Verletzte Wirtschaft

Für *Centre Presse*, 3, und *Le Dauphiné Libéré*, 2, ist „dem Riesen auf tönernen Füßen“ das „größte Wirtschaftswunder der Welt geglückt“ (*Centre Presse*); er ist stolz auf seine mannigfachen Erfolge, sich aber auch seiner Verwundbarkeit (Arbeitslosigkeit, Inflation und Staatsverschuldung) und seiner größeren Abhängigkeit von der Außenwelt (Rohstoffversorgung und Exporte) bewußt geworden. „Ja, Deutschland ist reich. Ja, Deutschland lebt gut, sehr komfortabel . . .“ (*Presse Océan*, 2), aber es sei der SPD nicht gelungen, auf ihrer Leistung aufzubauen. Statt dessen hätte sie sich in eine falsche Debatte über die Freiheit hineindrängen lassen. „Und darum kritisieren viele Deutsche, die nicht über den eigenen Horizont hinaussehen, H. Schmidts Führung“ (*Presse Océan*, 1). H. Kohls Vorstellungen zur Wirtschaftsankurbelung scheinen den Journalisten zu allgemein, um ernst genommen werden zu können. Es genüge nicht, daran zu erinnern, daß die Staatskassen 1969 voll gewesen seien und daß sie jetzt ein Defizit von 70—80 Milliarden DM aufwiesen. Sei es nicht zu einfach, hauptsächlich Maßnahmen zur Investitionsförderung vorzuschlagen, um so die Arbeitslosigkeit zu verringern und zusätzliche Steuereinnahmen zu gewinnen? Oder einen Geist der Initiative wecken zu wollen, indem man erkläre, der Drang nach Bereicherung sei ein moralisches Prinzip?

Gesellschaft und ideologische Auseinandersetzungen

Die meisten Journalisten stimmten mit H. Schmidt darin überein, daß die Bundesre-

publik eines der besten Systeme der Welt zur sozialen Sicherung besitzt, ohne die Finanzierungsschwierigkeiten, die insbesondere im Bereich des Renten- und Gesundheitswesens entstehen, zu unterschätzen. Die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit und die sinkende Geburtenrate tragen auch dazu bei, einen Schatten auf das scheinbar positive Bild zu werfen. Ist die Bundesrepublik Deutschland „eine klassenlose Gesellschaft, die Marx und Lenin den Rücken kehrt?“ (*Centre Presse*, 3). „Natürlich nicht“, antwortet *Nice Matin*, 2, „aber eine Gesellschaft, die das Gefühl hat, daß keine Klasse die andere beherrscht“. Was den ausländischen Beobachtern am meisten auffällt, ist die Übereinstimmung über gesellschaftliche Grundentscheidungen: „Kurz gesagt, in der Bundesrepublik besteht jener nationale Konsensus, nach dem wir vergebens trachten“ (*L'Écho de la Liberté*, 1). Für *Le Télégramme*, 1, ist „das Bestehen eines sozialen Konsensus eines der wesentlichen Kennzeichen des heutigen Deutschland“. Laut *Nice Matin*, 2, erklärt es sich nicht nur durch deutsche Ernsthaftigkeit oder den germanischen Hang zur Disziplin, sondern „entspricht einer sozialen Wirklichkeit“, deren Auswirkungen auf die Wahlen nicht außer acht gelassen werden darf. Die Hauptentwicklung der letzten Jahre scheint die Zunahme des Tertiärsektors zu sein: „Weniger Arbeiter, mehr ‚white collars‘, ein Phänomen, das mit der industriellen Entwicklung zusammenhängt“ (*le Dauphiné Libéré*, 2). „Alle wollen in der Mitte sein“, stellt *Nord Eclair*, 2, fest, die traditionelle Wählerschaft genügt nicht, der Wähler der Mitte, der naturgemäß ein Wechselwähler ist, muß erreicht werden. Sozialer Konsensus, das Feh-

len von Klassen oder vielmehr das Überwiegen der Mittelklasse, die Bedeutung der Mitte — *Le Dauphiné Libéré*, 2, fragt sich, ob diese Gegebenheiten nicht das Auftreten jenes „Neo-Konservatismus“ begünstigen, der in Deutschland um sich greife. „Eine deutliche Rückkehr zur Rechten und zum Konservatismus zeichnet sich ab“ (*Presse Océan*, 3).

Unter den Journalisten sind einige vom Fehlen einer wirklichen ideologischen Auseinandersetzung in Deutschland überrascht. „Für Ideologie ist im heutigen Deutschland kein Platz“ (*La Nouvelle République*, 2), denn, antwortet *Presse Océan*, 4, „materielle Interessen sind viel wichtiger geworden als Doktrin“. *Le Provençal* argumentiert in die gleiche Richtung: „Ich habe Leute auf der Straße befragt... und die Deutschen schienen mir weit mehr an ihren inneren Problemen als an außenpolitischen Fragen interessiert, mehr an konkreten materiellen Angelegenheiten als an ideologischen Auseinandersetzungen.“

Das Schweigen zu Thema Außenpolitik

Die außenpolitische Debatte fand im Wahlkampf kaum statt. Wie *Le Dauphiné Libéré*, 1, stellen mehrere Zeitungen fest, daß Deutschland nicht mehr „die Milchkuh Europas“ sein wolle. *Presse Océan*, 3, bestätigt dies auch: „Im allgemeinen ist die Europa-Idee in der öffentlichen Meinung gut verwurzelt... Die Deutschen sind stolz darauf, die erste Nation Europas zu sein, aber sie haben es satt, immer für diejenigen, deren Wirtschaft in der Krise ist, zu bezahlen.“ Man diskutiert über Modalitäten in der Anwendung der Ostpolitik, nicht mehr aber über ihre jetzt offenbar akzeptierten Prinzipien. In einer Wahlversammlung fragt eine Wählerin nach den Nord-Süd-Beziehungen. Dazu die knappe Bemerkung von *Le Progrès*, 2,: „Das fällt ins Leere. Die Frage interessiert keinen.“ *Nice Matin*, 3, zieht eine nuancierte Bilanz nach Erwähnung der Grenzschwierigkeiten zwischen den beiden deutschen Staaten: „Auf die anderen außenpolitischen Fragen wird in diesem Wahlkampf kaum eingegangen. Die Ostpolitik hat nicht gehalten, was sie versprochen hatte, und so läßt sich eine Ernüchterung in der öffentlichen Meinung feststellen. Alle großen Parteien weisen im übrigen in ihren Programmen darauf hin, daß die äußere Sicherheit der

Bundesrepublik nur innerhalb des NATO-Bündnisses mit den Vereinigten Staaten gewährleistet ist. Alle versprechen sie, etwas für die Einigung Europas zu tun, und alle sehen sie die deutsch-französische Freundschaft als die Grundlage der politischen Gemeinschaft Europas an.“

Was steht auf dem Spiel?

Was steht bei den Wahlen auf dem Spiel? „Kleine Kurskorrekturen, keine Umwälzungen“ verheißt *Centre Presse*, 3, und *Ouest France*, 1, unterstützt diese Meinung: „Man muß sich in Deutschland auf keinerlei einschneidende Veränderungen gefaßt machen.“ Für einen Großteil der Presse drängt sich hier der Vergleich mit Frankreich auf: Die Bundesrepublik steht vor keiner gesellschaftlichen Grundentscheidung, die zu einer Regierungskrise führen könnte. Sie „hat kein fundamentales politisches Problem. Es geht nicht um die Wahl eines Gesellschaftssystems. Das System besteht und wird verteidigt“ (*Nord Eclair*, 4). *Paris Normandie*, 1, teilt diese Ansicht: „Bei der Wahl geht es in Wirklichkeit nicht um ‚Freiheit oder Sozialismus‘, wie sie von der CDU als Alternative dargestellt werden, sondern um das Bestehenbleiben von Ruhe und Wohlstand, um die die Deutschen ängstlich bangen.“ *Le Provençal*, 1, macht dieselbe Feststellung: „Mehr als um eine Gesellschaftsform geht es um die Erhaltung der deutschen Prosperität, die Verteidigung gegen die Auswirkung der Weltrezession auf die Wirtschaft und überhaupt auf die Lebensverhältnisse jenseits des Rheins.“ Das Fehlen einer wirklichen Alternative und die Verkrampfung auf den sozio-ökonomischen Besitzstand nötigen auch den *Le Dauphiné Libéré*, 2, zu einem Vergleich mit Frankreich: „Kurz, nichts Dramatisches. Es bleibt aber festzuhalten, daß bei diesem deutschen Wahlkampf der Durchschnittsbürger seinen Stolz dareinsetzt, eher rechts erscheinen zu wollen, so, wie man sich in Frankreich lieber links profiliert.“

In ihren Prognosen kündigen die Journalisten ein knappes Wahlergebnis und die Rückkehr der CDU/CSU als stärkste Fraktion im Bundestag an. Ein Zustand, dessen Folgenlosigkeit *L'Echo la Liberté*, 1, erstaunt: „Wie kommt es, daß bei einer so knappen Spanne die Leidenschaften nicht höher schlagen?“

Gesamteindruck: Unruhiges Deutschland — disziplinierte Deutsche

Bei der Wahlbeobachtung konnten die Journalisten der Versuchung nicht widerstehen, einige Gesamturteile über Deutschland und seine Bewohner zu fällen. Was in *Centre Presse*, 3, „Schöne Mechanik“ genannt wird, löst in *L'Echo la Liberté*, 3, eine ganz andere Reaktion aus: „Das Wohlstandsdeutschland hat Angst. Angst vor dem Kommunismus, Angst vor der Arbeitslosigkeit, Angst vor den Radikalen.“ Diese Meinung wird im Verlauf des Artikels mehr begründet: „Die Prosperität, das Ausmaß der sozialen Sicherung, der wirksame Kampf gegen die Inflation, die gesunde Währung, die Wohlstandsferien im Ausland — alles das zählt nicht im Vergleich zu der Beunruhigung, die hinter den vielen desillusionierten Äußerungen spürbar wird.“ *Presse Océan*, 2, geht noch weiter: „Man hat den Eindruck, daß West-Deutschland vor einer jener spektakulären Wendungen steht, die die Welt jedesmal in sprachloses Erstaunen versetzen.“ *Le Progrés*, 1, kehrt zu realistischeren Betrachtungen zurück: „Sicherheit, das ist das Schlüsselwort im heutigen Deutschland... Deutschland will beruhigt, ‚in Sicherheit gewiegt‘ werden.“

Aber dieses Deutschland wird nicht als Gefahr gesehen, da die Deutschen sich wie vernünftige Leute verhalten. Der Wahlkampf hat sich zugespitzt? Aber der größte Teil der Wähler ist sehr wohl in der Lage, „Übertreibungen als solche zu erkennen“ (*La Nouvelle République*, 2). *Centre Presse*, 3, spart nicht mit Lob: „Ja, wahrhaftig, der Deutsche von 1976 ist gemäßigt, ausgewogen, ernsthaft, tolerant. Sein Staatsbürgersinn und sein Verantwortungsbewußtsein könnten den meisten seiner westlichen Nachbarn als Vorbild dienen.“ Das Blatt wirft den Deutschen vor, „bei-

nahe zu vernünftig und konformistisch zu sein“; sie seien „die Musterschüler, die bravsten der Klasse. Sie haben ihre Gefühle an der Garderobe abgegeben.“ Intoleranz zeigten sie nur gegenüber dem Kommunismus: „Wollen Sie die Deutschen aus ihrer Reserve locken, brauchen Sie sie nur auf den Kommunismus anzusprechen“ (*Centre Presse*, 2).

Mehrere Zeitungen betonen, daß die Öffentlichkeit deshalb vernünftig sei, weil sie gut informiert ist. „Das deutsche Publikum weiß, wovon es spricht...“ (*La Nouvelle République*, 2). Diese Feststellung wird in veränderter Form von *Le Provençal*, 3, wieder aufgegriffen: „In der Bundesrepublik sind die wirtschaftlichen Informationen zuverlässig und vielfältig.“ Und in *L'Est Républicain*, 1: „In den Wahlversammlungen stellen die Wähler fundierte Fragen.“

In den sechzehn ausgewerteten Artikelserien finden sich nur einige wenige Stereotypen; sie schlagen vertraute Töne an, können aber durch ihr vereinzelt Vorkommen in keiner Weise die bemerkenswerte Leistung herabmindern, die deutsche Wirklichkeit in all ihrer Komplexität und Nuanciertheit dargestellt zu haben. Für *L'Echo la Liberté*, 3, ist „die deutsche Seele einfach unerforschlich“. *Paris Normandie*, 3, „ist disziplinierten Deutschen begegnet“ und *Le Télégramme*, 2, „einem disziplinierten Publikum, das höflich zuhört“. *Var Matin*, 2, hat auch Kommunisten mit „germanischer Disziplin“ angetroffen. Aber nicht nur sie: „Sogar die Plakate gehorchen einer solchen institutionalisierten Disziplin“ (*Presse Océan*, 1). Das Schlußwort könnte man *Nord Eclair*, 3, geben: „Wie jede zu schematische Feststellung, trifft auch diese nicht wirklich zu.“

Anhang: Liste der ausgewählten Artikel

Centre Presse, Poitiers, Gérard GRAT
La campagne électorale allemande

1. La guerre des deux Helmut, 21. 9. 1976.
2. L'exemple suédois, 22. 9. 1976.
3. Des Allemands sans état d'âme, 23. 9. 1976.

Le Dauphiné Libéré, Grenoble, Mick POLIKAR
La R. F. A. en mal de changement

1. Helmut contre Helmut, 23. 9. 1976.
2. Le temps de l'antirévolution, 24. 9. 1976.

L'Echo la liberté, Lyon, Charles ROUX
Les élections à l'heure allemande

1. L'opposition a pris de vitesse la coalition, 23. 9. 1976.
2. A l'écoute des candidats, à la rencontre de l'électeur, 24. 9. 1976.
3. Une affaire à régler entre les deux Helmut, 25. 9. 1976.
4. Le «modèle» allemand résistera-t-il mieux que le modèle suédois?, 27. 9. 1976.

L'Est Républicain, Nancy, Claude LEVY
L'Allemagne aux urnes le 3 octobre

1. Une campagne à l'américaine sans enthousiasme, 22. 9. 1976.
2. La bataille des deux Helmut, 23. 9. 1976.
3. L'ombre de Stockholm sur le scrutin, 24. 9. 1976.

La Montagne, Clermont-Ferrand, Jacques TREPPIER
3 octobre: élections générales en R. F. A.

1. L'affrontement des deux Helmut, 28. 9. 1976.
2. SPD: liberté et socialisme; CDU: liberté au lieu de socialisme, essentiel des mots d'ordre, 29. 9. 1976.

Nice Matin, Nice, Georges MARS
Les élections en R. F. A.

1. «La liberté à la place du socialisme»? 25. 9. 1976.
2. La grogne de la classe moyenne à l'égard d'un Etat trop dépensier, 26. 9. 1976.
3. Les syndicats qui ont incité les salariés à faire des sacrifices réclament plus de pouvoir économique, 27. 9. 1976.

Nord Eclair, Roubaix, Michel DUFORREST
Allemagne: la bataille des deux Helmut

1. Ils sont loin d'être satisfaits. De quoi peuvent bien se plaindre les Allemands?, 25. 9. 1976.
2. Une habile campagne de la CDU mêle les vieux thèmes aux préoccupations actuelles, 26.—27. 9. 1976.

3. Il manque à la social-démocratie l'étincelle des scrutins précédents, 28. 9. 1976.
4. La tâche du futur chancelier: gérer le bonheur, 29. 9. 1976.

La Nouvelle République, Tours, Guy TARTARIN
Les élections allemandes

1. Schmidt ou Kohl: les indécis trancheront, 29. 9. 1976.
2. Dans la rue et à la télévision, une propagande qui ne répond pas toujours aux questions des électeurs, 30. 9. 1976.
3. Les condamnés à rester à la porte du Bundestag, 1. 10. 1976.

Ouest France, Rennes, Michel DE CARNE
Allemagne — la guerre des deux Helmut

1. Un match qui s'annonce serré, 30. 9. 1976.
2. Liberté et socialisme, 1. 10. 1976.
3. Quinze pour cent d'indécis, 2.—3. 10. 1976.

Paris Normandie, Rouen, Yves BREHERET
Les Allemands devant les urnes

1. Deux votes, un seul enjeu: la poursuite du miracle, 30. 9. 1976.
2. En toile de fond de la campagne: le scrutin suédois, 30. 9. 1976.
2. Les marionnettes des deux Helmut, 1. 10. 1976.
3. Dix Etats dans l'Etat, 2.—3. 10. 1976.

Presse Océan, Nantes, Henri PERRON
Peu de choix pour les Allemands: Helmut ou ... Helmut

1. Le modèle germanique: couronne pour un colosse aux pieds d'argile, 26. 9. 1976.
2. Contre l'inflation ... les syndicats dont rêve Raymond Barre, 27. 9. 1976.
3. Trois marks cinquante l'électeur ... mais il y a deux voix, 28. 9. 1976.
4. Quel conservatisme ... quand une gifle éclate comme la révolution?, 29. 9. 1976.

Le Progrès, Lyon, Bernard GAUDEZ
Allemagne: campagne molle pour un scrutin serré

1. La CDU a peine à dramatiser, le SPD peine à mobiliser, les électeurs hésitent à être rassurés, 28. 9. 1976.
2. Kohl plaît bien, mais ... Schmidt impressionne, mais ... , 29. 9. 1976.
3. Celui qui peut beaucoup espérer — le FDP, 30. 9. 1976.

Le Provençal, Marseille, Constant VAUTRAVERS
Allemagne: qu'est ce qui bout dans les urnes?

1. Pour quel Helmut voter?, 1. 10. 1976.
2. A la recherche d'un programme ... et de la 2^o voix, 2. 10. 1976.
3. Le goût d'une prospérité menacée, 3. 10. 1976.

Le Télégramme, Brest, Fanch OLIVIER

1. La social-démocratie menacée malgré la réussite de sa politique économique, 28. 9. 1976.
2. Une violence de ton qui n'empêche pas la coexistence pacifique, 29. 9. 1976.
3. Schmidt et Kohl au coude à coude dans la chasse aux voix modérées, 30. 9. 1976.

L'Union, Reims, Pierre RAGOND
L'Allemagne devant les urnes

1. L'inflation des autres nations inquiète les électeurs pour qui l'augmentation du coût de la vie n'a été que de 4,5 %, 30. 9. 1976.

2. En attaquant les premiers, les chrétiens-démocrates ont placé les socialistes sur la défensive, 1. 10. 1976.
3. «Je voterais CDU si Schmidt était chancelier» — un propos qui reflète la perplexité de certains électeurs, 2.—3. 10. 1976.

Var Matin, Toulon, Henri CECCALDI
L'Allemagne fédérale à l'heure du choix

1. Un tableau idyllique mais aussi des zones d'ombres, 25. 9. 1976.
2. Une campagne électorale morne et terne, 26. 9. 1976.
3. Les deux Helmut, 27. 9. 1976.

Die These von der jüdisch-freimaurerischen Weltverschwörung 1776–1945

I. Fragestellung

Im Januar 1937 hielt Heinrich Himmler einen Vortrag über *Wesen und Aufgabe der SS und der Polizei*. Darin erklärte er: „Wir müssen uns darüber klar sein, daß der Gegner in einem Krieg nicht nur im militärischen Sinne Gegner ist. Wenn ich hier von Gegner spreche, so meine ich selbstverständlich damit unseren natürlichen Gegner, den internationalen jüdisch-freimaurerisch geführten Bolschewismus.“¹⁾ Zwei Jahre später, am 25. Februar 1939, behauptet Josef Goebbels in einem Artikel im *Völkischen Beobachter*: Die Drahtzieher hinter der umfassenden Kampagne gegen das

friedliebende Deutschland sind „die Kreise des internationalen Judentums, der internationalen Freimaurerei und des internationalen Marxismus“²⁾.

Im folgenden wird der Versuch unternommen, den Ursprung und die politische Funktion dieser von führenden Nationalsozialisten benutzten Verschwörungsthese zu skizzieren und zu analysieren, welche — wie eine kurz vor seinem Tode abgegebene Stellungnahme von General Franco und die Affäre des Erzbischofs Lefebvre zeigen — auch heute noch Anhänger hat.

II. Der weltanschauliche Hintergrund der Verschwörungsthese

Der weltanschauliche Hintergrund sowohl für die Entstehung der Verschwörungsthese als auch für ihren Einsatz als publizistisches Kampfinstrument ist die Bekämpfung von Aufklärung und Französischer Revolution durch die politische und religiöse Orthodoxie; denn der aufklärerische Glaube an die Vernunft und die humanitären Ideale sowie der Toleranzgedanke der aufklärerischen Philosophie schienen die aus dem Mittelalter überkommene, religiös gegründete und durch konfessionelle und ständische Schranken gekennzeichnete

Herrschaftsordnung von *Thron und Altar* indirekt oder gar direkt in Frage zu stellen.

Da es in verschiedenen Staaten Europas zu einem — oft recht oberflächlichen — Bündnis von absolutistischen Herrschern und aufklärerischer Philosophie kam, war es unvermeidlich, daß die Repräsentanten der kirchlichen Orthodoxie die aufklärerischen Ideen als zersetzend betrachteten. Aus ihrer Perspektive sahen kirchliche Traditionalisten es nicht ohne Grund als verhängnisvoll an, daß die vielfach deistisch geprägten aufklärerischen Ideale die überkommenen Dogmen aufweichten. In diesem Zusammenhang ist speziell an das unter politischem Druck zustande gekommene päpstliche Verbot des Jesuitenordens von 1773 zu erinnern, der in vielen katholischen Staaten praktisch über ein Erziehungsmonopol verfügt und damit so etwas wie die Rolle eines Garanten der Rechtgläubigkeit wahrgenommen hat. Im Zusammenhang solch einer Politik wirkte es begreiflicherweise fatal, daß aufgeklärte Despoten auf die sakrale Legitimation ihrer Herrschaft und damit auch auf die Kir-

¹⁾ Heinrich Himmler, *Wesen und Aufgabe der SS und der Polizei* (1937), in: *Der Prozeß gegen die Kriegsverbrecher*, Bd. 29, Nürnberg 1948, S. 229; vgl. auch Heinrich Himmler, *Geheimreden 1933 bis 1944*, Frankfurt/M. 1974, S. 56–58.

Der vorliegende Aufsatz stellt die überarbeitete Fassung eines Referates dar, welches der Verfasser Ende Februar 1977 auf Einladung der Deutschen Botschaft in Israel in Jerusalem, Haifa und Tel Aviv gehalten hat. In ihm sind einige der wichtigsten Forschungsergebnisse der Dissertation des Verfassers zusammengefaßt, die 1976 unter dem Titel „Die These von der Verschwörung 1776 bis 1945. Philosophen, Freimaurer, Juden, Liberale und Sozialisten als Verschwörer gegen die Sozialordnung“ im Herbert Lang Verlag, Bern, erschienen ist.

²⁾ Zit. nach Ernest K. Bramsted, *Goebbels und die nationalsozialistische Propaganda 1925–1945*, Frankfurt/M. 1971, S. 503.

che als eine wichtige soziale Stütze ihrer Macht offensichtlich keinen sonderlichen Wert mehr legten und vielmehr unter tendenzieller Aufgabe der Symbiose von *Thron und Altar* dazu neigten, sich wie Friedrich der Große zweckrational-utilitaristisch, d. h. modern ausgedrückt: nach dem Leistungsprinzip, zu legitimieren.

In der historischen Rückschau erscheinen die Vorhaltungen von Traditionalisten gegenüber manchen zeitweiligen Bundesgenossen und Weggefährten aufgeklärter Fürsten insbesondere auch aus dem einfachen Grund nicht ungerechtfertigt, weil an Hand einer Anzahl von Biographien der Nachweis geführt werden kann, daß sich auf dem Wege eines konsequenten Übergangs aus einer aufgeklärt-absolutistischen eine konstitutionalistische oder gar eine demokratisch-republikanische Einstellung entwickeln konnte. Friedrich Wilhelm von Preußen, der Nachfolger von Friedrich II. (dem Großen), gehörte zu denen, welche das Steuer noch vor Ausbruch der Revolution herumzuwerfen suchten. So kann das gegenaufklärerische *Religionsedikt* von 1788, welches denjenigen Geistlichen und Lehrern, die „Irrtümer öffentlich oder heimlich“ ausbreiteten, die Amtsenthebung androhte und eine scharfe Überwachung der Lehr- und Pfarramtskandidaten verfügte³⁾, bereits als eine Art konterrevolutionärer Präventivakt interpretiert werden.

Nachdem aufklärerische Grundsätze bereits in der Amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776 zu politischen Formprinzipien geworden waren, wurde also schon vor der Französischen Revolution in einigen europäischen Staaten — darunter Preußen — eine

allerdings mehr ideologische und potentielle als reale und politische Bedrohung des *Ancien Régime* konstatiert. Ihre organisatorische und soziale Verankerung schien diese Bedrohung der überkommenen Sozialordnung vornehmlich in den sogenannten „geheimen Gesellschaften“ zu haben⁴⁾.

Nach den Worten des protestantischen Leipziger Theologen, radikalen Aufklärers und Freimaurers Karl Friedrich Bahrdt sind eben diese Gesellschaften neben der Aufklärung als solcher das „Steckenpferd“ gewesen, „auf dem sich Thorheit und Weisheit unserer Zeitgenossen tummelt“⁵⁾. Die hervorragende Bedeutung, welche im späten 18. Jahrhundert den meist unpolitischen und harmlos-geselligen *geheimen Gesellschaften* fast durchgängig zugebilligt wurde, erklärt sich daraus, daß diese Gesellschaften freie Zusammenschlüsse von Gleichgesinnten gewesen sind und in der gebildeten Ober- und Mittelschicht *tout le monde* ihnen angehörte. In einer noch durch ständische und konfessionelle Schranken geprägten Gesellschaft waren solche freien Assoziationen etwas durchaus Neues. Denn der absolutistische Staat konnte aufgrund seines Selbstverständnisses kein Assoziationsrecht, welches der Vereins- und Parteilfreiheit zugrunde liegt, gewähren. Vielmehr lizenzierte und tolerierte er *geheime Gesellschaften* nur insoweit, als sie keine politischen oder sonstwie unerwünschten Aktivitäten entfalteten. Das Attribut „geheim“ weist in diesem Zusammenhang in aller Regel nicht darauf hin, daß die betreffende Gesellschaft im heutigen Sinn geheim war. Vielmehr ist hier geheim als gleichbedeutend mit ‚nicht-staatlich‘, ‚privat‘ zu interpretieren.

III. Die Freimaurerei als Substrat der Verschwörungstheorie

Die Freimaurerei, welche 1796 von einem konterrevolutionären deutschen Publizisten als „Grund aller Revolutionen, die bisher vorgegangen und noch bevorstehen“, bezeichnet

und diffamiert worden ist⁶⁾, stellte im 18. Jahrhundert gewissermaßen die geheime Gesellschaft *par excellence* dar. Als eine zwar private und diskrete, jedoch im heutigen Sinn nicht geheime Gesellschaft war sie das „stärkste Sozialinstitut der moralischen Welt im 18. Jahrhundert“⁷⁾. In diesem Institut manifestierte sich der „Geist der Freiheit“, wel-

³⁾ Zit. nach Ludwig Haeusser, *Deutsche Geschichte vom Tode Friedrichs des Großen*, Bd. 1, Berlin 1859, S. 202.

⁴⁾ Hierzu Kap. 2.5 („Absolutistisch-ständestaatliche Gesellschaft und ‚geheime Gesellschaften‘“) von Rogalla von Bieberstein, *Die These von der Verschwörung 1776—1945*, Bern 1976.

⁵⁾ Karl Friedrich Bahrdt, *Über Aufklärung und Beförderungsmittel derselben von einer Gesellschaft*, Leipzig 1789, S. 249.

⁶⁾ Leopold Alois Hoffmann, *Die zwei Schwestern P+++ (= Paris) und W+++ (= Wien) oder neu entdecktes Freymaurer- und Revolutionssystem*, o. O., 1796, Vorspruch.

⁷⁾ Reinhard Koselleck, *Kritik und Krise*, Freiburg, München 1959, S. 64.

cher nach Kant die veranlassende Ursache aller geheimen Gesellschaften gewesen ist⁸⁾.

Abgesehen von diesem Charakter der Freimaurerei waren in ihr die aufklärerischen Ideale von religiöser und konfessioneller Toleranz, kosmopolitischer Einstellung, Humanität und Brüderlichkeit verkörpert. Insbesondere, weil diese Prinzipien die religiösen, staatlich-nationalen und ständischen Schranken relativierten, konnte die Freimaurerei als eine Art private und konkrete Vorewegnahme auf eine ideale Wert- und Sozialordnung erfahren werden. Eine Wiener Freimaurerschrift von 1786, welche den bezeichnenden Titel *Schatten und Licht* führt, macht dies deutlich. Es heißt darin: „Die Maurerei . . . vereinigt Leute aus allen Nationen, von allen Religionen, von allen Ständen: der Mexikaner, der Sibirier, der Deutsche und der Japaner, der Christ und der Muselman, und der Jude, der Minister, der Kapuziner und der Feldmarschall umarmen einander in der Loge: die Meinungen der Sekten werden wechselseitig geduldet.“⁹⁾

Da die moderne, spekulative Freimaurerei, die bereits 1788 von Nicolas de Bonneville als *phénomène dans d'histoire de l'esprit humain*¹⁰⁾ gepriesen wurde, am Anfang des 18. Jahrhunderts im protestantischen England gegründet worden ist, hat sie naturgemäß sehr bald den Argwohn der katholischen Kirche erweckt. Die die religiöse Toleranz propagierende und daher dem Deismus-Verdacht, wenn nicht gar dem Atheismus-Vorwurf ausgesetzte Freimaurerei wurde bereits im Jahre 1738 durch eine im Prinzip auch heute noch gültige, allerdings im Jahre 1974 modifizierte und erheblich abgeschwächte¹¹⁾ päpstliche Bulle verdammt. Bei der Begründung dieser Verdammung standen bezeichnenderweise politische Argumentationen wie die vermeintliche Bedrohung der Ruhe des Staates im Vordergrund.

Nachdem der Abbé Gaultier bereits 1746 die Freimaurer bezichtigt hatte, unter dem Schlagwort der natürlichen Religion alle Sekten zu organisieren und eine „conspiration

générale contre la religion“ zu bilden¹²⁾, veröffentlichte der Abbé Larudan 1747 in Amsterdam die Broschüre *Les francs-maçons écrasés*. In dieser Schrift, die den englisch-französischen Krieg zum Hintergrund hat, warnte Larudan vor einer großen antikatholischen, protestantisch-freimaurerischen Verschwörung. Er warf den Freimaurern vor, sie machten „die vollkommene Freiheit und Gleichheit, so uns von allen Arten der Obrigkeit losmacht . . . einem jeden beliebt und anständig“¹³⁾. Cromwell habe den Freimaurerorden gegründet, um „das menschliche Geschlecht zu bessern und Könige und Potentaten, deren Geißel er war, auszurotten“¹⁴⁾.

Während diese beiden Schriften bei aller Grundsätzlichkeit eine tagespolitische Zielsetzung hatten, soll nun anhand zweier Belegstellen der dieser Polemik zugrunde liegende christlich-heilsgeschichtliche Bezugsrahmen der Verschwörungsthese aufgezeigt werden. Joseph Torrubia, ein spanischer Dominikaner und Mitglied der Inquisition, hat diesen 1752 in seiner Schrift *Centinella contra Francs-Masones* mit der folgenden Warnung bezeichnet: „Der Katholik ist hier (in der Loge) der Bruder des Lutheraners, des Kalvinisten, des Zwinglianers, des Schismatikers und wer weiß, ob nicht des Mohammedaners und Juden.“¹⁵⁾ Nachdem die Fortschritte der Aufklärungsbewegung, welche nicht zuletzt in einer enormen Expansion der Freimaurerei zum Ausdruck kommen, die Befürchtungen der christlichen Orthodoxie nur noch steigern konnten, diffamierte der Aachener Dominikaner Greinemann 1778 die Freimaurer von der Kanzel wie folgt: „Die Juden, die den Heiland kreuzigten, waren Freimaurer, Pilatus und Herodes die Vorsteher einer Loge. Judas hatte sich, bevor er Jesus verriet, in einer Loge zum Maurer machen lassen.“¹⁶⁾ Mit diesen Äußerungen stellte sich Greinemann in die Tradition des christlichen Antisemitismus. Zugleich aber brachte er erstmals die Juden und die Freimaurer in einen konspiratorischen Zusammenhang, welcher dann bis in das 20. Jahrhundert hinein von vielen konter-

⁸⁾ Immanuel Kant, Werke Bd. VI, Berlin 1914, S. 389 („Gemeinspruch“).

⁹⁾ Schatten und Licht, Wien 1786, S. 30.

¹⁰⁾ Nicolas de Bonneville, *Les Jésuites chassés de la Maçonnerie*, London 1788, S. 1 f.

¹¹⁾ Hierzu: Herder-Korrespondenz 1974, H. 11, S. 599 f. Zum beginnenden katholisch-freimaurerischen Dialog s. Rolf Appel u. Herbert Vorgrimler, *Kirche und Freimaurer im Dialog*, Frankfurt/M. 1975.

¹²⁾ Zit. nach Albert Monod, *De Pascal à Chateaubriand*, Paris 1916, S. 302.

¹³⁾ (Larudan) *Allerneueste Geheimnisse der Freimaurer*, Th. 1, o. O., 1780, S. 108.

¹⁴⁾ Ebda, Th. 2 (1780), S. 39.

¹⁵⁾ Zit. nach Reinhold Taute, *Die katholische Geistlichkeit und die Freimaurerei*, Berlin 1903³, S. 142.

¹⁶⁾ Zit. nach Arthur Singer, *Der Kampf Roms gegen die Freimaurerei*, Leipzig 1925, S. 37.

revolutionären und faschistischen Agitatoren und Propagatoren der Verschwörungstheorie immer wieder behauptet und konstruiert worden ist.

Wie brisant dieses zugleich antifreimaurerische wie antijüdische Feindbild bereits damals war, ist daraus zu ersehen, daß die zitierte Predigt des Patèr Greinemann pogromartige Ausschreitungen gegen freimaurerische — gewissermaßen liberale — Aachener Bürger provoziert hat. Diese haben Interventionen protestantischer Reichsfürsten gegen die Reichsstadt Aachen zur Folge gehabt.

Das Bemerkenswerteste, sozialpsychologisch vielleicht Zugkräftigste und für alle Verschwörungstheoreme Charakteristische an der Argumentation dieses Geistlichen ist die in der Verschwörungstheorie vollzogene Synthese von archaisch-religiösen und säkular-weltlichen Momenten. Das letztere ist darin begründet, daß die Freimaurerei als eine zugleich aufklärerische und unpolitisch-esoterische Organisation ungeachtet aller freimaurerischer Praktiken und Riten eine moderne, bürgerliche Organisationsform verkörperte, welche zwar in keinem offenen, aber doch latenten Gegensatz zur ständisch-hierarchischen stand. Dieser besondere Charakter der Freimaurerlogen, der über das „Freimaurerische“ im engeren Sinne hinauswies, war es auch, welcher den Freimaurer Lessing 1779 sagen ließ: „Die Freimaurerei ist nichts Entbehrliches, sondern etwas Notwendiges, das in dem Wesen des Menschen und der bürgerlichen Gesellschaft ge-

gründet ist.“¹⁷⁾ In der gleichen Schrift *Ernst und Falk* sprach Lessing von einem Freimaurer, der zu denjenigen gehöre, die „in Europa für die Amerikaner fechten“. Er habe „die Grille“ — so heißt es weiter —, „daß der Congreß eine Loge ist, daß da endlich die Freimaurer ihr Reich mit gewaffneter Hand gründen“¹⁸⁾.

Wenngleich Lessings Vorstellungen kaum für die deutschen oder auch europäischen Freimaurer verbindlich gewesen sein dürften, so machen sie doch deutlich, warum nach 1789 (bis hin zu den Nationalsozialisten!) die Parolen der Französischen Revolution „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ fälschlicherweise als spezifisch freimaurerisch hingestellt und auf dieser Annahme Verschwörungskonstruktionen errichtet werden konnten.

Bereits 1791 konnte daher ein Augsburger Jesuit im Hinblick auf die Freimaurerei erklären: „Eine Bruderschaft, die unter Personen von verschiedenen Ständen eingegangen wird, hat kein Verhältnis zu der Verschiedenheit der hierarchischen Ordnung, welche Gott zur guten Leitung der Welt eingesetzt hat, und daraus folgt unnachlässlich der Umsturz des geistlichen und weltlichen Systemes.“¹⁹⁾ Auch die nach 1789 gemachte Äußerung eines bayerischen Grafen läßt erkennen, daß die Ablehnung des Gleichheitsprinzips der Verschwörungstheorie zugrunde liegt: „Ich kann nicht begreifen, wie ein Edelmann Illuminat werden konnte, wenn er nach den Gesetzen des Ordens zum Schuster und Schneider Bruder sagen mußte.“²⁰⁾

IV. Die Verschwörungstheorie als konterrevolutionäre Drahtzieher-Theorie

Eines der interessantesten Ereignisse der Untersuchung der Entstehung der Verschwörungstheorie ist die Tatsache, daß das Grundmuster der antifreimaurerischen Verschwörungstheorie bereits vor der Französischen Revolution und nicht erst als Reaktion auf diese Revolution entwickelt worden ist. Die Tatsache, daß dies vornehmlich in Deutschland geschah, kann als Beleg dafür genommen werden, daß die Verschwörungstheorie nicht durch ein distanzierendes und unparteiisches Erkenntnistreben charakterisiert ist; vielmehr handelt es sich bei ihr um ein wertorientiertes, politisch-ideologisches Kampfinstrument.

Die Vorgeschichte der Verschwörungstheorie ist eng mit dem 1776 in Bayern gegründeten und 1785 von der bayerischen Regierung verbotenen radikal-aufklärerischen Illuminatenor-

den verknüpft²¹⁾. Dieser Orden war formal eine Art von freimaurerischer Organisation und war doch zugleich als ein militanter und somit unfreimaurerischer Kampfbund am Vorbild des Jesuitenordens ausgerichtet. Er wurde binnen kurzem so berüchtigt, daß er von orthodox-katholischer Seite mit dem Satan in Verbindung gebracht wurde. Er war so diffam-

¹⁷⁾ Gotthold Ephraim Lessing, *Sämtl. Werke* (ed. F. Muncker), Bd. XIII, Leipzig 1897, S. 344.

¹⁸⁾ Ebda, S. 400.

¹⁹⁾ *Projekte der Ungläubigen*, o. O. (Augsburg) 1791, S. 5.

²⁰⁾ Zit. nach Richard Du Moulin-Eckart, *Forschungen zur Kultur- und Literaturgeschichte Bayerns*, Zweites Buch, München 1894, S. 197.

²¹⁾ Hierzu Richard van Dülmen, *Der Geheimbund der Illuminaten*, Stuttgart 1975. Ferner: Johannes Rogalla von Bieberstein, *Die These von der Verschwörung 1776—1945*, a. a. O., Kap. 2.7.

miert worden, daß Papst Pius VI. 1785 glaubte, die Sekte der Freimaurer habe ihren Sitz in München aufgeschlagen und verbreite „die für königliche Macht und Religion gleichermaßen verderbliche Pest in der ganzen Welt“²²⁾. Der sich in einer Fülle von Pamphleten manifestierende Skandal war so groß, daß in der 1786 anonym publizierten Schrift *Enthüllung des Systems der Weltbürger-Republik* „Revolutionen, die unausbleiblich sind“²³⁾, prognostiziert und Freimaurerlogen als „politische und moralische Pesthäuser“²⁴⁾ denunziert worden sind.

Solche Belege machen deutlich, daß das Bewußtsein gegenaufklärerischer Kreise in Deutschland bereits vor 1789 so präformiert war, daß der Pariser Bastillesturm von deutschen Repräsentanten der Gegenaufklärung sogleich als das Resultat freimaurerischer und illuminatischer Machenschaften hingestellt werden konnte. Mit der deutschen anti-illuminatischen Verschwörungstheorie hat der mehrere Jahre am Hofe des Landgrafen von Hessen-Kassel tätige Marquis de Luchet das französische Publikum bereits 1789 in seinem *Essai sur la secte des Illuminés* vertraut gemacht. Nachdem der Hochstapler Cagliostro im Dezember 1789 von der päpstlichen Polizei verhaftet worden war, ist die antifreimaurerische und anti-illuminatische Verschwörungstheorie von vatikanischen und kirchlich-antirevolutionären Kreisen gezielt verbreitet worden. So wurden Gerüchte lanciert, nach denen Cagliostro der Chef des für den Bastillesturm verantwortlichen Illuminatenordens sei. In der 1791 von der päpstlichen Kammerdruckerei veröffentlichten und auch in französischer, deutscher, englischer und polnischer Übersetzung erschienenen Dokumentation zum Cagliostro-Prozeß wurde den „Freimaurerrotten“ vorgeworfen, das „Joch der Subordination und des Gehorsams“ abschütteln zu wollen, um die „ganze Welt in Aufruhr und Tumult“ zu setzen²⁵⁾.

Wie hier nicht näher dargelegt werden kann, ist die Verschwörungstheorie in den Jahren 1790 bis 1795 im wesentlichen von deutschen Autoren, die übrigens überwiegend anonym und konspirativ arbeiteten, zu einem schlagkräftigen publizistischen Instrument entwic-

kelt worden²⁶⁾. Als solches Instrument war die Verschwörungstheorie nicht zuletzt ein Produkt der Revolutionsfurcht, d. h. der Furcht vor dem äußeren französischen und dem inneren deutschen Feind. Dabei wurden die als innerer Feind angesehenen und vielfach als deutsche Jakobiner bezeichneten Republikaner als Sympathisanten und vermeintliche Verbündete der revolutionären Franzosen und damit zumindest als potentielle Urheber konspirativer Machenschaften nicht weniger als der äußere Feind gefürchtet. Denn schließlich behauptete die Verschwörungstheorie in ihrer extremsten Ausprägung als Drahtziehertheorie, daß die französischen Freimaurerlogen vom deutschen „Illuminatismus imprägniert“ worden seien und daß ohne diesen „letzten und gefährlichsten Stoß“ die Französische Revolution schwerlich ausgebrochen wäre²⁷⁾. In der hier zitierten und von dem antirevolutionären Professor Leopold Alois Hoffmann herausgegebenen *Wiener Zeitschrift* wurde diese Variante der Komplott-Theorie pathetisch und nicht ohne Chauvinismus so formuliert: „Nicht die Franzosen sind die Erfinder dieses großen Entwurfes, die Welt umzukehren; diese Ehre kommt den Deutschen zu . . . Aus dem in Deutschland entstandenen und noch gar nicht verloschenen, sondern nur verborgenen und desto gefährlicher sein Wesen treibenden Illuminatismus, sind diese Comités politiques entstanden, die dem Jakobinerclub sein Dasein gegeben.“²⁸⁾

Wenngleich festzuhalten ist, daß die Verschwörungstheorie vornehmlich in Deutschland entwickelt worden ist, so sind doch die beiden großen synthetischen Darlegungen dieser These nicht von Deutschen, sondern im Jahre 1797 von einem Franzosen und einem Schotten vorgelegt worden²⁹⁾. Dies waren die von dem im englischen Exil lebenden Exjesuiten und Abbé Barruel verfaßten und in neun (!) europäischen Sprachen übersetzten *Mémoires pour servir à l'histoire du Jacobinisme* und das ebenfalls mehrfach aufgelegte und übersetzte Buch des Edinburgher Professors John Robison *Proofs of a conspiracy against all the religions and governments of Europe, carried on in the secret meetings of free masons, illuminati and reading societies*.

²²⁾ Zit. nach Leopold Engel, *Geschichte des Illuminatenordens*, Berlin 1906, S. 13.

²³⁾ Ernst August von Göchhausen, *Enthüllung des Systems der Weltbürger-Republik*, Rom (= Leipzig) 1786, S. VII.

²⁴⁾ Ebda, S. 418.

²⁵⁾ Leben und Thaten des Joseph Balsamo, sogenannten Grafen Cagliostro . . . , Zürich 1791, S. VIII.

²⁶⁾ Hierzu Kap. 3.3. („Die Verdichtung der Verschwörungstheorie zu einer Drahtzieher-Theorie“) in: Johannes Rogalla von Bieberstein 1976, a. a. O.

²⁷⁾ *Wiener Zeitschrift* 1793, H. 2, S. 153 f.

²⁸⁾ Ebda, S. 156.

²⁹⁾ Hierzu Kap. 3.4. („Die Systematisierung der Verschwörungstheorie“) in: Rogalla von Bieberstein 1976, a. a. O.

V. Die Einbeziehung der Juden unter die Verschwörer

Es wurde bereits gezeigt, daß die christlichen Freimaurer auch die Mohammedaner und Juden als „Brüder“ angesprochen haben. Weiter wurde anhand eines Zitates aus einer Predigt des Aachener Dominikanerpaters Greinemann belegt, daß die damit beförderte Emanzipation der Juden und ihre Integration in die bürgerliche Gesellschaft aus orthodoxer Sicht nicht nur scharf abgelehnt, sondern zum Anlaß dafür genommen wurde, den christlich-mittelalterlichen Judenhaß neu zu beleben.

Tatsächlich ließ das freimaurerische Grundgesetz, die *Alten Pflichten* von 1723, eine Aufnahme von Juden in Freimaurerlogen prinzipiell zu³⁰⁾. Wenn jedoch mit Ausnahme von Holland und England in die europäischen Logen Juden in aller Regel nicht aufgenommen wurden, so geschah dies nicht so sehr deshalb, weil etwa die Freimaurer judenfeindlich gewesen wären, sondern weil sie Rücksicht auf die ihnen vielfach argwöhnisch gegenüberstehende Obrigkeit nehmen mußten. Dies schloß natürlich nicht aus, daß Aufklärer und Freimaurer wie Lessing Wesentliches zur Vorbereitung der Judenemanzipation geleistet haben.

Daß die Diskriminierung der Juden durch die Freimaurer nicht unumstritten war, geht z. B. daraus hervor, daß es 1780 zu der Gründung einer nichtregulären, „Winkelloge“ genannten Freimaurerloge kam, welche Christen und Juden zu ihren Mitgliedern zählte. Der Gründer dieses von Jacob Katz erforschten *Orden der asiatischen Brüder*³¹⁾, Hans Carl Ecker von Eckhofen, veröffentlichte 1788 die Schrift *Werden und können Israeliten zu Freimaurern aufgenommen werden?*, in welcher er die Aufnahme von Juden in die Freimaurerlogen befürwortete. Außer diesem Orden hat sich besonders die 1792 in Hamburg gegründete Demokratenloge *Einigkeit und Toleranz* für die Judenemanzipation eingesetzt. In den Statuten dieser Loge, deren Ämter von Juden und Christen paritätisch besetzt waren, heißt es programmatisch: „Es findet kein Unterschied der Religion statt, Türken, Juden und Christen sind unsere Brüder. Wir glauben, daß Wahrheit und Weisheit keine Fabrikware

sind, die eines Monopols oder Patents bedürfen.“³²⁾

Neben diesen beiden Logen spielt in der konterrevolutionären Propaganda — bis hin zur nationalsozialistischen — die 1807 in Frankfurt gegründete Loge *Zur Aufgehenden Morgenröthe* eine besondere Rolle. Da ihre Mitglieder überwiegend Juden waren — auch Ludwig Börne gehörte dazu —, wurde sie vielfach als „Judenloge“ bespöttelt. Der gegen diese Loge zielende Antisemitismus war insofern nicht mehr der traditionell christliche, weil er bereits eine Allianz mit dem modernen Nationalismus eingegangen war. Fatal war, daß diese Loge unmittelbar dem Pariser *Grand Orient* unterstand und sie deswegen nach der Ausschaltung Napoleons als landesverräterische Organisation verdächtigt werden konnte.

Anhand der 1816 in Frankfurt am Main von Johann Christian Ehrmann publizierten Schrift *Das Judentum in der Maurerey, eine Warnung an alle deutschen Logen* kann verdeutlicht werden, wie Nationalismus, Antiliberalismus, Fremdenhaß und Antisemitismus eine gefährliche, in einer Verschwörungstheorie kulminierende Synthese eingehen konnten. Dort wird nämlich nicht nur die *Aufgehende Morgenröthe* als Teil des französischen, „politisch-militärischen Spionagesystems“ denunziert, in dem „Spieler, Huren und Juden“ eine wichtige Rolle gespielt hätten³⁷⁾, sondern darüber hinaus wird der in der Verbannung lebende Napoleon als Mittelpunkt einer Verschwörung dargestellt, die eine „allgemeine Weltrevolution“ zum Ziel habe. Bei dieser bevorstehenden Revolution käme der von den Juden unterwanderten Freimaurerei eine besondere Rolle zu, zumal die Juden mit ihrem Geld schon viele Staatsmänner von sich abhängig gemacht hätten³⁴⁾.

Während der hier angesprochene Nationalismus sowie der Antikapitalismus die weltlich-moderne Komponente der Verschwörungstheorie verkörperten, verfügte diese zugleich über eine religiöse und apokalyptische Seite. Dies zeigen z. B. die kirchlichen Reaktionen auf die Einberufung der jüdischen Notabelnkonferenz — das Sanhedrin — durch Napoleon im

³⁰⁾ Hierzu Jacob Katz, *Jews and Freemasons in European History 1723—1939*, Cambridge/Mass. 1970, S. 13 ff.

³¹⁾ Hierzu ebda, Kap. III („The order of the asiatic brethren“).

³²⁾ Zit. nach Walter Grab, *Norddeutsche Jakobiner*, Frankfurt/M. 1967, S. 36.

³³⁾ Johann Christian Ehrmann, *Das Judentum in der M---y (Maurerey)*, Frankfurt/M. 1816, S. 4.

³⁴⁾ Ebda, S. 7.

Jahre 1806; denn dieser Schritt trug ihm den Vorwurf ein, eine antichristliche Politik zu verfolgen und ein falscher Messias zu sein.

Im unmittelbaren Zusammenhang mit dieser Politik Napoleons muß ein Schreiben interpretiert werden, welches der Florentiner Hauptmann Simonini 1806 an den Abbé Barruel gerichtet hat. Darin beglückwünschte Simonini Barruel zunächst zu seinen oben erwähnten *Mémoires*, kritisierte jedoch, daß er bei der Entlarvung der verschwörerischen Sekten die jüdische nicht berücksichtigt habe. Die *secte judaïque* stelle nämlich eine *puissance la plus formidable* dar. Gemeinsam mit den anderen Sekten der Sophisten, Freimaurer, Illuminaten und Jacobiner bilde sie eine einzige Fraktion, deren Ziel die Auslöschung des Christentums sei. „Zwei Juden“ hätten die Freimaurerei und den Illuminatenorden gegründet mit dem Ziel, die wirtschaftliche Macht der Christen zu brechen und eine jüdische Weltherrschaft aufzurichten³⁵⁾. Diese phantastische Konstruktion, die von orthodox-katholischen Kreisen in ganz Europa kolportiert worden ist, soll von Papst Pius VII. als richtig und glaubwürdig anerkannt worden sein.

Im Zusammenhang mit der europäischen Krisensituation von 1819 ist die antisemitisch akzentuierte Verschwörungstheorie neu aufgefrischt worden. So behauptete der spanische Gesandte in Berlin, Vallejo, in einer Denkschrift, daß „alle Juden“ der revolutionären Sekte angehörten und daß die Juden ihre „wichtigsten Bankiers“ seien³⁶⁾. Wenige Monate später soll ein ominöser Mann dem Abbé Barruel folgendes erzählt haben: Die in Cadix meuternden Truppen, die zur Unterdrückung der Revolution in Südamerika eingeschifft werden sollten, seien von Emissären des Pariser *Grand Orient* zur Befehlsverweigerung angestiftet worden. Dieser *Grand Orient* unterstehe einem *Très Grand Orient*, der sich aus 21 Mitgliedern zusammensetze. Neun dieser 21 obersten Freimaurer wären Juden! Alle Freimaurer auf der Welt seien dieser Organisation zu absolutem Gehorsam verpflichtet, was um so bedeutsamer sei, als sie sogar in jedem Dorf über Agenten verfügten³⁷⁾.

Der historische und ideologische Ursprung dieser antisemitisch geprägten Version der

³⁵⁾ Die angesprochenen Quellen sind publiziert in: *Le Contemporain. Revue Catholique*, T. XVI (Paris 1878), S. 59 ff.

³⁶⁾ Zit. nach Etienne Lamy, *Nicolas de Bergasse*, Paris 1910, S. 300.

³⁷⁾ *Le Contemporain*, Tonband = t XVI (1878), S. 67 f.

Verschwörungstheorie, welche zu den Vorläufern der um 1900 gefälschten sogenannten *Protokolle der Weisen von Zion* gehört, ist das *Grand Firmament* des Florentiners Filippo Buonarroti und der Newtons-Rat von Henri de Saint-Simon. Das *Grand Firmament* war eine am organisatorischen Vorbild der Freimaurerei ausgerichtete republikanische und national-emanzipatorische Organisation, welche in der Reaktionszeit die nationalen Freiheitsbewegungen ohne großen Erfolg zu koordinieren suchte. Die Bildung des *Conseil de Newton* war von Saint-Simon in seinen *Lettres d'un habitant de Genève*³⁸⁾ vorgeschlagen worden. Dieser aus 21 Mitgliedern bestehende Rat sollte die Herrschaft der Wissenschaft einleiten und die vom Vatikan geprägte christliche Ära durch eine szientistische, nachchristliche ablösen.

Die dargelegten Fakten erlauben es mittlerweile, die innere Logik und damit auch die politische Brisanz der die Freimaurer und die Juden in eine konspiratorische Beziehung setzenden Verschwörungstheorie zu verdeutlichen. Diese These führte schließlich am Ende des 19. Jahrhunderts zu den Doppelbezeichnungen *judéo-maçonnerie*, *judeo-masonstvo* und *Judeo-Freimaurerei*. Sie kulminierte in der Behauptung Erich Ludendorffs, daß „das Geheimnis der Freimaurerei überall im Juden“ verborgen liege, ja, daß der Freimaurer ein „künstlicher Jude“ sei³⁹⁾.

Der Hintergrund für solche Diffamierungen war die bereits dargelegte Tatsache, daß die Freimaurerei als eine aufklärerische Organisation auch einen Beitrag zur Emanzipation der Juden geleistet hat. In diesem Zusammenhang ist anzumerken, daß bereits die christliche Orthodoxie und die politische Konterrevolution den Aufklärern und den Revolutionären vorgeworfen hatten, sie nähmen die Juden in Schutz und die Juden stellten als Nutznießer der Revolution ein Werkzeug der antichristlichen und revolutionären Sekte dar. In einer Fußnote zu der deutschen Übersetzung der *Mémoires* des Abbé Barruel ist deshalb bezeichnenderweise schon im Jahre 1800 vom „Judentum der Freimaurer“ oder der „Freimaurerei der Juden“ die Rede⁴⁰⁾.

Wenn man berücksichtigt, daß die christliche und politische Orthodoxie davon ausging, daß

³⁸⁾ Neu publiziert in: Henri Saint-Simon, *Oeuvres* t. I, Aalen 1964.

³⁹⁾ Zit. nach: *Freimaurerlexikon* (Hrsg.: Lennhoff/Poser), Zürich 1932, Art.: Ludendorff.

⁴⁰⁾ Augustin Barruel, *Denkwürdigkeiten zur Geschichte des Jakobinismus*, Th. 1. Münster/Westf. u. Leipzig 1800, S. 349.

die Aufklärung eine „philosophische Conjunction“⁴¹⁾ darstelle, und darüber hinaus von einem „philosophischen Satanismus“⁴²⁾ sprach, so wird deutlich, daß die Freimaurerei in ihren Augen gewissermaßen die soziale Konkretisierung aller negativen Prinzipien darstellte.

Dadurch, daß auch Juden von dieser Organisation profitieren konnten (statistisch gesehen

war es natürlich nur ein winziger Prozentsatz von zugleich aufgeklärten und begüterten Juden), neigte man dazu, die von der christlich-mittelalterlichen Dämonologie ohnehin mit Satan in Verbindung gebrachten Juden nicht nur als Nutznießer, sondern auch als angebliche diabolisch-allmächtige Drahtzieher der Freimaurerei und aller unerwünschten politischen Entwicklungen überhaupt hinzustellen und zu diffamieren⁴³⁾.

VI. Die antimodernistische und antidemokratische Funktion des modernen Antisemitismus

Als den Freimaurern im Jahre 1854 in der Berliner *Evangelischen Kirchenzeitung* unterstellt wurde, sie verleugneten den Heiland, um „mit Juden und Türken fraternisieren zu können“⁴⁴⁾, hatte Heinrich Sybel zuvor in seiner *christlich-germanischen Staatslehre* von 1851 den politischen Stellenwert solcher Diffamierungen klar zum Ausdruck gebracht. Er lobte nämlich die solche Theoreme verbreitenden und den Gleichheitsgrundsatz bekämpfenden Christlich-Konservativen dafür, daß sie „in der ersten Linie des Kampfes gegen das demokratische Prinzip“ ständen⁴⁵⁾. Aus solch einer Perspektive konnten die liberalen und demokratischen Ideen nur zu einer *Verjudung des christlichen Staates* führen — so der Titel einer 1865 in Leipzig anonym publizierten Schrift. Darin wird im übrigen beispielsweise behauptet, der von den Juden „so lange ersehnte Messias heißt Mammon, und das Weltreich der Juden wird die Geldherrschaft sein. Das ist die Perspektive der Zivilisation von heute“⁴⁶⁾.

Auch der für die Geschichte der Verschwörungstheorie wichtige Jesuit Pachtler sagte den Freimaurern 1876 nach, sie böten dem „Christus hassenden Judentum... ein wahres Lab-sal und eine hocherwünschte Operationsba-

sis“⁴⁷⁾. In den *Historisch-politischen Blättern für das Katholische Deutschland* war über die Nutznießer-These hinaus bereits 1872 eine ausgesprochen antisemitische Version der Verschwörungstheorie lanciert worden. Es heißt dort nämlich: „Die Spitze der Loge bildet Juda, die christlichen Logen sind blinde Puppen, welche von Juden in Bewegung gesetzt werden, ohne es größtenteils zu wissen.“⁴⁸⁾

Der tiefere Grund für diese Polemik ist 1875 in der *Allgemeinen Zeitung des Judentums* treffend charakterisiert worden: Indem die Kirchenpartei, so heißt es dort, „auf die Juden losschlage, glaube sie den ganzen modernen Staat, die ganze liberale Tendenz der Gesellschaft“ zu treffen⁴⁹⁾. Gleiches läßt sich auch von der antifreimaurerischen Agitation sagen. Hierfür ist besonders bezeichnend, daß der Terminus Freimaurer schon zu Ende des 18. Jahrhunderts im übertragenen, metaphorischen Sinne als ein klerikal-konterrevolutionäres Schimpfwort gebraucht wurde. So denunzierte z. B. der französische Abbé Lefranc 1791 das Regime der *Assemblée Générale* als freimaurerisch⁵⁰⁾.

Der Terminus Freimaurer wurde also zu einer antimodernistischen Diffamierungschiffre für nahezu alle unerwünschten Entwicklungen. Als der mehr religiös geprägte Oberbegriff für Freimaurer ist der Begriff der häretischen Sekte anzusehen, der außer auf die Freimau-

⁴¹⁾ Karl von Eckartshausen, *Über die Gefahr, die den Thronen, den Staaten und dem Christenthume den gänzlichen Verfall drohet...* o. O. 1791, S. 76.

⁴²⁾ Ebda, S. 96.

⁴³⁾ Näheres hierzu in Kap. 5.1. („Die Rolle der Juden im Rahmen der Verschwörungstheorie“) in: Rogalla von Bieberstein 1976, a. a. O.

⁴⁴⁾ Nr. 20 vom 11. März 1854.

⁴⁵⁾ Heinrich von Sybel, *Kleine Historische Schriften*, Bd. I, Stuttgart, 1880³, S. 365.

⁴⁶⁾ *Die Verjudung des christlichen Staates*, Leipzig 1865, S. 23.

⁴⁷⁾ G. M. Pachtler, *Der stille Krieg gegen Thron und Altar oder das Positive der Freimaurerei*, Amberg 1876²), S. 23.

⁴⁸⁾ Bd. 70 (1872), S. 668.

⁴⁹⁾ Zit. nach Jacob Toury, *Die politische Orientierung der Juden in Deutschland*, Tübingen 1966, S. 271.

⁵⁰⁾ J. F. le Franc, *Le voile levé pour les curieux ou le secret de la révolution relevé à l'aide de la franc-maçonnerie*, o. O. 1791, S. 62.

rer besonders auf die Philosophen, Protestanten, Juden, Physiokraten, Jakobiner und Republikaner angewandt worden ist.

Der Abbé Barruel hat dieser „Sekte“ in seinen *Memoires* bezeichnenderweise nachgesagt: „Die Sekte kündigte sich in Amerika mit den ersten Grundlagen des Codex der Gleichheit, der Freiheit und des Souveränen-Volkes an.“⁵¹⁾ Letztlich ging es also darum,

und Barruel hat dies sehr deutlich und unmißverständlich ausgesprochen, das sakral gegründete, hierarchisch strukturierte Ancien Régime (*Thron und Altar*) gegen das Prinzip der politischen Gleichheit und damit der Volkssouveränität zu verteidigen. Die Berufung auf die Volkssouveränität wurde dabei als ein Aufstand des unmündigen Menschen gegen seinen göttlichen Herrn gewertet.

VII. Die antisozialistische und antikapitalistische Ausprägung der Verschwörungstheorie

Tatsächlich ging es den Verfechtern und Anhängern der Verschwörungstheorie nicht nur um ideelle, religiöse und verfassungspolitische Interessen. So wurde nicht immer ohne jeden Grund außer Thron und Altar auch die bürgerliche Sozialordnung als bedroht angesehen. Bei manchen Propagatoren der Verschwörungstheorie, die in der Regel auch Antisemiten waren, liegt im übrigen der Verdacht nahe, daß sie ihre politische Theoreme bewußt und kalkuliert als Rechtfertigungs- und Kampfinstrument für kaschierte politische und materielle Ziele eingesetzt haben.

Parallel zur krisenhaft verlaufenden historischen Entwicklung vom Absolutismus zur bürgerlichen und sozialen Demokratie, welche in der bolschewistischen Diktatur eine linkstotalitäre Perversionsform besitzt, erfolgte eine stete Anpassung der bereits im 18. Jahrhundert entwickelten Verschwörungstheorie an die im Zeitalter der Industrialisierung und des Imperialismus in einem raschen Wandel begriffenen politischen und sozialökonomischen Rahmenbedingungen. Dies kann hier nur exemplarisch mit wenigen Fakten und Stichworten illustriert werden⁵²⁾.

Charakteristisch ist z. B. der folgende Umstand: Nachdem der katholische Advokat Eckert aus Prag 1852 erklärt hatte, die deutsche Reichsverfassung von 1848/49 sei „vom engeren Maurerbund den reinen Social-Demokraten dekretiert“⁵³⁾ worden, stellte der Jesuit Pachtler in Reaktion auf den Pariser Kommune-Aufstand die These auf, die Sozialistische

Internationale sei letztlich eine Schöpfung der Freimaurerei. Der internationale Arbeiterbund, den Pachtler für die „furchtbarste politische und religiöse Verschwörung in der ganzen Weltgeschichte“⁵⁴⁾ hielt, sei nach den Grundsätzen der Loge aufgebaut. Für Pachtler, der ja auch die Ansicht geäußert hatte, die Loge stelle für das Christus hassende Judentum eine willkommene Operationsbasis dar, stand eine Symbiose von Freimaurerei und Liberalismus fest. Denn nach ihm „führen die Prinzipien der maurerischen Humanität direkt zum Sozialismus“⁵⁵⁾. Dabei glaubte er, daß der vom jüdisch-freimaurerischen Liberalismus begünstigte Sozialismus seinem liberalen Ziehvater als „Gottesgeißel für den Liberalismus“⁵⁶⁾ und mit ihm auch dem Freimaurertum und seinen Adepten letztlich „den jähen Untergang“ bereite⁵⁷⁾.

Außer durch das Aufkommen des Sozialismus ist die im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts zu beobachtende Revitalisierung der Verschwörungstheorie besonders durch die unter liberalem Vorzeichen erfolgte Einigung Italiens und Deutschlands sowie den Kulturkampf und Wirtschaftskrisen begünstigt worden.

Ein wichtiger religiös-ideologischer Ausgangspunkt für den Kulturkampf ist der 1864 von Papst Pius IX. verkündete *Syllabus errorum* gewesen. Darin werden u. a. Pantheismus, interkonfessionelle Toleranz, Rationalismus, Liberalismus, Sozialismus und Freimau-

⁵¹⁾ Barruel, a. a. O. (s. Anm. 40) Th. 4 (1804), S. 599.

⁵²⁾ Näheres hierzu bei Rogalla von Bieberstein 1976, a. a. O., Kap. 6.

⁵³⁾ Eduard Emil Eckert, *Der Freimaurerorden in seiner wahren Bedeutung*, Dresden 1852, S. 367.

⁵⁴⁾ G. M. Pachtler, *Die internationale Arbeiterverbindung*, Essen 1871, S. 77. f.

⁵⁵⁾ G. M. Pachtler, *Der Götze der Humanität oder das Positive der Freimaurerei*, Freiburg i. Br. 1875, S. 431.

⁵⁶⁾ Pachtler, *Die internationale Arbeiterverbindung*, S. 99.

⁵⁷⁾ Ebda, S. 106.

rerei in scharfer Form verdammt⁵⁸⁾. Das in diesem Syllabus formulierte antimodernistische Feindbild stellt die Folie für die besonders von kirchlicher Seite vorgenommene Aktualisierung der Verschwörungstheorie dar. Die anspruchsvollste Neuauflage der Verschwörungstheorie ist das zwischen 1874 und 1876 publizierte und mehrmals neu aufgelegte Werk des französischen Jesuiten Nicolas Deschamps *Les sociétés secrètes ou la philosophie de l'histoire contemporaine*. Dieses Buch knüpft unmittelbar an die Barruelschen *Mémoires* an, welche im übrigen 1887 in Rom nochmals in italienischer Sprache veröffentlicht wurden.

Edouard Drumont hat 1885 in seinem Buch *La France Juive* die Juden nicht nur als Nutznießer der Revolution bezeichnet, sondern darüber hinaus den Gründer des erwähnten, quasifreimaurerischen Illuminatenordens, Adam Weishaupt, fälschlicherweise als Juden bezeichnet!

In seiner 1893 in Paris publizierten Schrift *La Francmaçonnerie-Synagogue de Satan* rekurrierte der französische Erzbischof Léon Meurin unmittelbar auf Barruel. Er berief sich ferner auf die Frankfurter „Judenloge“ *Zur Aufgehenden Morgenröthe* und den Brief von Simonini. Gleich dem Abbé Bertrand, der 1901 in Paris das Pamphlet *La Francmaçonnerie, Secte Juive* veröffentlichte, glaubte Meurin das Geheimnis der Freimaurerei im Juden erblicken zu können.

Daß es sich bei den genannten Autoren nicht um Außenseiter in der katholischen Kirche handelt, belegt die 1884 erlassene antifreimaurerische Enzyklika von Papst Leo XIII. *Humanum Genus*. In dieser Enzyklika werden die Freimaurer erneut mit dem Kirchenbann belegt; es wird ihnen vorgeworfen, daß sie darauf hinarbeiten, das Reich Gottes auf der Erde durch das von ihnen kontrollierte Reich des Satans zu ersetzen, „unter dessen Herrschaft alle stehen, die dem ewigen göttlichen Gesetz den Gehorsam verweigern“⁵⁹⁾.

Als satanisch erschien den Traditionalisten neben dem Liberalismus auch der moderne Kapitalismus und die von ihm herausgeforderte sozialistische Bewegung. Ausdruck dieser traditionalistischen und mittelständlerischen Einstellung sind antikapitalistische und antisozialistische Parolen, wie sie sich in dem

Buch des Monsignore Anselme Tilloy von 1897 *Le péril judéo-maçonnique* finden. In dieser Schrift, die bezeichnenderweise Cagliostro für einen Juden ausgibt, steht die rein politische, antikapitalistische Argumentation im Vordergrund, und zwar auf eine Weise, daß bei aller Traditionsbezogenheit die moderne rechtsradikale Demagogie überwiegt. So wird dort behauptet, daß sich Frankreich in ökonomischer, politischer und sozialer Hinsicht unter dem Joch der jüdisch-freimaurerischen Sekte befände⁶⁰⁾. Aus dieser Feststellung wird die Forderung der rechtlichen Diskriminierung der Juden abgeleitet, wobei das mittelalterliche Verbot des Grundbesitzes hervorgehoben wird. Außer gegen die Juden wollte Tilloy gegen die Hochfinanz und gegen die Aktiengesellschaften vorgehen. Dabei definierte er ähnlich dem anonymen Verfasser der bereits erwähnten Schrift *Die Verjudung der christlichen Völker* den angeblich jüdisch kontrollierten Kapitalismus als System, in dem das Geld und die Spekulation den ersten Platz auf der Wertskala einnehmen⁶¹⁾.

Offensichtlich wollten die Anhänger solcher Auffassungen die als heil vorgestellte vorindustrielle Welt restaurieren, welche durch den Kapitalismus noch nicht verwüstet sei; denn dessen unmittelbare Folge sei Klassenhaß, Klassenkampf und der die gesellschaftliche Ordnung auflösende Sozialismus. Zumal auch der Übergang des traditionellen zu dem rassenideologischen Antisemitismus fließend ist, war mit dieser sozialromantischen Argumentation das Grundmuster der späteren rechtsradikalen Gesellschaftsanalyse und Agitation praktisch vorgegeben. Sie liefert nämlich die Begründung dafür, warum es z. B. am 24. April 1894 in der katholischen *Augsburger Postzeitung* heißt: „Die Sozialdemokratie — eine Sondertruppe der Börse und des Judentums“⁶²⁾, und warum es schließlich in dem Programm der NSDAP scheinbar paradox lautet: „Der Marxismus ist ein ausgesprochen kapitalistisches Truggebilde... Kapitalismus und Marxismus sind eines.“⁶³⁾

Für diese radikal antimodernistische These hatte der Antisemitismus, der im Parteiprogramm der NSDAP als der „gefühlsmäßige

⁵⁸⁾ Anselme Tilloy, *Le péril judéo-maçonnique*, Paris 1897, Kap. VII.

⁶¹⁾ Ebda, S. 130.

⁶²⁾ Zit. nach Amine Haase, *Katholische Presse und die Judenfrage*, München 1975, 154.

⁶³⁾ Gottfried Feder, *Das Programm der NSDAP*, 891.—895. Taus., München o. J., S. 53.

⁵⁸⁾ Hierzu Handbuch der Kirchengeschichte, Hrsg. H. Jedin, Bd. VI, Teil 1 (1971), S. 750—756.

⁵⁹⁾ Zit. nach Herder-Korrespondenz 1958/59 S. 746.

Unterbau" der Bewegung⁶⁴⁾ deklariert wurde, die Funktion einer Klammer. Zum einen war nämlich der Jude als Außenseiter der alten Gesellschaft zwangsläufig in den „modernen“ Berufs- und Wirtschaftszweigen massiert und somit (sei es als Kapitalist oder sei es als liberaler Bürger oder sozialistischer Intellektueller) Verkörperung der Modernität; zugleich jedoch blieb der Jude trotz dieser Modernität für die kirchlichen, politischen und sozialen Antimodernisten sowie auch für den durch die sozialökonomische Entwicklung bedrohten Mittelstand eine seit alters her von der christlich-mittelalterlichen Dämonologie mit unheimlichen Zügen ausgestattete Figur.

Auf dem Hintergrund der Agitation gegen die Freimaurerei — welche als geheime Gesellschaft für Verdächtigungen unterschiedlichster Art anfällig war und auf welche die Vorwürfe des christlich-mittelalterlichen Hexenglaubens mit großem Erfolg übertragen worden sind — konnte die sozialpolitisch brisante These von einer angeblich jüdisch-freimaurerischen Weltverschwörung ein explosives Kampfinstrument darstellen.

Ein wichtiger historischer Anlaß für die Aufstellung der bereits erwähnten sogenannten *Protokolle der Weisen von Zion*⁶⁵⁾ ist der Baseler Zionistenkongreß von 1897 gewesen. Nach diesen Protokollen, die unter Rückgriff auf die ältere antisemitische und antifreimaurerische Literatur unter maßgeblicher Beteiligung der zaristischen Geheimpolizei gefälscht worden sind, wurden in Basel uralte Träume von einer jüdischen Weltherrschaft zu einem

politischen Aktionsprogramm verdichtet. Danach sollten die Juden unter Ausnützung der Freimaurerei sowie von Liberalismus, Demokratie und Sozialismus für ihre ureigenen Zwecke in diabolischer Weise auf den Sturz aller Throne, Religionen und Staaten hinarbeiten, um auf deren Ruinen ein jüdisches Weltreich zu errichten.

Wie der von hohen kirchlichem und politischen Stellen begünstigte Einsatz der *Protokolle* während der russischen Revolution von 1905 zeigt, war diese Verschwörungsthese die extremste ideologische Waffe der jegliche Liberalisierung ablehnenden orthodoxen Verteidiger von *Thron und Altar*. Nach übereinstimmendem Urteil der Historiker offenbarten die radikalen Verteidiger der zaristischen Selbstherrschaft bereits „präfaschistische“ Züge. So hat z. B. der mit dem Zarenhof in Verbindung stehende erste Herausgeber der *Protokolle*, Kruszewan, bei der Anstiftung der blutigen Prognose von Kischinew eine finstere Rolle gespielt.

Diese Vorgänge verdeutlichen, daß Repräsentanten von autoritären Staaten im Moment ihrer politischen Infragestellung nicht vor einer extremen Radikalisierung zurückschrecken. In solchen Momenten der vitalen Bedrohung wurden die schließlich in Reaktion auf Aufklärung und Französische Revolution entwickelten Verschwörungstheoreme auch von solchen Konservativen gleichsam als Rettungsring aufgegriffen, welche ihnen und ihren oft recht obskuren Verfechtern in politisch ruhigen Zeiten sehr distanziert gegenüberstanden.

VIII. Die Reaktivierung der Verschwörungsthese im Ersten Weltkrieg

Dieses Verhalten kann auch an den Auswirkungen des Ersten Weltkrieges in Deutschland demonstriert werden. Bereits 1915 wurde der Krieg in einem *Weltkrieg und Freimaurerei* überschriebenen Artikel der *Historisch-politischen Blätter für das Katholische Deutschland* als Resultat einer freimaurerischen Verschwörung hingestellt. Der Haß aller Freimaurer richte sich gegen Deutschland

und Österreich, weil diese in den Augen der Loge das europäische „Bollwerk des monarchischen Gedankens und den Hort des Klerikalismus, d. h. gläubigen Christentums“ bildeten. Die „Zertrümmerung dieser beiden Reiche ist darum das Ziel des Freimaurerhasse“, wird abschließend gewarnt⁶⁶⁾.

In der 1917 publizierte Schrift *Freimaurerei, Weltkrieg und Weltfriede* griff auch der Jesuit Grüber auf die Verschwörungsthese zurück. Er behauptete, daß die Freimaurer an allen Revolutionen seit 1776 „hervorragenden An-

⁶⁴⁾ Ebda, S. 26.

⁶⁵⁾ Hierzu Norman Cohn, *Die Protokolle der Weisen von Zion. Der Mythos von der jüdischen Weltverschwörung*, Köln, Berlin 1969; Walter Laqueur, *Deutschland und Rußland*, Berlin 1966, S. 99—121.

⁶⁶⁾ Bd. 156 (1915), S. 65—71.

teil“ 67) hätten und daß die Losung der Französischen Revolution „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ eine freimaurerische wäre. Der mit der Freimaurerei verbündeten Entente ginge es im Weltkrieg um den „Sieg des demokratisch nationalen Prinzips über das theokratisch-autokratische, monarchisch-feudale, militaristisch-imperialistische“ 68).

Ganz ähnlich äußerte sich am 9. Juli 1918 im preußischen Herrenhaus der alldeutsche Präsident des deutschen Flottenvereins, Fürst Otto von Salm-Horstmar. Für ihn war der Weltkrieg eine Auseinandersetzung der „jüdisch-demokratischen“ mit der „deutsch-aristokratischen“ bzw. „deutsch-germanischen“ Weltanschauung. Der mit der Geschichte der Verschwörungstheorie gut vertraute Salm-Horstmar glaubte, daß alle Revolutionen der Neuzeit von Freimaurern angezettelt wurden. Dabei wäre der Freimaurerorden stets ein Werkzeug der Juden gewesen. Lenin und Trotzki seien beide nicht nur Juden, sondern auch Freimaurer 69). Im Jahre 1933 hieß es dann in dem von Curt Rosten verfaßten offiziellen *ABC des Nationalsozialismus*: „Der geistige Schöpfer des Kommunismus ist der Jude und Freimaurer Karl Marx-Mardochay. In seinem Werk *Das Kapital*, das er im Auftrage der internationalen jüdischen Freimaurerloge vor hundert Jahren anfertigte, hat er die geistige Basis für den Kommunismus geschaffen.“ 70)

Solche abwegigen Thesen sind während des Ersten Weltkrieges auch von dem schon 1912 gegründeten *Germanen-Orden* aufgestellt worden, der 1918 in *Thule-Gesellschaft* umbenannt wurde und sich als eine Art Anti-Freimaurerorden verstand. Von programmatischer Bedeutung ist die am 21. Juli 1918 in den *Runen* formulierte Aussage dieses Ordens: „Was uns (germanische Logen, d. Vf.) von der Freimaurerei trennt, ist unsere Weltanschauung ... Wir hassen das Schlagwort von der Gleichheit, Gleichheit ist der Tod ... Wir arbeiten für unser Volkstum und wissen, daß wir für den Fortschritt der Menschheit viel mehr tun, als alle Logen der Welt ... Wir sind keine Demokraten ... Demokratie ist jüdisch ... Wir sind Aristokraten ...“ 71).

Weihnachten 1917 wurde der Hochstapler Rudolf Glauer, der sich den klangvollen Namen „Rudolf von Sebottendorf“ zugelegt hatte, zum Chef der bayerischen Provinz des Germanen-Ordens bestellt. Er übernahm 1918 die Zeitung *Münchener Beobachter*, die im gleichen Jahr in die Hände der NSDAP gelangte und unter dem Namen *Völkischer Beobachter* weitergeführt wurde. Mitglieder der in der Revolution von 1918/19 als rechtsradikal-terroristische Geheimorganisation operierenden *Thule-Gesellschaft* waren so prominente spätere Nationalsozialisten wie Georg Feder, Dietrich Eckart, Hans Frank und Rudolf Heß.

IX. Die Verwendung der Verschwörungstheorie durch Völkische und Nationalsozialisten

Zeitgeschichtliche Forschungen haben ergeben, daß Adolf Hitler als V-Mann der Reichswehr Kontakt zu rechtsradikalen Kreisen aufnahm und auch in die *Thule-Gesellschaft* geladen worden ist 72). Die Bedeutung der Tatsache jedoch, daß er und seine Anhänger Verschwörungstheorien übernommen haben,

welche ihrer Herkunft nach kirchlich-antimodernistischen und konservativ-monarchistischen Ursprungs sind, ist in den Gesamtdarstellungen des Nationalsozialismus und seiner Ideologie noch nicht recht gewürdigt worden.

Kaum Beachtung gefunden haben bisher auch folgende Fakten: Wenn man einmal von der Bezugnahme auf die sog. *Protokolle der Weisen von Zion* in Hitlers *Mein Kampf* absieht, so weist dieser ebenso wie der *Mythus des 20. Jahrhunderts* von Alfred Rosenberg keine Quellenangaben zur Herkunft der antifreimaurerischen und antisemitischen, d. h. antidemokratischen Verschwörungstheorien auf. Dies hat zur Folge, daß die Verschwörungstheorie bis heute vielfach fälschlicherweise als spezifisch nationalsozialistisch angesehen wird. Dabei wurde übersehen, daß der frühere

67) Hermann Gruber, *Freimaurerei, Weltkrieg und Weltfriede*, Leipzig 1917², S. 1.

68) Ebda, S. 41.

69) Stenogr. Berichte u. Verhandl. des Preuß. Herrenhauses in der Session 1916/18, 34. Sitzung, Sp. 1042—1045.

70) Curt Rosten, *ABC des Nationalsozialismus*, Berlin 1933⁵, S. 240.

71) Zit. nach Rudolf von Sebottendorf, *Bevor Hitler kam*, München 1933, S. 25 f.

72) Hierzu Rogalla von Bieberstein, *Die These von der Verschwörung*, S. 206 f., wo sich weiterführende Literaturhinweise finden.

Moskauer Architekturstudent Alfred Rosenberg Ende 1918 in München zur *Thule-Gesellschaft* gestoßen ist. Abgesehen davon, daß er bereits zuvor die bei den russischen „Weißen“ populären *Protokolle der Weisen von Zion* kennengelernt hatte, trat Alfred Rosenberg in den Jahren 1920 bis 1923 als Übersetzer und Verfasser von antisemitischen Schriften und auch als Herausgeber einer deutschen Ausgabe der genannten *Protokolle* hervor. Unter dem Titel *Der Jude, das Judentum und die christlichen Völker* veröffentlichte Rosenberg 1920 eine Übersetzung der Schrift des Franzosen Gougenot des Mousseaux von 1869 *Le Juif, le Judaïsme et la Judaisation des Peuples Chrétiens*. Diese seinerzeit von Papst Pius IX. gelobte Schrift stellt eines der Vorbilder für die *Protokolle* dar und weist den Freimaurern eine Hilfsfunktion bei der Vernichtung des Christentums und der Aufrichtung der Judenherrschaft zu.

In seinen 1920 und 1922 in München publizierten Pamphleten *Die Spur des Juden im Wandel der Zeiten* und *Das Verbrechen der Freimaurerei, Judentum, Jesuitismus, Deutsches Christentum* greift Rosenberg fast auf die gesamte Pamphlet-Literatur zur Verschwörungsthe- se zurück. So beruft er sich z. B. auf den Abbé Barruel, auf Simonini, auf die Schrift *Das Judentum in der Maurerey* von 1816, auf Eckert und den Jesuiten Pachtler.

Außer Rosenberg bezogen sich damals noch weitere Propagatoren der Verschwörungsthe- se auf die christlich-konterrevolutionäre Lite- ratur. Unter ihnen seien hier Karl Heise und Friedrich Wichtl hervorgehoben. Heise veröf- fentlichte 1919 sein Buch *Entente-Freimaurerei und Weltkrieg* und Wichtl 1919 und 1921 die Pamphlete *Weltfreimaurerei, Weltrevolution und Weltrepublik* sowie *Freimaurerei, Zionis- mus, Kommunismus, Spartakismus, Bolsche- wismus*. Nach der Lektüre der *Weltfreimau- rerei* von Friedrich Wichtl, in der Weltkapita- lismus, Zionismus, Bolschewismus und Frei- maurerei in eine verschwörerische Bezie- hung gesetzt werden, notierte der 19jährige Heinrich Himmler in sein Tagebuch: „Ein Buch, das über alles aufklärt (u)nd uns sagt, gegen wen wir zu kämpfen haben.“⁷³⁾

Diese Notiz macht deutlich, welch gefährliche Wirkung solche Autoren wie Wichtl in politi- schen Umbruchzeiten auf desorientierte und fanatisierte Leute haben können. Wichtl, der „in dem bolschewistischen Chaos eine Art Übergangsstadium zur rein jüdischen Welt- herrschaft“⁷⁴⁾ erblickte, hat 1921 in seiner *Weltfreimaurerei* drohend gesagt: „Das arme beschwindelte und so schmachvoll betrogene deutsche Volk aber stand bis jetzt jammernd da und schwieg — lange dauert es, bis sich beim gewissenhaften Deutschen die Wahrheit durchringt; aber dann wird der Furor teutoni- cus hervortreten wie nie zuvor.“⁷⁵⁾

X. Die „Annullierung der Revolution von 1789“ als Ziel

So prophetisch solche Worte auch in der Rückschau erscheinen mögen, so wird doch deutlich, daß sie in erster Linie die durch den Ersten Weltkrieg herbeigeführte Situation wider- spiegeln. Ohne irgend etwas beschönigen zu wollen, muß doch festgehalten werden, daß es die Weltwirtschaftskrise war, die die bereits stabilisierte Weimarer Republik aus dem Gleichgewicht brachte. Als ideologische Waffe und demagogisches Mobilisierungsin- strument spielte die Verschwörungsthe- se in den sozialen und politischen Entscheidungsschlachten eine nicht zu übersehende Rolle; denn mittels der in ihr benannten Sündenbö- ke wurde ein die reale Situation verschleiern- des, dualistisches Weltbild erzeugt.

Außer Ernst-Wolfgang Böckenförde, welcher 1961 den vieldiskutierten Aufsatz *Der deut- sche Katholizismus im Jahre 1933* veröffent-

lichte⁷⁶⁾, hat insbesondere Ernst Topitsch dar- auf hingewiesen, daß bei aller prinzipiellen Ablehnung des Nationalsozialismus durch die Katholische Kirche zwischen beiden eine historisch fatale „gemeinsame Kampfstellung gegen Aufklärung, Liberalismus und Sozialis- mus“ bestand⁷⁷⁾.

In wie zynisch-kalkulierter Weise diese von Ernst Nolte als „feindliche Nähe von Kon-

⁷³⁾ Zit. nach Josef Ackermann, Himmler als Ideo- loge, Göttingen 1970, S. 25.

⁷⁴⁾ Friedrich Wichtl, *Freimaurerei, Zionismus, Kommunismus, Spartakismus, Bolschewismus*, Hamburg 1921, S. 31.

⁷⁵⁾ Ebda, S. 31.

⁷⁶⁾ Hochland 53. Jg. (1961), H. 3, S. 215 ff.

⁷⁷⁾ Ernst Topitsch, *Sozialphilosophie zwischen Ideo- logie und Wissenschaft*, Neuwied, Berlin 1966², S. 79 f.

servatismus und Nationalsozialismus" 78) charakterisierte Nachbarschaft in der ideologisch-politischen Feindabwehr ausgenutzt werden konnte, verdeutlicht das 1924 von Franz Haiser veröffentlichte Buch *Freimaurer und Gegenmaurer im Kampf um die Weltherrschaft*. Darin legte der Begründer des den Nationalsozialisten nahestehenden „Allarischen Bundes“ sein Konzept offen so dar: „Vom christlichen Standpunkt aus ist der Jude ein Feind und Zerstörer von Religion und Sittlichkeit, von Thron und Altar. Diese Ansicht fördert den Zusammenhalt der rechtskulturellen Bewegung und wäre daher vom ‚Allarischen Bund‘ zu betonen“ 79). Je nach Zweckmäßigkeit müsse in manchen Ländern auf „die Unterwühlung von Thron und Altar durch die jüdisch-demokratische Freimaurerei“, in anderen dagegen auf die „Gefahren des Bolschewismus“ am meisten hingewiesen werden 80). Weiter heißt es bei Haiser vielsagend: „Religionsfragen dürfen wir in unserem Bunde nur sehr vorsichtig anfassen, weil wir uns an alle deutschen Rechtsparteien wenden, — somit auch an die kirchlich gesinnten.“ 81) Schließlich forderte er in Konsequenz dieser Überlegungen, daß die Stellung seines Bundes zu den Monarchisten, Legitimisten und Christlich-Sozialen „sehr dehnbar und berechnend“ sein müsse. Denn: „Wir brauchen sie als Kämpfer gegen die ‚Juden, Liberalismus, ‚Fortschritt‘, ‚Aufklärung‘ und Pöbelherrschaft, ihr sonstiges Programm geht uns nichts an. Jedenfalls ist äußerste Vorsicht mit ihnen am Platze“ 82).

Daß das hier angesprochene und durch die Symbiose von Thron und Altar geprägte christlich-konservative Weltbild wegen seiner — ungewollten — Vermittlung einer „ideologischen Befangenheit“ 83) gegenüber dem Rechtstotalitarismus tatsächlich Ansatzpunkte für die faschistische Demagogie bot, zeigt auch die Tatsache, daß Papst Pius XII. noch am 24. Juli 1958 die Freimaurerei als „gemeinsame Mutter“ von wissenschaftlichem Atheismus, dialektischem Materialismus, Rationalismus und Laizismus bezeichnete und sie als Haupt-

urheberin des „modernen Glaubensverfalls“ angriff 84).

Außer General Erich Ludendorf, welcher im Jahre 1927 in seiner *Vernichtung der Freimaurerei durch Enthüllung ihrer Geheimnisse* behauptet hatte, mit den „jüdisch-freimaurerischen Schlagworten ‚Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit werden die Völker geknechtet“ 85), war im übrigen auch der Protestant Kaiser Wilhelm II. in seiner niederländischen Emigration davon überzeugt, daß „der Weltkrieg durch die jüdischen Freimaurerlogen in Frankreich, England und Italien angezettelt“ worden sei 86).

Die recht pauschal-antimodernistische und im *Ancien Régime* wurzelnde Frontstellung der Verschwörungstheorie kann dazu beitragen zu erklären, warum ein nicht unerheblicher Teil des deutschen Bürger- und Bauertums sowie auch der Geistlichkeit trotz aller fraglos bestehenden grundsätzlichen Vorbehalte gegenüber dem Nationalsozialismus in einer krisenhaften Situation mit ihm als dem vermeintlich geringeren Übel paktierte und somit die „Machtergreifung“ begünstigt bzw. ermöglicht hat. Dabei spielte der Umstand eine erhebliche Rolle, daß die mit der Krisenbewältigung überforderte Weimarer Republik für viele mehr das Produkt der Niederlage als die Errungenschaft einer vorbehaltlos bejahten demokratischen Revolution war. So konnte etwa auch der Versailler „Knebelungsvertrag“ als antideutsches Komplott „jüdisch-freimaurerisch-demokratischer“ Entente-Mächte und als „Werk im Geist der Freimaurerei“ 87) hingestellt werden.

Aus den skizzierten Gründen richtete sich die Konspirationstheorie außer gegen die Juden und Freimaurer gegen die in der amerikanischen und französischen Revolution wurzelnde

78) Ernst Nolte, *Theorien über den Faschismus*, Köln 1976⁴, S. 60.

79) Ernst Haiser, *Freimaurer und Gegenmaurer im Kampf um die Weltherrschaft*, München 1924, S. 4.

80) Ebda S. 5.

81) Ebda S. 103.

82) Ebda S. 123.

83) Ernst-Wolfgang Böckenförde, *Der deutsche Katholizismus im Jahre 1933* (1961), zit. nach: *Von Weimar zu Hitler 1930—1933*, Hrsg. Gotthard Jasper, Köln, Berlin 1968, S. 342.

84) Zit. nach Franz Hillig, *Haben sich die Freimaurer gewandelt?*, in: *Stimmen der Zeit*, Bd. 175 (1965), S. 100.

85) Hamburg 1927, S. 10.

86) Zit. nach Friedrich Schmitt-Ott, *Erlebtes und Erstrebtes*, Wiesbaden 1952, S. 195.

87) Friedrich Hasselbacher, *Frankreichs Totentanz um die ‚Menschenrechte‘*, Berlin 1941³, S. 223; vgl. auch die katholische Wochenschrift „Allgemeine Rundschau“, in der es unter Bezug auf den Versailler Vertrag heißt: „So wie einst die Christen im Circus Maximus des heidnischen Rom den Löwen vorgeworfen wurden, so sind wir — will es uns scheinen — den Finanzhyänen der freimaurerisch-jüdischen Weltplutokratie zum Fraß hingeworfen.“ Zit. nach Heinrich Lutz, *Demokratie im Zwielficht. Der Weg der deutschen Katholiken aus dem Kaiserreich in die Republik, 1914—1925*, München 1963, S. 79.

westliche Demokratie; darüber hinaus noch gegen die bolschewistische Diktatur, die von den Gegnern der westlichen Demokratie gemäß ihrem Selbstverständnis ihrerseits als Konsequenz der *Ideen von 1789* hingestellt wurde⁸⁸⁾.

Dies ist der Hintergrund dafür, warum der Wiener Nationalökonom und Ständestaats-theoretiker Professor Othmar Spann im Jahre 1931 auf einer Tagung des Katholischen Akademikerverbandes im Kloster Maria Laach zur „Vernichtung der Midgardschlange von Marxismus und Demokratie“ aufrufen konnte⁸⁹⁾ und es in einem Hirtenbrief des Linzer Bischofs Gföllner vom 21. Januar 1933 heißt: „Das entartete Judentum im Bunde mit der Freimaurerei ist auch vorwiegend Träger des mammonistischen Hochkapitalismus und vorwiegend Gründer und Apostel des Sozialismus und Kommunismus, der Vorbote und Schrittmacher des Bolschewismus.“⁹⁰⁾ Aufgrund einer entsprechenden Lagebeurteilung hat der im deutschen Episkopat nicht unumstrittene Freiburger Erzbischof Gröber⁹¹⁾ im Oktober 1933 das unter seiner Mitwirkung zwischen dem Dritten Reich und dem Vatikan abgeschlossene Konkordat in kurzsichtiger Weise folgendermaßen begrüßt: „Eine der ersten Kundgebungen des Führers war eine christliche. Er hat seine Hand erhoben gegen alle diejenigen, die gegen das Kreuz anstürmten.“⁹²⁾ In seiner vom Sicherheitsdienst (SD) der SS kolportierten Erklärung vom 5. Februar 1942, in welcher davon die Rede ist, daß sich zwei verschiedene, in ihren „Grundtendenzen“ jedoch vollständig einige „Richtungen des Atheismus“ gegenüberständen, und zwar „auf der einen Seite der Bolschewismus, verbunden mit dem Weltfreimaurertum, und auf der anderen Seite der heidnische

⁸⁸⁾ Vgl. Adolf Hitler, *Mein Kampf*, München 1933¹⁸, S. 85: „Die Demokratie des heutigen Westens ist der Vorläufer des Marxismus, der ohne sie gar nicht denkbar wäre. Sie gibt erst dieser Weltpest den Nährboden, auf dem sich dann diese Seuche ausbreiten kann.“

⁸⁹⁾ Zit. nach Klaus Breuning, *Die Vision des Reiches. Deutscher Katholizismus zwischen Demokratie und Diktatur, 1929—1934*, München 1969, S. 37.

⁹⁰⁾ Zit. nach Anton Pelinka, *Stand oder Klasse? Die christliche Arbeiterbewegung Österreichs 1933—1938*, Wien 1972, S. 216.

⁹¹⁾ Zu Gröber s. jetzt Ludwig Volk, *Die Fuldaer Bischofskonferenz und Hitlers Machtergreifung bis zur Enzyklika ‚Mit brennender Sorge‘*, in: Dieter Albrecht (Hrsg.), *Katholische Kirche im Dritten Reich*, Mainz 1976, besonders S. 42 ff.

⁹²⁾ Zit. nach Hans Müller (Hrsg.), *Katholische Kirche und Nationalsozialismus*, München 1965, S. 213.

Nationalsozialismus“⁹³⁾, hat Erzbischof Gröber deutlich werden lassen, daß diese politische Einschätzung gleich der traditionellen Verschwörungsthese aus dem Boden eines christlich-antipluralistischen Weltbildes erwachsen ist, welches als vordemokratisch zu kennzeichnen ist.

Wenn man einmal davon absieht, daß bereits der 4. Kongreß der Kommunistischen Internationale im November 1922 einen Unvereinbarkeitsbeschluß zwischen KP-Mitgliedschaft und Logenzugehörigkeit gefaßt hat, weil die westlichen Humanitätsidealen verpflichtete Freimaurerei eine der „reaktionärsten“ Bewegungen der kapitalistischen Länder darstelle⁹⁴⁾, so ist hier besonders darauf hinzuweisen, daß die von den Nationalsozialisten übernommene und für ihre Zwecke zurechtgemachte Verschwörungsthese die Ablehnung der *Ideen von 1789* eingeständenermaßen zur Basis hat. So hat z. B. Alfred Rosenberg am 11. August 1940 im *Völkischen Beobachter* die Freimaurerei bezichtigt, sie sei es gewesen, „aus deren Mitte die Losungen der Französischen Revolution gestiegen“ wären. Bereits im *Mythos des 20. Jahrhunderts* hat Rosenberg behauptet, die Juden hätten sich die „Freimaurerphilosophie“ dienstbar gemacht, weil dank der freimaurerischen „Humanitätspredigt und der Lehre von der Menschengleichheit ... jeder Jude, Neger, Mulatte vollberechtigter Bürger eines europäischen Staates werden konnte“⁹⁵⁾.

Dementsprechend heißt es in dem vom nationalsozialistischen *Institut der Judenfrage* veröffentlichten Buch *Die Juden in Deutschland*, daß die „amerikanische Verfassung von 1787 und die Französische Revolution von 1789 in den jahrhundertealten Wall (des Ghettos, d. Vf.) eine Bresche gelegt haben. Beide proklamierten die Gleichberechtigung der Juden nach dem Prinzip der Freiheit und Gleichheit vor dem Gesetz.“⁹⁶⁾ Nachdem der sich hinter dem Pseudonym „Wilhelm Meister“ verbergende Paul Bang im Jahre 1919 in *Judas Schuldbuch. Eine deutsche Abrechnung* unter Bezugnahme auf Ferdinand Lassalles Kampf um das demokratische Wahlrecht gehöhnt hatte: „Der Einzug ins gelobte Land (der Juden, d. Vf.) bildet hier das allgemeine gleiche

⁹³⁾ Zit. nach Heinz Boberach (Bearb.), *Berichte der SS und der Gestapo über Kirchen und Kirchengemeinden in Deutschland 1934—1944*, Mainz 1971, S. 631.

⁹⁴⁾ Zit. nach Guy Vinatrel, *Communisme et Franc-maçonnerie*, Paris 1961, S. 122.

⁹⁵⁾ Alfred Rosenberg, *Der Mythos des 20. Jahrhunderts*, München 1941¹⁷⁰, S. 207.

⁹⁶⁾ *Die Juden in Deutschland*, München 1936⁵, S. 19.

Wahlrecht“⁹⁷⁾, erklärte dann Engelbert Huber im Jahre 1934 in seinem Buch *Freimaurerei. Weltmacht hinter den Kulissen*, hinter der

Forderung der politischen Ausschaltung der Freimaurer und Juden stünde das Ziel: „Annullierung der Revolution von 1789“⁹⁸⁾.

XI. Das Reichssicherheitshauptamt als Vollstrecker der Verschwörungsthe

Wie hier nicht näher begründet werden muß, hat sich die nationalsozialistische Gewaltherrschaft letztlich auch gegen diejenigen Konservativen und Christen gewandt, die mit dem Nationalsozialismus in der Negation der *Ideen von 1789* weitgehend übereinstimmten. Ihre oft parteitaktisch motivierte anfängliche Begünstigung des Nationalsozialismus, dessen Skrupellosigkeit sie in keiner Weise gewachsen waren, entbehrt somit nicht der Tragik. Hier sei nur darauf verwiesen, daß die katholische Kirche 1937 mit der Enzyklika *Mit brennender Sorge* nach der gescheiterten Koexistenzpolitik erneut eine grundsätzliche Frontstellung gegenüber dem Nationalsozialismus bezog⁹⁹⁾.

Auf der Seite des Dritten Reiches manifestierte sich dieser Klärungsprozeß auch darin, daß die nationalsozialistische Verschwörungstheorie in ihrer extremsten, wesentlich auf General Ludendorff zurückgehenden Ausprägung neben den Juden, Freimaurern, Liberalen und Sozialisten auch die Jesuiten und damit die katholische Kirche als angebliche Verschwörer denunzierte. Ludendorff hatte nämlich in dem von ihm 1929 gemeinsam mit seiner Frau Mathilde veröffentlichten Pamphlet *Das Geheim-*

nis der Jesuitenmacht und ihr Ende behauptet, der Jesuit sei als „Finanzmagnat mit dem jüdischen Volke eng verbunden und mit der Freimaurerei in den Hochgradlogen eng vereint“¹⁰⁰⁾.

Ihren institutionellen Niederschlag hat diese Variante der Verschwörungstheorie darin gefunden, daß im Amt VII des Reichssicherheitshauptamtes, welchem die „Weltanschauliche Forschung und Auswertung“ übertragen war, im Jahre 1939 eine Stelle für weltanschauliche Bekämpfung der Gegner Judentum, Kirche und Freimaurer eingerichtet worden ist. Leiter des Amtes VII des RSHA war der nationalsozialistische Freimaurerexperte Prof. Dr. Franz Alfred Six, welcher 1938 in seiner Schrift *Freimaurer und Judenemanzipation* als Beleg für seine Verschwörungstheorie auch die oben erwähnte Broschüre von 1788 *Werden und können Israeliten zu Freimaurern aufgenommen werden* angeführt hat¹⁰¹⁾.

Franz Alfred Six, der auch stellvertretender Leiter des Amtes II (Haushalt und Wirtschaft) des Reichssicherheitshauptamtes war, ist im Zweiten Weltkrieg als Vertrauensmann von Heinrich Himmler zum Leiter der Kulturpolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes aufgestiegen. In dieser Eigenschaft hat Six — der seinen zeitweise im Freimaurermuseum von Heinrich Himmler beschäftigten Untergebenen Adolf Eichmann als einen „pflichtbewußten und sachlich einwandfreien SS-Mann“¹⁰²⁾ gelobt hat — im April 1944 auf der interministeriellen Konferenz der Judenreferenten in Krummhübel ausdrücklich die „physische Beseitigung des Ostjudentums“ und damit die sogenannte *Endlösung der Judenfrage* begrüßt¹⁰³⁾.

In der Broschüre *Das Reich und der Westen* hat Six das Credo des Nationalsozialismus und damit den Bezugsrahmen der Verschwö-

⁹⁷⁾ Wilhelm Meister (d. i. Paul Bang), *Judas Schuldbuch*, München 1919, S. 36.

⁹⁸⁾ Engelbert Huber, *Freimaurerei. Weltmacht hinter den Kulissen*, Stuttgart 1934, S. 296.

⁹⁹⁾ Zu dem vielschichtigen und leidenschaftlich diskutierten Problemkomplex Katholische Kirche und Nationalsozialismus s. jetzt die von Dieter Albrecht hrsg. Aufsatzsammlung „Katholische Kirche im Dritten Reich“, Mainz 1976. Diese Aufsatzsammlung bemüht sich um ein einführendes Verständnis gegenüber der Kirche und versucht dabei die ebenso kritischen wie materialreichen Untersuchungen von Hans Müller (Katholische Kirche und Nationalsozialismus. Dokumente 1930—1935, München 1963) und Guenter Lewy (Die Katholische Kirche und das Dritte Reich, München 1965) in die richtige Perspektive zu rücken. Darüber hinaus ist hier gesondert auf das unmittelbar auf der Erfahrung der nationalsozialistischen Kirchenverfolgung basierende und 1946 von Johann Neuhäusler veröffentlichte Buch „Kreuz und Hakenkreuz. Der Kampf des Nationalsozialismus gegen die Katholische Kirche“, München 1946, hinzuweisen, in dem freilich die Widerstandsfähigkeit der Kirche einseitig hervorgehoben wird.

¹⁰⁰⁾ 31.—35. Taus., München 1929, S. 3.

¹⁰¹⁾ Hamburg, 1938, S. 10 f.

¹⁰²⁾ Zit. nach Robert Kempner, *Eichmann und Komplizen*, Zürich 1961, S. 28.

¹⁰³⁾ Zit. nach Robert Kempner, *SS im Kreuzverhör*, München 1964, S. 284.

lungsthese so formuliert: „Der Nationalsozialismus stellt in allen seinen Postulaten eine Antithese zum Westen, eine Gegenwelt zur nivellierenden Tendenz der Menschheitsauffassung des parlamentarisch-demokratischen Nihilismus, der Herrschaft der Vielen und Minderwertigen dar¹⁰⁴⁾).

Nach einem *Schulungsbrief* der NSDAP von 1939 fand die „gegnerische Einstellung der NSDAP zur Geisteshaltung der Französischen Revolution ... ihren Ausdruck in der ... ablehnenden Haltung gegenüber der Freimaurei“, wobei diese als projüdische „zwischen-völkische Organisations- und Propagandaform für die Verbreitung der westlichen Organisations- und Verbrüderungsideologie des Liberalismus“ gebrandmarkt wurde¹⁰⁵⁾.

Als Resümee sei hier festgehalten, daß sich die nationalsozialistischen Verschwörungstheoreme unmittelbar auf die in Reaktion auf Aufklärung und bürgerliche Revolution von Anhängern des Ancien Régime entwickelte Verschwörungsthese zurückführen lassen. Damit ist natürlich noch keine Antwort auf die quälende und vielleicht überhaupt nicht befriedigend zu klärende Frage erteilt, wie es geschehen konnte, daß die ein zugkräftiges, antimodernistisches und zugleich antidemokratisches Kampfinstrument darstellende Verschwörungsthese in Verbindung mit dem nationalsozialistischen Rassenwahn von Heinrich Himmler und seinem konspirativ arbeitenden

¹⁰⁴⁾ Berlin 1940, S. 27 f.

¹⁰⁵⁾ Schulungsbrief. Zentrales Wochenblatt der NSDAP und der DAF, 6. Jg. (1939), 7. F., S. 269.

Reichssicherheitshauptamt zu einem die menschliche Vorstellungskraft übersteigenden physischen Vernichtungsprogramm umgestaltet werden konnte.

Wenngleich somit ein Bruch zwischen der antimodernistischen, christlich-konservativen Tradition und der nationalsozialistischen ‚Weltanschauung‘ mit ihrem *Endlösungs*-Programm zu konstatieren ist, wie er einschneidender kaum gedacht werden kann, so hat man sich andererseits doch zu vergegenwärtigen, daß wesentliche Teile der NS-‚Weltanschauung‘ — bei aller Modernität von Sozialdarwinismus, Rassismus und anderer Züge des Dritten Reiches — tief in dem durch die Symbiose von *Thron und Altar* gekennzeichneten vor- bzw. antidemokratischen Ancien Régime verankert sind¹⁰⁶⁾. Deshalb sollte man sich gelegentlich daran erinnern, daß Benjamin Disraeli einst prophezeit hat, die Zerstörung der traditionellen Einflüsse würde die Rache der „erzürnten Tradition“¹⁰⁷⁾ hervorbringen.

¹⁰⁶⁾ Vgl. hierzu Giuseppe Antonio Borgese, *Der Marsch des Faschismus*, Amsterdam 1938, S. 340, wo festgestellt wird, der Faschismus habe als erster „die Methoden der Linksrevolution und die Technik des Maschinenzeitalters den Zwecken eines reaktionären Umsturzes dienstbar gemacht ...“. Ferner Arthur Rosenberg (Historiker), *Der Faschismus als Massenbewegung*, Karlsbad 1934, S. 7: „Der Faschismus ist weiter nichts als eine moderne, volkstümlich maskierte Form der bürgerlich-kapitalistischen Gegenrevolution.“ Zum Stand der Faschismus-Diskussion s. Ernst Nolte (Hrsg.), *Theorien über den Faschismus*, Köln 1976⁴.

¹⁰⁷⁾ Zit. nach Klemens von Klemperer, *Konservative Bewegungen zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus*, München 1962, 14.

Gerd E. Hoffmann: Bürger hinter Datengittern. Auswirkungen der Computertechnologie auf die Gesellschaft

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 25/77, S. 3—17

Der zunehmende Einsatz der Computertechnologie in staatlicher wie privater Verwaltung verändert die Verhältnisse in allen Bereichen unseres Lebens. Nachdem die neue Technologie erstmals die Maschinisierung geistiger Prozesse möglich gemacht hat, verschieben sich die Machtverhältnisse zugunsten derer, die über Datenbanken und Informationssysteme verfügen. Demokratische Kontrolle wird erschwert, wenn nicht gar unmöglich. Durch die Sammlung, Speicherung und Verarbeitung der Personendaten des Bürgers aus allen Lebensbereichen entstehen in Datenbanken und Informationssystemen während der gesamten Lebensdauer des Menschen ‚produzierte‘, scheinbar wahre „Lebensbilder“, die dem jeweiligen Herrn des Systems bei Bedarf in Sekundenschnelle zur Verfügung stehen. Der Bürger wird in seinem Verhalten „durchsichtig“, soziale Kontrolle wird in bisher unbekanntem Ausmaß möglich, der einzelne tendenziell in seiner Entfaltungsfreiheit eingeschränkt.

Wir befinden uns bereits auf dem Weg in eine neue Gesellschaftsform, die Informationsgesellschaft genannt wird. Bei der Gestaltung der Informationsgesellschaft ist vor allem zu fragen, welche Anwendungsformen der neuen Technologie für die Mehrheit der Mitglieder dieser Gesellschaft überhaupt akzeptabel sind. Wir stehen vor schwerwiegenden politischen Entscheidungen. Je nach ihrer Zielsetzung können sie eine Herrschaft weniger (eine abgewandelte Oligarchie) zur Folge haben bzw. eine „Demokratie der Informierten“. Rechtlich bringt das Bundesdatenschutzgesetz einen — wenn auch nach Meinung des Autors mißglückten — Ansatz zur Regelung eines Teilaspekts des Problems. Wissenschaftliche Forschung über die Folgewirkungen ist dringend notwendig; unmittelbare Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis-Gruppen könnte schneller die erforderlichen Bewußtseinsbildungsprozesse in Gang bringen. Da es sich bei der neuartigen Informationstechnologie um eine „Erfindung“ handelt, die in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung der „Erfindung“ der Schrift gleichgesetzt werden kann, ist in der Schulwie in der Erwachsenenbildung schnell darauf hinzuwirken, daß eine Befreiung aus der Ohnmachtssituation des Computeranphabetismus stattfindet.

Henri Ménudier: Der deutsche Wahlkampf 1976 in der französischen Regionalpresse

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 25/77, S. 18—29

Es ist oft darüber geklagt worden, daß sich die französischen Massenmedien in der Vergangenheit nicht ausführlich genug mit den aktuellen Problemen der Bundesrepublik Deutschland beschäftigten. Daran hat sich in den letzten Jahren einiges geändert, nicht zuletzt als Folge des zunehmenden politischen und wirtschaftlichen Einflusses der Bundesrepublik in Europa. Über die Bundestagswahlen von Oktober 1976 wurde so umfassend und gründlich wie nie zuvor berichtet.

In diesem Aufsatz werden Artikel der Regionalpresse aus der Zeit vor den Wahlen dargestellt. Es handelt sich um Beiträge von Journalisten, die auf Einladung der Robert-Bosch-Stiftung den Wahlkampf im Raum Stuttgart verfolgt haben. Ihre Leistung ist um so bemerkenswerter, als sie auf deutsche Probleme nicht spezialisiert waren. Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Themen des Wahlkampfes wurden ausführlich bewertet und Vergleiche mit der Situation in Frankreich angestellt. Die Sorgen um die weitere Entwicklung der Bundesrepublik werden nicht verschwiegen; so stellen die Journalisten fest, daß Stabilität und verstärkter Konservatismus die Chancen einer politischen Weiterentwicklung und die Toleranzbreite immer kleiner werden lassen.

Johannes Rogalla von Bieberstein: Die These von der jüdisch-freimaurerischen Weltverschwörung 1776—1945

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 25/77, S. 30—46

Seit 1776 sind Aufklärer und Freimaurer von Repräsentanten der kirchlichen Orthodoxie und des Ancien Régime als Gegner von „Thron und Altar“ und Verschwörer gegen die überkommene Sozialordnung bekämpft worden. Ausgangspunkt für die vornehmlich von Geistlichen entwickelte gegenaufklärerische und konterrevolutionäre Verschwörungstheorie war die Vorstellung, daß das System von „Thron und Altar“ sakral legitimiert ist. Daher mußten alle Versuche, es weiterzuentwickeln oder gar durch ein anderes, demokratisches System abzulösen, als verschwörerischer Aufstand gegen Gott und seine irdischen Beauftragten abgelehnt werden.

Bei der Konstruktion der Verschwörungstheorie spielte die Freimaurerei, welche die aufklärerischen Humanitäts- und Toleranzideale in die Wirklichkeit zu überführen suchte und innerhalb der Logen von konfessionellen und ständischen Schranken absah, als vermeintliches organisatorisches Rückgrat der Verschwörer eine hervorragende Rolle. Von der gegenaufklärerischen bis hin zur nationalsozialistischen Polemik erschienen die Parolen der Französischen Revolution „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ als in die politische Realität übertragene freimaurerische Grundsätze.

Die Tatsache, daß die Freimaurerei auch einen Beitrag zur Emanzipation der Juden geleistet hat, welche von den Freimaurern gleich den Angehörigen anderer Religionen, Konfessionen und Nationen als Brüder angesprochen wurden, ist von den Gegnern der Judenemanzipation dahin gehend ausgelegt worden, daß die Freimaurerei eine projüdische, ja, eine von den Juden manipulierte und gesteuerte Organisation sei, die im Dienste angeblicher jüdischer Weltherrschaftspläne stünde.

Eine Analyse des einschlägigen Quellenmaterials ergibt den Schluß, daß es den Anhängern der Verschwörungstheorie letztlich darum ging, die auf dem Prinzip der Rechtsgleichheit und der Volkssouveränität beruhende Demokratie, d. h. die „Ideen von 1789“, zu bekämpfen. Insoweit stimmten die Nationalsozialisten, welche die Verschwörungstheorie von den Anhängern von „Thron und Altar“ übernahmen und ihren spezifischen Zielen dienstbar machten, mit den anti- bzw. vordemokratischen Repräsentanten des Ancien Régime überein.